Integration misslungen: Türken in Deutschland S. 3

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Nr. 10 – 10. März 2017 | Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland | Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro | C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Abschied von der Integration: Kundgebung in Köln nach dem gescheiterten Putsch im Sommer 2016 Bild: SZ photo

Deutschland als Beute

Erdogan-Kontroverse: Wie fremde Mächte unser nationales Vakuum füllen

Der respektlose Umgang der Türkei mit der Souveränität Deutschlands hat ihren Ursprung in deutscher Ideologie.

Die Reaktionen Berlins auf die massiven Provokationen aus Ankara sind von tiefer Desorientierung geprägt. Das liegt daran, dass Machthaber Erdogan letztlich nur die ideologischen Signale, die Deutschlands Elite seit Jahrzehnten aussendet, schlüssig zu Ende gedacht hat und seine Politik konsequent daran ausrichtet.

Diese Signale hat Kanzlerin Merkel erst vor wenigen Tagen in ihrer neuartigen Definition von „Volk" (siehe *PAZ* von vergangener Woche) auf den Punkt gebracht: Damit ist Deutschland eben nicht mehr das Land, in dem die Deutschen als Souverän das Sagen haben, sondern eine offene Zone, in der jeder zum „Volk" zählt, der hier lebt. Die deutsche Staatsbürgerschaft wird, gern auch als Zweitpass, so billig wie möglich feilgeboten, Grenzkontrollen wurden monatelang ganz aufgegeben.

Immigrantenverbände haben das Ziel der Integration oder gar Assimilierung längst verabschiedet und klagen stattdessen vielsagend „Teilhabe" ein. „Teilhabe" an einem Land, das theoretisch allen Erdenbürgern gehören soll, die dies wünschen und „hier leben" wollen.

Die »bunte« Republik: Was allen gehört, gehört niemandem

Doch die Erfahrung lehrt: Was allen gehört, gehört niemandem. Und was niemandem gehört, kann jeder in Besitz nehmen, der nur beherzt genug zulangt. So erging es Afrika und der „Neuen Welt", die einst in den Augen europäischer Eroberer als besitzerloser Raum vor ihnen lagen. Mit den dortigen Herrschern schloss man höchstens taktisch motivierte Verträge, um ihnen die Hoheit über ihre Länder konfliktfreier entwinden zu können.

Wenn sich die Eingeborenen-Führer widerborstig zeigten, stießen die Europäer Drohungen aus oder führten Strafaktionen durch. Erdogan droht damit, in Deutschland einen Aufstand auszulösen, falls seiner Forderung, dort als Aufpeitscher und Wahlkämpfer frei schalten und walten zu können wie auf eigenem Hoheitsgebiet, nicht entsprochen werde. Dass sein Anspruch vom Grundgesetz gedeckt sei, ist übrigens falsch: Artikel 8 reserviert die Versammlungsfreiheit ausdrücklich nur für Deutsche.

Was aber macht Berlin? Kanzlerin Merkel versteckt sich hinter Bürgermeistern, die Auftritte türkischer Spitzenpolitiker wegen Sicherheitsbedenken untersagen. Innenminister Maas sagt, er wäre sogar nach Gaggenau hinterhergereist, um einen türkischen Minister sprechen zu dürfen, selbst wenn er über dessen Reisepläne erst aus der Presse erfahren habe, woraus allein schon die krasse Geringschätzung Ankaras gegenüber der deutschen Regierung spricht.

Unterwürfigkeit und nationale wie staatliche Selbstaufgabe fordern nun erbarmungslos ihren Preis. Deutschland trudelt zum wahren Kern von „Multikulti", die „bunte" Republik der nationalen Beliebigkeit enthüllt, was sie ist: ein Nichts im Gefüge selbstbewusster Nationen. *Hans Heckel*

(siehe Kommentar Seite 8)

Jan Heitmann:

Es passt nicht

Eigentlich ist Reiner Wendt, der Bundesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPolG), ein Glücksfall. Ein Glücksfall nicht nur für die von ihm vertretenen Polizisten, sondern auch für alle Bürger, denen die Innere Sicherheit am Herzen liegt. Wie kaum ein anderer hat er sich auf diesem Gebiet als ebenso unermüdlicher wie unbequemer Mahner und Warner einen Namen gemacht.

Nun ist ausgerechnet er ins Zwielicht geraten. Nachdem er dazu zunächst „nicht die ganze Wahrheit gesagt" hatte, musste er doch noch zugeben, jahrelang Gehalt als Polizist kassiert zu haben, obwohl er gar nicht mehr als solcher gearbeitet hatte. Stattdessen widmete er sich ausschließlich seiner Arbeit bei der DPolG, wofür er von dieser zusätzliche Bezüge erhält. Erst, nachdem das jetzt ans Licht gekommen ist, hat sich Wendt als Polizist in den Ruhestand versetzen lassen. Gewerkschaftschef will er aber bleiben.

Selbst wenn die ganze Sache rechtlich nicht zu beanstanden sein sollte, bleibt ein bitteres Geschmäckle. Denn nicht alles, was legal ist, ist auch legitim. Wendt hat seine Glaubwürdigkeit verloren. Ein Chef einer Gewerkschaft der Polizisten, der selbst erzwungenermaßen keiner mehr ist? Ein Gewerkschafter, der Sparmaßnahmen an der Polizei-Basis anprangert, selbst aber nicht nur nicht von diesen Sparmaßnahmen betroffen ist, sondern dazu noch kräftig absahnt? Oder ein Mann, der unerbittlich das Fehlverhalten anderer anprangert, selbst aber nicht ohne Tadel ist und in der Sache auch noch gelogen hat? Das passt alles nicht. Schade, dass Wendt seine Reputation selbst zunichte gemacht hat. Denn als Polizist und mutiger Verfechter des Rechtsstaates ist er ein sehr guter Mann.

Bayern plant Gefährderhaft ohne zeitliche Begrenzung

Viele Richter tun sich schon schwer damit, selbst gravierende Rechtsbrüche mit Haftstrafen zu belegen – U-Haft ist zeitlich begrenzt

Die bayrische Landesregierung plant, sogenannte Gefährder künftig ohne zeitliche Begrenzung in Haft nehmen zu können. Das Polizeigesetz des Freistaats sieht schon jetzt die Möglichkeit vor, eine Person wenige Tage präventiv in Gewahrsam zu nehmen, wenn bei ihr „Waffen, Werkzeuge oder sonstige Gegenstände aufgefunden werden, die ersichtlich zur Tatbegehung bestimmt sind oder erfahrungsgemäß bei derartigen Taten verwendet werden". Ebenso wie andere Bundesländer hat sich Bayern damit die Möglichkeit geschaffen, zum Beispiel Hooligans oder Fußball-Hooligans für einige wenige Tage festzusetzen, wenn etwa sportliche Großveranstaltungen anstehen. Laut Medienberichten will Bayern nun mit Blick auf islamische Moslems eine Gefährderhaft auch ohne zeitliche Begrenzung verhängen können. Dabei sollen Richter offenbar die Andauer der Haft regelmäßig überprüfen.

Zwar sind die weiteren Details des Gesetzentwurfs noch unbekannt, schon jetzt ist aber absehbar, dass es sich bei dem Vorhaben um eine juristische Gratwanderung handeln wird. Der Entzug der Freiheit ist die härteste Sanktion, die das deutsche Rechtssystem zur Ahndung von Straftaten überhaupt bereithält. Viele Richter tun sich schon jetzt schwer damit, selbst gravierende Rechtsbrüche überhaupt noch mit Haftstrafen zu belegen. Sogar bei Personen, die als Tatverdächtige gelten, ist die Untersuchungshaft vom Gesetzgeber zeitlich begrenzt worden. Wie Gerichte entscheiden werden, wenn es darum geht, eine Person, die noch keine Tat begangen hat, präventiv und zeitlich unbegrenzt in Haft zu nehmen, bleibt abzuwarten.

Rund-um-die Uhr-Überwachung ist keine Alternative

In vielen Fällen wird sich die jeweilige Begründung für die Gefährderhaft als ein besonders kritischer Punkt erweisen. Die präventive Haft soll gerade dann eine Festsetzung von Personen erlauben, wenn zwar von einer allgemein hohen Gefährlichkeit ausgegangen wird, aber eben konkrete Anhaltspunkte für die Planung einer schweren Straftat noch nicht vorliegen. Bei der Beurteilung der Gefährlichkeit spielen oftmals auch nachrichtendienstliche Erkenntnisse eine wichtige Rolle. Wie solche Informationen in Gerichtsverfahren so einfließen können, dass Rechtsstaatlichkeit und das Geheimhaltungsinteresse von Sicherheitsbehörden gewährleistet sind, bleibt einstweilen eine offene Frage.

Bereits als Tatsache kann gelten, dass sich der radikale Islam zu einem massiven Sicherheitsproblem für Deutschland entwickelt hat, das immer mehr polizeiliche Ressourcen bindet. Aus Sicherheitskreisen wird zum Beispiel berichtet, dass die 24-Stunden-Überwachung eines einzelnen islamischen Gefährders mitunter mehrere Dutzend Beamte bindet. Allein die zahlenmäßigen Dimensionen der Gefährder-Problematik lassen erahnen, dass solcher Aufwand langfristig nicht durchgehalten werden kann. Wie aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Linken-Fraktion hervorgeht, hat das Bundesinnenministerium mit dem Stand von Ende Februar 586 islamische Gefährder registriert. Hinzu kommen noch einmal 374 „relevante Personen". Verfassungsschutzpräsident Hans-Georg Maaßen sprach unlängst auf dem Europäischen Polizeikongress sogar von 1600 Personen, die der islamisch-terroristischen Szene zuzurechnen seien. Zumindest momentan hält sich ein Teil dieser Moslems noch in Syrien oder dem Irak auf. Die militärischen Niederlagen, die der Islamische Staat in Mossul und seiner bisherigen syrischen Hochburg Al-Bab einstecken musste, werden vermutlich dazu führen, dass sich viele radikale Moslems in den kommenden Monaten auf den Weg nach Europa machen werden. *Norman Hanert*

MELDUNGEN

Oberhaus contra Brexit-Zeitplan

London – Im britischen Oberhaus zeichnet sich Widerstand gegen den Gesetzentwurf zum Start der Brexit-Verhandlungen mit der EU ab. So wollen die Lords unter anderem Garantien dafür, dass die derzeit rund drei Millionen in Großbritannien lebenden EU-Bürger im Land bleiben dürfen. Außerdem wollen sie per Gesetz festlegen, dass das Parlament über den endgültigen Austrittsvertrag abstimmen muss. Dafür wollen Konservative, Liberaldemokraten und Labour-Vertreter gemeinsam im Oberhaus stimmen. Im Gegensatz zum Unterhaus, welches das Gesetz Anfang Februar verabschiedete, hat die konservative Regierung von Premierministerin Theresa May im Oberhaus keine Mehrheit. Sollte das Oberhaus Änderungen erzwingen, muss die Vorlage wieder zurück ins Unterhaus. Das wiederum würde die Absicht der Regierung, bis spätestens Ende März offiziell den Austritt aus der EU zu erklären, vereiteln. *J.H.*

China erhöht »Internet-Mauer«

Peking – China riegelt seinen Internetzugang seit Jahren gegen verschiedene US-Konzerne und -Behörden ab, die seine Sicherheitsinteressen bedrohen. Seiten wie Facebook, Google, Twitter und Youtube sind über das normale Internet daher nicht mehr zugänglich. Zur Umgehung dieser Sperren nutzen Chinesen verbreitet vor allem sogenannte Virtual Private Networks, die das Mitlesen und Beschränken der Kommunikation durch Dritte maßgeblich erschweren. Zahlreiche Anbieter für solche Dienste sind in China auf dem Markt. Im Vorfeld des 19. Großen Parteitags der Chinesischen Kommunistischen Partei hat die Regierung jetzt angekündigt, dass alle VPN-Anbieter hierfür ab sofort eine staatliche Genehmigung benötigten. Eine solche besitzt allerdings fast keiner. Daher haben die Behörden unmittelbar nach ihrer Ankündigung damit begonnen, die Systeme von unregistrierten Anbietern lahmzulegen. *T.W.W.*

Galileo endlich in Betrieb

Prag – Nach 17 Jahren Entwicklungszeit hat das europäische Satellitennavigationssystem Galileo seinen Betrieb aufgenommen. Mit seiner Hilfe lässt sich die Lage von Objekten im Raum für jedermann sehr leicht bestimmen. So kann man mit einem Galileo-Empfängergerät beispielsweise Fahrzeuge leichter an ihr Ziel führen. Genauere, allerdings kostenpflichtige Nutzungsmöglichkeiten sollen bald sogar eine Steuerung im Zentimeterbereich erlauben. Die allgemeine Verortung gerade in hochhäuserverstellten Innenstädten, beherrscht Galileo meist deutlich besser als sein vom US-amerikanischen Militär betriebener Konkurrent GPS, was auch die andauernden Proteste der USA gegen das Projekt erklärt. Seine volle Kapazität hat Galileo allerdings bisher noch längst nicht erreicht: Momentan befinden sich erst 18 seiner Satelliten in ihrer Umlaufbahn. Die für einen regelgerechten Betrieb benötigten 30 sollen im Jahr 2020 verfügbar sein. Bis dahin nutzen Galileo-Anwender auch Daten von GPS und des im Westen überwiegend ignorierten russischen Konkurrenzsystems Glonass mit. *T.W.W.*

»Unser großer Dschihad ist die Bildung«

Fethullah Gülen unterscheidet sich von Recep Tayyip Erdogan nicht in den Zielen, nur in den Mitteln

Seit Recep Tayyip Erdogan beharrlich auf die Auslieferung des religiösen Führers Fethullah Gülen aus den USA pocht, um ihn als Drahtzieher des Putsches in der Türkei zur Rechenschaft zu ziehen, und seit er dessen Anhänger verfolgt, wird in den Medien häufig der Eindruck erweckt, Gülen wäre eine Art Opfer. Doch ist er es wirklich?

Gerne wird vergessen, dass Gülen und Erdogan gleichermaßen Nationalisten wie Verfechter des orthodoxen sunnitischen Islam sind und dass beide unverblümt die These von der Überlegenheit des Islam gegenüber anderen Religionen vertreten. Gülen bedient sich lediglich anderer Methoden der Islamisierung. Er ist der klassische Vertreter des Bildungs-Dschihad. Nicht auf den Bau von Moscheen, sondern auf den Bau von Schulen setzt Gülen, um den Islam weltweit eine Vormachtstellung zu verschaffen. Seine Botschaft lautet, so die alevitische Autorin Serap Cileli 2010 im „Bayernkurier": „Unser großer Dschihad ist die Bildung!"

In seiner Jugend hatte sich Gülen antisäkularen, anti-kemalistischen Gruppen angeschlossen. Ab Mitte der 60er Jahre wirkte er als Imam in Izmir. Ende des Jahrzehnts begann Gülens „Hizmet-Bewegung" mit Schulungen von Jugendlichen, in der Ansicht, man könne einen Staat nicht frontal angreifen, sondern müsse ihn auf dem Marsch durch die Institutionen besiegen. Vor dem Hintergrund von Vorwürfen, er strebe einen islamischen Staat an, floh Gülen 1999 in die USA. Von dort aus verbreitete er fortan Video-Predigten und gestaltete seine Bewegung mithilfe von Geldgebern zu einer weltweiten konzernartigen Organisation um.

Als 2002 die Adalet ve Kalkınma Partisi (AKP, Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung) an die Macht kam, schloss Gülen mit Erdagan ein Bündnis, um die laizistischen Kräfte im Staatapparat zu ersetzen. 2013 kam es zum Bruch zwischen Erdogan und Gülen. Alle Konkurrenten um die Macht waren beseitigt, Gülen war für Erdogan zur Gefahr geworden, nachdem er die türkischen Institutionen, Justiz und Polizei, aber auch Medien unterwandert hatte. Er wurde zum Staatsfeind Nummer eins.

In Deutschland hat Gülen in fast jeder größeren Stadt Ableger. Es existieren inzwischen zirka 300 private Schulen, Kindergärten, Wohngemeinschaften, Nachhilfevereine und sonstige Vereine, in denen Jugendliche und Studenten nach den Lehren des Meisters indoktriniert werden. Sie sind seiner Direktive verpflichtet, reden von ihm als „hoca efendi« (Herr und Meister). Die Einrichtungen sind nach innen streng hierarchisch, abseits jeglicher demokratischer Norm organisiert.

Während Gülen durch Friedensappelle – etwa unter dem Dach der „Weltethos"-Bewegung des Theologen Hans Küng – internationales Renommee zu erlangen versuchte, erreichten Deutschland 2009 kritische Berichte über Gülens Unterwanderungsstrategien in Amerika. Was Gülen besonders gefährlich mache, wurde dringlich gewarnt, seien die strategischen und taktischen Vorgehensweisen, mit denen er sein Ziel erreichen wolle.

> Die Bekämpfung durch Erdogan macht Gülen nicht zum laizistischen Demokraten



Bild: Getty

Gemeinsame Ziele ließen sie lange Zeit Weggefährten sein: Recep Tayyip Erdogan und Fethullah Gülen (v.l.)

Ab 2012 mehrte sich auch in Deutschland die Kritik an Gülen. Die Bewegung habe zwei Gesichter, ein freiheitlich-ehrenhaftes nach außen, ein sektiererisches nach innen. Ungeachtet der Warnungen von Verfassungsschützern, die Gülen-Bewegung stehe im Widerspruch zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung, sie agiere für den türkischen Nationalismus und strebe einen islamischen Staat an, hofierten die Politiker der etablierten Parteien die Bewegung nach allen Regeln der Kunst.

Eine glühende Befürworterin der Gülen-Bewegung war die frühere Bundestagspräsidentin Rita Süssmuth. In einer Dokumentation des WDR lobte sie Gülen: „Er tritt ein für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Bildung!" Politiker wie der hessische Justizminister Jörg-Uwe Hahn (FDP), der Christdemokrat Ruprecht Polenz und der Berliner Innensenator Ehrhart Körting (SPD) sonnten sich im Rampenlicht der Veranstaltungen von Gülen-Gemeinden.

Der ehemalige Kölner Oberbürgermeister Fritz Schramma (CDU) setzte den umstrittenen Bau eines privaten Gülen-Gymnasiums und einer Realschule in Köln-Buchheim durch. Er legte sich ins Zeug: „Ich bemerke nichts, was man als Unrecht oder gar als gefährlich bezeichnen könnte!"

In Baden-Württemberg erhielt die Gülen-Bewegung unter Rot-Grün Aufwind. Über einen Nachhilfeverein brachten Gülen-Anhänger 2013 die Stuttgarter „Bil"-Schule auf den Weg. Der Stuttgarter Oberbürgermeister Wolfgang Schuster (CDU) hatte den Bau der Schule gemeinsam mit türkischen Verbündeten forciert. Viel Prominenz kam zur Eröffnung der Schule, vorneweg der baden-württembergische Ministerpräsident Winfried Kretschmann, in dessen Amtszeit der Landes-Verfassungsschutz 2014 nach jahrelangem Warnen vermerkte, es lägen keine Anhaltspunkte für die Beobachtung der Sekte vor.

Unterdessen fiel Kretschmanns Wirtschaftsminister Nils Schmid (SPD) nicht nur wegen seiner Nähe zu Verbänden und Unternehmen auf, die der Gülen-Bewegung nahestanden, sondern auch durch Interviews mit Sendern der Sekte und durch wiederkehrende Präsenz auf deren Veranstaltungen.

Ein Aussteiger aus der Organisation berichtet von deren Bemühen um Einfluss: „Es gab immer mal wieder die Anweisung: Werdet Mitglied der SPD oder CDU oder auch der Grünen. Oder bewerbt Euch als Schöffe!"

Fraglos ist die Methode Gülen in Deutschland erfolgreich. Gülens Anhängerschaft hat sich in wenigen Jahren mehr als verdreifacht. Ob Erdogan oder Gülen – der politisch-religiöse Zweck heiligt die Mittel.

Hermann Paul Winter

Alle Spuren führen nach Pjöngjang

Der Mord an Kim Jong-uns Halbbruder Kim Jong-nam: Die Motive und die bisherigen Folgen

Nach koreanischer Tradition hätte der älteste Sohn Kim Jong-ils, der jetzt ermordete Kim Jong-nam, die Kim-Dynastie fortsetzen müssen. Er hatte die Handelsschule in Genf besucht und in Moskau studiert, doch besaß er nach Ansicht seines Vaters nicht die nötige Härte für ein Oberhaupt der Demokratischen Volksrepublik Korea. Dennoch sah der jetzige Diktator Kim Jong-un in seinem Halbbruder stets eine Gefahr. Nicht ohne Grund wurde er ins ferne Macao abgeschoben, wo der Lebemann lange Zeit in einem Luxushotel auf Kosten Pjöngjangs verbrachte. Als aufgrund seiner Kritik an der Entwicklung in seiner Heimat die vielen Gelder von dort gestoppt wurden, wechselte er nach Peking, wo er sehr willkommen war und viele Gespräche mit führenden Vertretern von Partei und Regierung hatte.

Vor fünf Jahren wurden in einem Spionageprozess in Seoul erstmals nordkoreanische Mordpläne gegen Kim Jong-nam bekannt, über die die Südkoreaner ihn umgehend informierten. Dieser tauchte dann in Singapur auf und wird dort Kontakte zu US-Stellen gehabt haben. Die Zeit danach liegt im Dunkeln. Erst vor zwei Jahren sah man ihn wieder im Stadtstaat. Dort ging er regulären Geschäften nach und gab sich völlig unpolitisch. Immerhin übermittelte er einen vertraulichen Brief an seinen Halbbruder von der südkoreanischen Präsidentin, in der diese um weitere Begegnungen von Mitgliedern von Familien gebeten haben dürfte, die durch die innerkoreanische Grenze getrennt sind.

Tatsache ist, dass der jetzt Ermordete im Dezember und Januar von nordkoreanischen Diplomaten aufgefordert wurde, nach Nordkorea zurückzukehren. Hatte man Sorge, er würde in Südkorea um Asyl bitten, was eine tödliche Blamage für Kim Jong-un gewesen wäre? Naheliegenderweise bot Seoul ihm dies wiederholt an, doch lehnte er stets ab mit dem Hinweis, ein solcher Schritt sei für ihn ein „zu großes Risiko", hatte doch die sogenannte Einheit 810 der nordkoreanischen Spionage durch ihre Auftragsmöder schon wiederholt Geflohene ermorden lassen.

Einen direkten juristischen Beweis, dass Kim Jong-nam durch nordkoreanische Mörderhände starb, wird es wahrscheinlich niemals geben. Sein Tod aber ist von der typischen Handschrift Pjöngjangs geprägt. Dass die zwei Asiatinnen mit ihren falschen Pässen nichts vom Gift VX gewusst haben wollen, erscheint unglaubwürdig, versuchte eine doch sofort nach ihrer Tat, ihr Gesicht von allen Giftspuren zu reinigen. Es wird kaum Zufall gewesen sein, dass im Restaurant des Flughafens Kuala Lumpur vier Nordkoreaner saßen, die sofort nach dem Mord auf dem Luftwege nach Jakarta verschwanden. Verabschiedet wurden sie vom Zweiten Sekretär der nordkoreanischen Botschaft und einem Angehörigen der nordkoreanischen Fluggesellschaft Air Koryo, was ungewöhnlich ist. Die malaysische Polizei jedenfalls verhaftete sofort einen Nordkoreaner, der vorgab, bei einer malaysischen Firma angestellt zu sein. Der Botschafter Pjöngjangs verlangte die sofortige Übergabe der Leiche und verbot jede Autopsie. Die Regierung Kuala Lumpurs will sie nur den Angehörigen ausliefern, doch bisher meldete sich niemand.

> Für Peking war Kim Jong-nam eine mögliche Alternative

Die Motive des Mordes? Peking hat Kim Jong-un nie als echten Freund angesehen und ihn im Gegensatz zur Präsidentin Südkoreas in all den sechs Jahren seit seiner Machtübernahme kein einziges Mal eingeladen. Sein Mord an seinem chinafreundlichen Onkel, die atomare Aufrüstung, sein Charakter waren die Ursachen. Zudem erachtet China das Regime als nicht stabil. Für den Fall von inneren Unruhen hatte man Kim Jong-nam als Kim Jong-ils Nachfolger vorgesehen, denn dem Westen will man Nordkorea nicht überlassen, ist es doch ein wichtiger Pufferstaat gegenüber den USA in Südkorea. Hatte die chinesische Seite bei ihren Verhandlungen in Pjöngjang damit etwas zu stark gedroht, wie gewöhnlich gut informierte Kreise Seouls wissen wollen? Die Familie des Ermordeten steht jedenfalls weiter unter starkem Schutz der Chinesen. Seine erste Frau Yi Hye-kyong lebt mit ihrem Sohn in Peking, während seine zweite Frau Sin Jong-hui sich mit ihrem Sohn Kim Ham-sol und dessen Schwester in Macao befindet. Kim Ham-sol, der bis vor zwei Jahren in Paris studierte, ist voller Hass auf Kim Jong-un und wird vielleicht in Peking sogar als Hoffnungsträger für eine weitere Zukunft gewertet.

Die bisherigen Folgen? Malaysia hat seinen Botschafter aus Pjöngjang zurückgezogen. Dort hat man indirekt China beschuldigt, nach der Pfeife der USA zu tanzen. Die recht eitle chinesische Regierung hat daraufhin die Einfuhr von Anthrazitkohle aus Nordkorea gestoppt, was dort einen Schaden von jährlich rund 1,1 Milliarde US-Dollar ausmacht. Offiziell drängt man auf die Wiederaufnahme der Sechs-Parteien-Gespräche zwischen Nord- und Südkorea sowie den USA, Russland, Japan und China zur friedlichen Lösung des Atomkonflikts, die vor Jahren Pjöngjang abbrach. Südkorea hat durch seine riesengroßen Lautsprecher an der innerkoreanischen Grenze und Zehntausende Flugblätter die Bevölkerung im Norden über den Mord am Halbbruder ihres Obersten Führers informiert. Nur so ist zu erklären, dass Pjöngjang inzwischen den Tod eines Nordkoreaners in Malaysia durch „Herzinfarkt" zugab, ohne das Opfer zu identifizieren.

Friedrich-Wilhelm Schlomann

Fremdelnde Millionen

Deutschlands größte Zuwanderergruppe ist kaum integriert, und das seit mehr als 55 Jahren

Wiederaufbau und Wirtschaftswunder hätten die Deutschen den Türken zu verdanken, tönt es immer wieder von offizieller Seite. Die Wirklichkeit sah ganz anders aus. Deutschland rettete das Land am Bosporus vor den Zusammenbruch und zahlte einen hohen Preis dafür.

Was für ein schicksalhaftes Jahr: 1961 müssen die Mächtigen der DDR ihr Staatsgebiet mit einer Mauer abschotten, denn ihre Untertanen haben genug vom Kommunismus und wandern zu Zehntausenden in den prosperierenden Westen aus. Schon 1959 ist die Bundesrepublik zur zweitgrößten Industrienation hinter den USA aufgestiegen. 1961 verzeichnet sie ein sattes Wirtschaftswachstum von 4,6 Prozent. Im Radio verzehrt sich Nana Mouskouri

Die türkischen Gastarbeiter wurden nicht benötigt

nach „Weißen Rosen aus Athen“, und im Kino bittet Audrey Hepburn George Peppard zum „Frühstück bei Tiffany“. Ja, und dann ist da noch diese Anfrage aus der Türkei an den geschätzten Bundeskanzler Konrad Adenauer. Ob man nicht ein Abkommen über die Anwerbung von Gastarbeitern abschließen könne. Die türkische Republik ist in Not. Die Arbeitslosenquote riesig und das Land bitterarm. Man hofft darauf, dass die Landsleute im fernen Almanya einen bedeutenden Teil ihres Lohnes in die türkische Heimat transferieren, und man spekuliert auf das deutsche Technik-Wissen der Heimkehrenden. Es soll dem Land am Bosporus einen kräftigen Modernisierungsschub bescheren.

Wirklich gebraucht werden die Türken in Deutschland nicht. Anton Sabel, damals Präsident der Bundesanstalt für Abeitsvermittlung, hat bereits im September 1960 erklärt, dass sie arbeitsmarktpolitisch nicht benötigt würden. Allerdings könne er nicht beurteilen, „wie weit sich die Bundesrepublik einem etwaigen Vorschlag der türkischen Regierung verschließen kann, da die Türkei ihre Aufnahme in die EWG beantragt hat und als NATO-Partner eine nicht unbedeutende politische Stellung einnimmt.“

Anfangs zögert die Bundesregierung tatsächlich, „aber es sind die außenpolitischen Gründe, die schließlich den Ausschlag geben“, erklärt der Bremer Politikwissenschaftler Stefan Luft. In einem zweiseitigen Dokument – eine „leise, pragmatische Vereinbarung“, so Luft – regelt das Auswärtige Amt in Bonn mit der türkischen Botschaft am 30. Oktober 1961 die Entsendung von Arbeitskräften. In den nächsten zwölf Jahren strömen fast 900 000 Menschen herbei. Über den Familiennachzug kommen weitere Hundertausende.



„Keine produktive Funktion außer für den Obst- und Gemüsehandel“: Straßenszene im Berliner Stadtteil Wedding Bild: Imago/epd

Heute stellen Türken die größte Ausländergruppe in Deutschland und ebenso die größte Zahl an Staatsangehörigen mit Immigrationshintergrund. Insgesamt sind es etwa 2,9 Millionen. Bewertet man ihr lautstarkes Auftreten in der Öffentlichkeit könnte, zuweilen der Eindruck entstehen, es wären zweioder dreimal so viele. Nein, die Gastarbeiter aus dem Orient haben Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg nicht wieder aufgebaut, wie dies türkische Funktionsträger immer wieder gern behaupten. Sie haben den Deutschen auch nicht zu ihrem Wirtschaftswunder verholfen. Das brummte bereits Mitte der 50-Jahre auf Hochtouren. Türken dürften kaum daran beteiligt gewesen sein. Bis 1960 gab es nicht einmal 1500 von ihnen in Deutschland. Auch das blumige Bild, das Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan vor einiger Zeit bei einer Rede vor türkischen Immigranten in Köln zeichnete, duftet eindeutig zu sehr nach Selbstbeweihräucherung. Er erklärte: „Jeder unserer Brüder und Schwestern hat hier Tag und Nacht gearbeitet, um Herzen zu gewinnen. Sie haben jede Bitterkeit zu Honig gemacht, jedweder Schwierigkeit getrotzt.“ Vor allem haben Erdogans Landsleute mit ihrem Fleiß die Türkei vor dem Bankrott gerettet. Geschätzt lebten um 1970 bis zu zehn Prozent der 30 Millionen Menschen in der Türkei teilweise oder ganz von Überweisungen aus Deutschland.

Die Bundesrepublik hat für ihr Entgegenkommen einen hohen Preis bezahlt. Sicherlich haben sich viele türkische Einwanderer und ihre Nachkommen als erfolgreiche Geschäftsleute erwiesen. Sie betreiben mehr als 80 000 Unternehmen hierzulande. Andere prägen die Gesellschaft als Politiker, Schauspieler und Sportler. Fußballer Mezut Özil half, die deutsche Nationalelf 2014 in Brasilien zum Titelgewinn zu dribbeln. Die Brüder Cevat, Avni und Faruk Yerli haben es mit ihrer Frankfurter Firma Crytek in der zukunftsträchtigen Branche der Computerspiele bis ganz nach oben geschafft. Neurochirurginnen, Topmanager und Uniprofessoren sind türkischer Abstammung.

Die Hälfte aller Deutschtürken bleibt ohne Berufsabschluss

Am anderen Ende der gesellschaftlichen Skala sind sie allerdings noch häufiger zu finden: „Eine große Zahl an Arabern und Türken hat keine produktive Funktion, außer für den Obst- und Gemüsehandel, und es wird sich auch keine Perspektive entwickeln“, hat es der Immigrationskritiker Thilo Sarrazin in einem bösen Satz zusammengefasst. Die Hälfte aller männlichen Deutschtürken erwirbt keinen Berufsabschluss, bei den Frauen sind es sogar 60 Prozent. Von den „Sorgenkindern der Integration“, spricht die Welt. Als Zuwanderergruppe zeigen die Menschen aus der Türkei wenig Bereitschaft, in Deutschland heimisch zu werden. Man bleibt unter sich. Ganze Stadtviertel in Deutschland könnten ebensogut jenseits des Bosporus liegen. Die Zahl der Ehen zwischen ethnischen Deutschen und türkischstämmigen Landesbewohnern ist verschwindend gering. Sie liegt bei sechs Prozent.

Wie es diese millionenstarke, fremdelnde Bevölkerungsgruppe mit dem Grundgesetz hält, lässt sich schwer sagen. Dass fast 60 Prozent der 570 000 türkischen Wähler hierzulande Erdogans AKP zuneigen, spricht kaum für ein lupenreines Demokratieverständnis. *Frank Horns*

Meldungen

Ministerin als Erdogan-Helfer

Kiel – Die schleswig-holsteinische Bildungsministerin Britta Ernst (SPD), Ehefrau des Hamburger Bürgermeisters Olaf Scholz, der vor fünf Jahren mit radikalislamischen Verbänden einen umstrittenen Staatsvertrag geschlossen hat, ermöglicht türkischen sogenannten Konsulatslehrern den Zugang zu den Schulen ihres Bundeslandes, um dort türkischen Kindern Unterricht in türkischer Sprache zu erteilen. Dazu greift sie zu einem Trick: Die Kinder werden auf Wunsch der Eltern stundenweise von der Schulpflicht freigestellt und der Obhut der türkischen Lehrer übergeben. Da deren Lernangebot nicht der Schulaufsicht unterliegt, gibt es keine Kontrolle über die tatsächlichen Lerninhalte. Kritiker befürchten, dass die Kinder dort ganz im Sinne Erdogans nationalistisch-muslimisch indoktriniert werden. *J.H.*

2016 über 25 000 Abschiebungen

Berlin – Im vergangenen Jahr hat es mehr als 25 000 Abschiebungen aus Deutschland gegeben. Dabei wurden 23 886 Abschiebungen auf dem Luftweg vollzogen, 1376 auf dem Landweg und 113 auf dem Seeweg. Hauptzielstaaten waren Albanien mit 6045 Personen vor dem Kosovo mit 4988 und Serbien mit 3769 Abgeschobenen. Zurückweisungen beim Einreiseversuch betrafen 4233 Personen auf dem Luftweg, auf dem Seeweg 56 und auf dem Landweg 16 562. Die Zahl der freiwilligen Ausreisen betrug 67 060, wobei auf Albanien 20162, auf Serbien 12 683 und auf das Kosovo 9780 entfielen. Dagegen wurden seit Inkrafttreten des Gesetzes zur Neubestimmung des Bleiberechts und der Aufenthaltsbeendigung am 1. August 2015 insgesamt 3225 Aufenthaltserlaubnisse für „gut integrierte Jugendliche und Heranwachsende“ erteilt. Zudem gab es 407 Aufenthaltserlaubnisse für deren Eltern. *J.H.*

5250 Euro pro Monat

MUFL sind über fünfmal so teuer wie erwachsene Asylbewerber

Auf vier Milliarden Euro werden im laufenden Jahr die Kosten für die bislang 60 000 „unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge“ (umF, MUFL) steigen. Abgeschoben werden dürfen sie nicht, aber jetzt soll wenigstens bei der Identitätsfeststellung geltendes Recht durchgesetzt werden.

Für einen MUFL hat das Bundesverwaltungsamt einen durchschnittlichen Kostentagessatz von 175 Euro pro Kopf ermittelt, also 5250 Euro monatlich. Das sind mehr als fünfmal so hohe Kosten wie sie ein als erwachsen eingestufter Asylbewerber verursacht, wo man von 1000 Euro pro Kopf ausgeht. Für als minderjährig Eingestufte entstehen zusätzliche Kosten sowohl durch die Inobhutnahme zumeist in Pflegefamilien als auch durch Hilfen zur Erziehung. Trotz der vergleichsweise hohen Straffälligkeit – die Attentate von Würzburg und Ansbach sowie die Vergewaltigung und Ermordung einer Studentin in Freiburg wurden durch MUFL begangen – wurde im vergangenen Jahr kein einziger MUFL abgeschoben, wie aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Linkspartei hervorgeht.

Die Union möchte jetzt die MUFL mit minderjährigen EU-Ausländern gleichstellen. Solche werden, falls sie aufgegriffen werden, schnellstmöglich wieder zu ihren Eltern etwa in Spanien oder Italien verbracht. Dabei sind alle zur Überstellung an die Eltern nötigen Eingriffe in die Privatsphäre dieser Jugendlichen erlaubt, und sei es auch die Abfrage der Elternadresse aus dem Handy. Dasselbe soll jetzt auch zur Klärung der Herkunft und Eltern-

Auf vier Milliarden Euro werden 2017 die Kosten steigen

adresse bei MUFL aus Afghanistan oder Afrika möglich sein, bevor sie zum Jugendamt gebracht werden, wo sie mit erheblichem finanziellen Aufwand für den dauerhaften Aufenthalt in Deutschland vorbereitet werden. Dabei ist es offensichtlich, dass ohne Unterstützung aus der Familie oder anderen Netzwerken kein Jugendlicher Tausende Kilometer zurücklegt, um in einem fremden Land Asyl zu beantragen. Das Handy bleibt dabei heute die wichtigste Verbindung zur Familie. Was für ausgerissene jugendliche Italiener oder Franzosen bislang gang und gäbe ist, soll jetzt auch für MUFL gelten, nämlich, dass man sie zu ihren Eltern bringt, wenn ihnen dort keine Verfolgung droht. Der für alleinstehende MUFL geltende faktische Abschiebestopp ist auch angesichts der hohen Kosten, die sie verursachen, vor allem in einem Wahljahr, wo das Thema „Flüchtlinge“ den Wahlkampf beherrscht, länger kaum noch zu vermitteln.

Nicht alle der zu 90 Prozent männlichen MUFL stellen einen Asylantrag. Oft wählen sie oder ihre gesetzlichen Vertreter einen anderen aufenthaltsrechtlichen Weg. Deshalb enthält der Bund-Länder-Beschluss für mehr Rückführungen vom 9. Februar neben der Ermöglichung für das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), auf Mobiltelefone von Asylsuchern mit ungeklärter Identität zuzugreifen, auch die Verpflichtung für Jugendämter, von Amtswegen für unbegleitete minderjährige Ausländer einen Asylantrag zu stellen. Besonders Jugendliche aus Herkunftsländern mit geringer Anerkennungsquote, etwa aus Nordafrika, weigern sich oft, einen Asylantrag zu stellen. *Bodo Bost*

Alternative zur Weichwährung

Das schwindende Vertrauen in den Euro lässt eine Flucht in das Edelmetall erwarten

Gold fasziniert die Menschen schon seit Jahrtausenden – sei es wegen seiner Ästhetik, sei es aufgrund des hohen materiellen Wertes des seltenen Edelmetalls.

Zu Schmuck wurde Gold bereits vor mehr als 6500 Jahren verarbeitet. Belege hierfür fanden sich unter anderen im Gräberfeld von Warna (Bulgarien). Und auch heute landet weit mehr als die Hälfte des gehandelten Goldes in den Produktionsstätten der Schmuckindustrie. Dahingegen gelangten die ersten Goldmünzen nicht vor 560 v. Chr. in Umlauf, nachdem man zuvor mit Geldstücken aus Elektron, einer natürlich vorkommenden Legierung aus Gold und Silber, oder Barren gezahlt hatte. Dabei ist die Kaufkraft des Edelmetalls in den letzten Jahrtausenden nahezu unverändert geblieben. So bekommt man heute für den Preis von einem Gramm Gold immer noch in etwa die gleiche Menge Brot wie zur Zeit von Christi Geburt.

Dahingegen verfiel der Wert der später eingeführten Papierwährungen im Verlaufe ihres Bestehens stets kontinuierlich. Hierzu nur ein Beispiel: Als 1861 die ersten Dollarbanknoten in den USA ausgegeben wurden, kostete eine Feinunze (31,1 Gramm) Gold 20,67 Dollar – zurzeit sind dafür mehr als 1200 Dollar fällig. Der Hauptgrund hierfür war die Aufgabe des Goldstandards, der jene grundsolide Währungsordnung kennzeichnete, in der nicht sehr viel mehr Scheine in Umlauf gelangen durften, als Gold in Höhe des aufgedruckten Nennwertes des Papiergeldes zur Verfügung stand. Deutschland verabschiedete sich von diesem System erstmals am 4. August 1914, also zu Beginn des Ersten Weltkrieges, was dann in Verbindung mit den späteren Reparationsforderungen der Siegermächte zur Hyperinflation von 1923 führte.

Beim Goldkauf ist vermehrt Obacht geboten

Seitdem gilt das gelbe Edelmetall endgültig als probates Mittel zur Absicherung gegen Währungskrisen – daraus resultieren die Goldreserven sowohl in staatlicher als auch privater Hand. Der Goldbesitz sämtlicher Zentralbanken der Welt liegt momentan bei reichlich 30 000 Tonnen. Die Bundesbank rangiert hier gleich an zweiter Stelle nach der US-amerikanischen Notenbank, wobei sich in ihren eigenen Tresoren in Frankfurt am Main derzeit lediglich 48 Prozent des deutschen Goldschatzes von insgesamt 3378 Tonnen befinden – der Rest lagert noch im Ausland und soll nun teilweise zurückgeholt werden. Die staatlichen Reserven machen freilich nur einen Bruchteil der vorhandenen Goldmenge von global 180 000 Tonnen aus. Das Edelmetall befindet sich überwiegend in den Händen von Privatpersonen. Experten schätzen, dass alleine die indische Bevölkerung 20 000 Tonnen Gold hortet, wohingegen es die Deutschen aktuell nur auf 8700 Tonnen bringen.

Allerdings dürfte dieser Vorrat in dem Maße wachsen, wie das Vertrauen in den Euro schwindet. Beim Kauf von Goldbarren und Goldmünzen ist größte Vorsicht angebracht. So bieten einige Internet-Händler inzwischen falsche südafrikanische Krügerrand-Münzen im Gewicht von einer Unze an, deren Inneres aus Wolfram besteht, was der Kunde kaum erkennen kann, weil Wolfram sich in seiner Dichte erst in den Stellen hinter dem Komma von Gold unterscheidet. Inzwischen werden sogar die beliebten Kinebar-Goldbarren gefälscht, deren Sicherheitshologramm eigentlich Echtheit und Reinheit garantieren soll. Deshalb ist jedem Anleger dringend zu raten, nur im seriösen Fachhandel zu kaufen. *Wolfgang Kaufmann*



Die bisher ergiebigste Lagerstätte: Das Witwatersrand-Feld in Südafrika Bild: Mauritius

Zeitzeugen



Rob McEwen – Für den Gründer des weltweit größten Goldunternehmens Goldcorp und jetzigen Haupteigner von McEwen Mining liegt ein Goldpreis in Höhe von 5000 US-Dollar pro Feinunze mittelfristig durchaus im Bereich des Möglichen.

Harald Elsner – Aus der Sicht des Geologen von der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe verschenkt man hierzulande die Chance zur Goldgewinnung aus den Ablagerungen, die sich am Ufer vieler Flüsse gebildet haben: „Würden alle Tagebaue ... in Deutschland das Edelmetall aus dem Kies holen, könnten sie so insgesamt eine Tonne Gold pro Jahr fördern.“

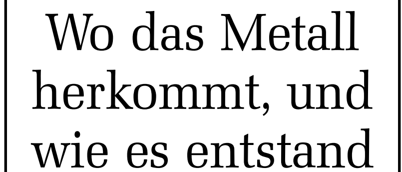


Alan Greenspan – Im Jahre 1966 schrieb der Wirtschaftswissenschaftler, der von 1987 bis 2006 als Vorsitzender der US-Notenbank fungierte, in der Zeitschrift „The Objectivist“: „Ohne Goldstandard gibt es keine Möglichkeit, Ersparnisse vor der Enteignung durch Inflation zu schützen. Es gibt dann kein sicheres Wertaufbewahrungsmittel mehr ... Dies ist das schäbige Geheimnis, dass hinter der Verteufelung des Goldes durch die Verfechter des Wohlfahrtsstaates steht. Staatsverschuldung ist schlicht und ergreifend ein Mechanismus für die ‚versteckte‘ Enteignung von Vermögen. Gold verhindert diesen heimtückischen Prozess. Es schützt Eigentumsrechte.“

Kroisos von Lydien – Der meist „Krösus“ genannte letzte König des Reiches der Lyder in Kleinasien, der etwa von 590 bis 541 v. Chr. lebte, wurde durch seinen sprichwörtlichen Reichtum bekannt, der ihn aber nicht vor der Niederlage gegen die Perser schützte. Auf Befehl dieses Herrschers gelangten die ersten Goldmünzen der Welt in Umlauf.



Queen Elizabeth II. – Ihr Porträt ziert die Vorderseiten der beiden größten Goldmünzen der Welt. Die eine stammt aus Kanada und bringt stolze 100 Kilogramm auf die Waage. Die andere, die den Namen „Red Kangaroo“ trägt, wiegt dahingegen sogar 1012 Kilogramm – bei 80 Zentimetern Durchmesser und zwölf Zentimetern Dicke. Sie wurde in der australischen Münzprägeanstalt Perth Mint hergestellt und enthält Gold für knapp 40 Millionen Euro.



Wo das Metall herkommt, und wie es entstand

Ursprünglich befand sich das gesamte Gold der Erde im flüssigen Inneren unseres Planeten. Von dort aus gelangte später ein Teil davon durch vulkanische Prozesse in höhere Gesteinsschichten, wo das Material erkaltete und Goldadern bildete, die dann bei der Auffaltung von Gebirgen oder anderen tektonischen Vorgängen an die Oberfläche gedrückt wurden.

Ungeklärt ist noch, wie das Edelmetall in den Erdkern kam. Die meisten Wissenschaftler gehen mittlerweile davon aus, dass hierfür ein Stern verantwortlich ist, der vor rund fünf Milliarden Jahren explodiert sei, also als Supernova geendet habe. Infolge der dabei aufgetretenen extremen Temperaturen hätten sich massereichere Elemente wie das Gold und auch die anderen Metalle gebildet, die schwerer als Eisen sind – dieser Vorgang wird Nukleosynthese genannt. Anschließend sei es vor 4,7 Milliarden Jahren zu einer kontinuierlichen Verdichtung der Explosionswolke gekommen, in deren Verlauf die jetzige Sonne sowie sämtliche Planeten unseres Solarsystems entstanden seien.

Nicht alle Fragen sind geklärt

Allerdings existieren auch Modellrechnungen, nach denen dies nicht ausreicht, um die irdischen Goldvorkommen zu erklären. Deshalb vermuten einige Astronomen, es habe eine Kollision zweier sterbender Sterne gegeben. Ein solches Ereignis registrierten die NASA-Forschungssatelliten „Swift“ und „Wind“ am 3. Juni 2013. Danach ermittelte das Wissenschaftlerteam um Edo Berger vom Harvard-Smithsonian Center for Astrophysics in Cambridge (Massachusetts), dass bei der Verschmelzung der beiden Neutronensterne Gold im Gewicht von 735 Trilliarden Kilogramm produziert und ins All geschleudert worden sein muss. Dies, so die Forscher, „ist schon ziemlich viel Glitzerkram“. Verantwortlich hierfür war die extreme Energiemenge, die das kosmische Ereignis innerhalb von Sekundenbruchteilen erzeugte. Sie entsprach in etwa dem, was die Sonne im Verlaufe ihrer gesamten bisherigen Existenz an Strahlung hervorgebracht hat. *W.K.*

VRC hat Südafrika abgelöst

Wo auf der Erde die Hauptförderstätten sind

Gold gibt es überall auf unserem Planeten, allerdings nur in geringer Menge. Im Durchschnitt enthält eine Tonne Gestein 0,004 Gramm des begehrten Edelmetalls. Gewinnbringend wird der Abbau aber erst bei höheren Konzentrationen, die immerhin an 19 500 Stellen rund um den Globus vorzufinden sind. Die bisher ergiebigste Lagerstätte ist das Witwatersrand-Feld in Südafrika, das seit 1886 Gold liefert. Von dort kamen bislang gut 40 000 Tonnen. Weitere bedeutsame Minen liegen in den Vereinigten Staaten von Amerika, Kanada, Australien, Russland, Peru, Mexiko, Ghana, Brasilien und der Volksrepublik China (VRC).

Die Volksrepublik hat inzwischen Südafrika als weltweit führenden Goldproduzenten abgelöst. 2016 förderten die Chinesen 455 Tonnen, während es der frühere Spitzenreiter bloß noch auf 140 Tonnen brachte.

In Europa ist Gold vorrangig in Finnland, Schweden, Bulgarien und Rumänien vorhanden. Erwähnung verdienen insbesondere die Vorkommen im siebenbürgischen Rosia Montana. Auf deutschem Boden wurde Gold vor allem am Rammelsberg bei Goslar im Harz abgebaut – aber nur bis 1988. Dahingegen wird im Kieswerk von Rheinzabern in der südlichen Pfalz nach wie vor Gold gewonnen. Dort lässt der Baustoffhersteller LafargeHolcim nebenher feine Goldpartikel aus den Geröllmassen des alten Rheinbettes herausfiltern, was einige Kilo pro Jahr erbringt. Dieses sogenannte Seifengold stammt aus kleineren Adern am Oberlauf des Flusses, die er im Laufe der Zeit ausgewaschen hat.

In rund 35 Jahren soll sich die Förderung nicht mehr rentieren

Insgesamt lag die Goldproduktion im Jahre 2016 bei 3100 Tonnen weltweit. Falls man bei dieser Menge bleibt, dürften die rentabel erschließbaren unterirdischen Lagerstätten in rund dreieinhalb Jahrzehnten ausgebeutet sein – so lautet zumindest die Schätzung des Geological Survey der Vereinigten Staaten. Dann würde der Goldpreis wohl explodieren. Es sei denn, den US-Firmen Planetary Resources und Deep Space Industries gelingt es bis dahin, mit dem geplanten Abbau von Edelmetallen auf Kleinplaneten in den Tiefen des Weltalls zu beginnen. *W.K.*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbriefe: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Mensch & Zeit, Heimatarbeit: Frank Horns; Ostpreußische Familie: Ruth Geede.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e. V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2016: Inland 11 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 13,50 Euro, Luftpost 17,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann.
Es gilt Preisliste Nr. 32.

Konten: HSH Nordbank, IBAN: DE63 2105 0000 0192 3440 00, BIC: HSHNDEHH oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon **(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

Potsdam wächst am schnellsten

Studie: Bevölkerungsentwicklung läuft besser als bei allen anderen Landeshauptstädten



Magnet für Touristen und Zuzügler: Potsdams beliebte Brandenburger Straße

Bild: Jessica Gardner/CF

Eine aktuelle Untersuchung sagt Brandenburgs Landeshauptstadt eher negative Zukunftsaussichten voraus. Erstaunlich, denn diese Prognose steht im starken Kontrast zu der steigenden Attraktivität Potsdams für Touristen und Zuzügler.

Statistiker des Rathauses Potsdam haben erst vor Kurzem einen Vergleich der deutschen Landeshauptstädte vorgelegt, in dem ihre Stadt recht gut abschneidet. Demnach gewinnt Potsdam bereits seit 17 Jahren kontinuierlich Einwohner dazu. So stieg im Jahr 2015 die Einwohnerzahl der Havelstadt um 2,3 Prozent. München landete mit 2,1 Prozent auf dem zweiten Platz, Erfurt wurde Dritter. Potsdam schnitt auch bei der Geburtenrate gut ab: Mit 10,63 Neugeborenen je 1000 Einwohnern landete Brandenburgs Landeshauptstadt nach Dresden, München und Hamburg immerhin auf dem vierten Platz. Ebenso positiv sieht die Entwicklung bei den Arbeitslosenzahlen aus. Mit einer Quote von lediglich 6,9 Prozent liegt Potsdam hinter München, Stuttgart und Mainz ebenfalls auf dem vierten Platz aller 16 Landeshauptstädte.

Der Vergleich förderte allerdings auch Mankos zu Tage. So schneidet Potsdam bei der Wertschöpfung auffallend schwach ab. Im Schnitt erwirtschaftet jeder Erwerbstätige ein Bruttoinlandsprodukt von 57 354 Euro. Damit schafft es Potsdam innerhalb der neuen Bundesländer immerhin auf Rang zwei hinter Dresden. Im Vergleich zum Spitzenreiter Stuttgart mit 95 678 Euro pro Erwerbstätigem und anderen Landeshauptstädten westlich der Werra rangiert Potsdam aber nur „unter ferner liefen“. Als Grund gilt das Fehlen von produzierendem Gewerbe, in dem eine hohe Wertschöpfung stattfindet. Die Wirtschaft Potsdams wird stattdessen durch den Dienstleistungssektor geprägt. Mit 92,2 Prozent der Bruttowertschöpfung auf diesen Bereich erreicht die preußische Residenzstadt unter Deutschlands Landeshauptstädten sogar einen Spitzenwert.

Problem bleibt das Fehlen einer starken Industrie

Auch eine bundesweite Untersuchung von 1554 Städten und Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern, die unlängst das „Manager Magazin“ veröffentlicht hat, bescheinigt Potsdam Schwächen im sozialen und wirtschaftlichen Bereich. Als Probleme werten die Experten eine Investitionsschwäche und die relativ hohe Gewerbesteuer und abermals das weitgehende Fehlen von verarbeitendem Gewerbe. Negativ zu Buche schlugen zudem der Anteil an Hartz-IV-Beziehern und die Kriminalitätsrate, ablesbar beispielsweise an den zahlreichen Diebstählen von Autos und Fahrrädern.

Allerdings kann Potsdam auch punkten: Der Anteil von Abiturienten ist überdurchschnittlich hoch. Auch die Bevölkerungsprognose fällt abermals positiv aus. Dessen ungeachtet zählen die Fachleute Potsdam ebenso wie Bottrop oder Hildesheim zur Gruppe von 500 überwiegend kleinen Städten, denen eine negative Zukunftsentwicklung bevorstehe. Angesichts der unbestrittenen Attraktivität der Stadt für Touristen und Zuzügler stellt sich die Frage, wie Potsdam mit der diagnostizierten Wirtschaftsschwäche umgehen soll. Der Versuch, aktive Ansiedlungspolitik zu betreiben, kommt womöglich zu spät: Die Landkreise Teltow-Fläming und Dahme-Spreewald haben in den vergangenen 25 Jahren ihr Feld abgesteckt und sich zum Magneten für Firmenansiedlungen im Berliner Speckgürtel entwickelt.

Potsdam war allerdings sehr erfolgreich darin, seine Trümpfe im Bereich des Tourismus, der Kultur und der Wissenschaft auszuspielen. Mit dem Hasso-Plattner-Institut ist am Griebnitzsee eine Ausbildungsstätte für Experten der Informationstechnologie entstanden, die mittlerweile Weltgeltung errungen hat. Auch das Filmstudio in Babelsberg konnte sich im internationalen Wettbewerb erfolgreich etablieren.

Und die nächste Potsdamer Erfolgsgeschichte zeichnet sich bereits ab: Mit dem neueröffneten Barberini-Museum am Alten Markt (die *PAZ* berichtete) hat Potsdam neben seinen Preußenschlössern einen zweiten großen Besuchermagneten erhalten. Allein im ersten Monat sind 60 000 Besucher in den Nachbau des Palais geströmt, um sich die Eröffnungsausstellungen „Impressionismus. Die Kunst der Landschaft“ und „Klassiker der Moderne. Liebermann, Munch, Nolde, Kandinsky“ anzusehen.

Der bisherige Besucheransturm auf das von Hasso Plattner gestiftete Kunstmuseum ist dermaßen stark, dass das Barberini bereits auf Augenhöhe mit den renommierten Berliner Museen gesehen wird. Von den zahlreichen Museumsbesuchern profitiert der Tourismus. Das gesamte Areal um den Alten Mark ist seit der Museumseröffnung deutlich belebter. Auch die Hotels berichten noch vor dem Beginn der eigentlichen Saison von steigenden Buchungszahlen durch den „Barberini-Effekt“. *Norman Hanert*

Recht oder Unrecht?

Von Vera Lengsfeld

In der vergangenen Woche wurden die Berliner mit den Folgen zweier Gerichtsurteile konfrontiert, wie sie drastischer nicht sein können. Am Aschermittwoch fuhren viele Polizeiwagen in Berlin und Brandenburg mit Trauerflor Streife. Sie gedachten damit ihrer zwei getöteten Kollegen. Beide Polizisten waren Familienväter mit je drei Kindern.

In den Medien wurde versichert, dass die Familienangehörigen psychologisch betreut würden. Auch den Kollegen der Getöteten ständen zur Traumabewältigung Betreuer zur Verfügung. Eine Moderatorin von Radio 91.4 kommentierte das begeistert. Daran, dass es diese psychologische Betreuung gebe, könne man sehen, wie gut in unserer Gesellschaft für alles gesorgt sei. Was kaum erwähnt wurde, war, warum der Mörder überhaupt in der Lage war, zu töten, obwohl er ein gerichtsbekannter psychotischer Gewalttäter war.

Nachdem der Mann seine Großmutter umgebracht hatte, befand er sich auf der Flucht. An einer Straßenkontrolle nahm er zwei Polizisten ins Visier. Er habe „auf unsere Kollegen mit hoher Geschwindigkeit draufgehalten“, sagte später Polizeipräsident Hans-Jürgen Mörke. Beide Kollegen seien sofort tot gewesen. Auf der weiteren Flucht verursachte der Mann, der vermutlich unter Drogen stand, noch weitere Unfälle, ehe er endlich gefasst werden konnte.

Der leitende Oberstaatsanwalt Helmut Lange musste einräumen, dass der Täter den Strafverfolgungsbehörden gut bekannt war: „Es gab Verurteilungen, und er ist im Bundeszentralregister aufgefallen – wegen Raub, Bedrohung, Körperverletzung, Fahren ohne Fahrerlaubnis und Diebstähle.“ Es war auch bekannt, dass der Mann psychisch krank und extrem gewaltbereit ist. Ein Gericht wollte ihn deshalb in eine psychiatrische Einrichtung einweisen. Das verhinderte ein Gutachter, der überzeugt war, dass eine Behandlung des Mannes auch außerhalb einer geschlossenen Anstalt möglich sei. Der Skandal ist, dass niemand für diese tödliche Fehleinschätzung zur Verantwortung gezogen wird.

Das zweite Urteil betraf einen irakischen Offizier, der angeblich von der Armee desertiert ist und in Deutschland Asyl beantragt hat. Er wurde hier schnell auffällig. Auf seinem bei einer Hausdurchsuchung beschlagnahmten Laptop fand man ein Foto, auf dem der Mann lächelnd mit zwei abgeschlagenen Köpfen posierte. Nun stand er vor Gericht. Der arme Mann, dem man glaubte, dass er die Köpfe, die er wie Trophäen präsentierte, nicht selbst abgeschlagen habe und zum Foto gezwungen worden sei, gestanden die Berliner Richter wegen des angeblich ausgestandenen „Gruppendrucks“ mildernde Umstände zu. Er befindet sich wieder unter uns …

Rettung für Mausoleen

Historischer Südwestfriedhof: Brandenburg plant Gesetzesnovelle

Die brandenburgische Staatsanwaltschaft hat ihre Ermittlungen im Fall des verschwundenen Schädels des Stummfilmpioniers Friedrich Wilhelm Murnau eingestellt. Bereits im Sommer 2015 hatten Diebe den einbalsamierten Schädel des Nosferatu-Regisseurs aus seinem Sarg auf dem Stahnsdorfer Südwestfriedhof gestohlen.

Nach Angaben der Staatsanwaltschaft hat es Anzeichen für eine schwarze Messe im Murnau-Mausoleum gegeben, der Verbleib des Kopfes konnte allerdings nicht geklärt werden. Das Bekanntwerden der Grabschändung war sogar für die britische BBC und die „New York Times“ ein Thema. Murnaus Leichnam war 1932 aus den USA auf den Südwestfriedhof überführt worden.

Im Schatten dieses spektakulären Falles ist es in den vergangenen Jahren auf dem Friedhof mit seinen zahlreichen Prominentengräben immer wieder zu Zerstörungen und Diebstählen gekommen. Bereits mehrmals haben Metalldiebe Kupferdächer von Mausoleen abmontiert. In der lokalen Presse tauchen zudem regelmäßig Meldungen über Schäden auf, die Wildschweine auf dem mehr als 200 Hektar großen Friedhofsgelände hinterlassen haben. Auch der bauliche Zustand vieler Grabanlagen auf dem südwestlich von Berlin gelegenen Friedhof ist ein Problem. Viele Mausoleen sind bereits in den 1920er Jahren errichtet worden und nach 60 Jahren an die Kirche gefallen.

Raub von Murnaus Schädel machte weltweit Schlagzeilen

Der Aufwand zum Erhalt der Anlagen ist allerdings immens, zudem fließen bislang keine Fördermittel. Auf dem riesigen Friedhofsgelände, das unter anderem auch die Gräber von Heinrich Zille und Werner von Siemens beherbergt, stehen allein 25 Mausoleen unter Denkmalschutz.

Schon jetzt ist es möglich, eine Patenschaft für ein Mausoleum zu übernehmen. Die teilweise sehr hohen Kosten für die Restaurierung und die Einschränkung, dass die historischen Mausoleen nicht mehr für Bestattungen genutzt werden dürfen, haben viele Interessenten zögern lassen, eine solche Patenschaft einzugehen. Eine Neufassung des Bestattungsgesetzes könnte dies ändern. Brandenburg will zwar den Neubau von Mausoleen weiterhin verbieten, allerdings sollen in bestehenden Anlagen wieder Bestattungen erlaubt werden. Durch die Vererbbarkeit der Patenschaften sollen sich die Mausoleen auch über Generationen als Begräbnisstätten für Familien nutzen lassen. *N.H.*

Kampf um die besten Plätze

Berliner Parteien stellen ihre Bundestagskandidaten auf

In Berlin ist das Ringen um die Kandidatenplätze für den nächsten Bundestag entbrannt. Manche Parteien werden weniger Mandate zu verteilen haben als 2013. Nach jüngsten Umfragen dürfte vor allem die CDU am Wahltag Grund zur Trauer haben. Statt der bisherigen neun Abgeordnetenmandate könnte sie nur noch fünf erlangen. Sollten – wie bisher – fünf Wahlkreise im Westteil der Stadt an die CDU gehen, wäre möglicherweise sogar der Listenplatz 1 „wertlos“.

Der frühere Landesvorsitzende Frank Henkel konnte sich in einer Kampfkandidatur in Berlin-Mitte gegen den Bundestagsabgeordneten Philipp Lengsfeld durchsetzen. Auf einer Mitgliedervollversammlung in Steglitz-Zehlendorf erschienen rund 600 Parteimitglieder. Die beiden Bewerber Karl-Georg Wellmann (schon Bundestagabgeordneter) und Thomas Heilmann (Ex-Justizsenator) erhielten in einer Stichwahl exakt jeweils 245 Stimmen. Die Wahl muss daher zu einem späteren Termin fortgesetzt werden. Frank Steffel (Reinickendorf), Kai Wegner (Spandau), Jan-Marco Luczak (Tempelhof) und Klaus Dieter Gröhler (Charlottenburg-Wilmersdorf) werden ihre Wahlkreiskandidaturen nicht ernsthaft streitig gemacht.

Gysi und Ströbele hören auf, CDU dürfte Federn lassen

Nachdem in Kreuzberg Hans-Christian Ströbele nicht mehr für den Bundestag kandidiert, werden der türkischstämmigen Canan Bayram bei den Mitgliedern der Grünen die meisten Chancen eingeräumt.

Bei der Linkspartei verzichtet Gregor Gysi auf einen Listenplatz, kandidiert aber im Wahlkreis Treptow-Köpenick, den er 2013 mit deutlichem Abstand vor SPD und CDU mit mehr als 42 Prozent erobern konnte. Während Pankow (Stefan Liebich) und Lichtenberg (Gesine Lötsch) erneut an die Linkspartei fallen dürften, ist dies in Marzahn-Hellersdorf fraglich. Zwar erreichte Petra Pau dort 2013 noch 38,9 Prozent der Erststimmen, aber bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus 2016 schaffte es dort die AfD, zwei von sechs Wahlkreisen zu gewinnen. Im gesamten Bezirk hatte die Linkspartei gerade mal zwei Prozent Vorsprung vor der AfD. Den Neulingen werden drei bis fünf Bundestagsmandate in ganz Berlin vorhergesagt. Die Vorschlagsliste wird von Beatrix von Storch angeführt. Auf Platz fünf erscheint mit dem früheren stellvertretenden „Bild“-Chefredakteur Nicolaus Fest ein weiteres bekanntes bürgerliches Gesicht. *Hans Lody*

MELDUNGEN

Türkei baut Mauer zu Syrien

Ankara – Wie die türkische Nachrichtenagentur Anadolu unter Berufung auf Quellen im türkischen Generalstab mitteilt, hat die türkische Armee an der Grenze zu Syrien und zum Irak eine 330 Kilometer lange Betonmauer sowie mehrfach verstärkte Sicherheitszäune von fast 200 Kilometern Länge errichtet. Die jetzt abgeschlossenen Bauten sollen vor allem der inneren Sicherheit dienen. Zuletzt hatte sich die türkische Führung mit verschiedenen zuvor von ihr geförderten islamistischen Terrorgruppen aus dem Umfeld des IS überworfen, die darauf mit Bombenanschlägen im Land ihrer einstigen Gönner reagierten. *T.W.W.*

Engagement trotz Sanktionen

Moskau – Gemeinsam mit dem russischen Fahrzeughersteller Kamaz baut Mercedes eine Autofabrik bei Moskau. Die Kosten hierfür betragen etwa 300 Millionen Euro. Gefertigt werden sollen nach einer voraussichtlichen Bauzeit von drei Jahren vor allem Luxus-SUVs in einer Zahl von 25 000 bis 30 000 Stück pro Jahr. Auch VW, größter ausländischer Fahrzeughersteller in Russland, will seine dortigen Aktivitäten ausweiten. Wladimir Putin sagte dem VW-Vorstandvorsitzenden Matthias Müller seine Unterstützung zu. Thyssen-Krupp beteiligt sich maßgeblich an einem Polyesterwerk in Iwanowo bei Moskau. Die 300 Millionen Euro teure Anlage ist die größte Investition in die russische Leichtindustrie seit dem Zerfall der Sowjetunion. Die Anlage besitzt eine Kapazität von 200 000 Tonnen pro Jahr. Mit ihr kann Russland Polyesterwaren in größerem Umfang aus den im Lande vorhandenen petrochemischen Rohstoffen selbst herstellen und sich damit von Importen aus Asien unabhängig machen. *T.W.W.*

Renzis PD hat sich über ihn gespalten

Linksabweichler der größten Partei Italiens gründeten mit der Bewegung DP eine Konkurrenzorganisation

Italiens größte Partei, die sowohl den Staats- als auch den Regierungschef stellende Partito Democratico (PD, Demokratische Partei), hat sich gespalten. Die damit absehbare Zersplitterung des Parteiensystems kann für das südeuropäische Land weitreichende Folgen haben.

Ende vergangenen Monats haben sich Vertreter des linken Flügels der PD losgesagt und die „Bewegung der Demokraten und Progressisten" (DP) gegründet. Mit von der Partie sind der ehemalige PD-Fraktionschef im italienischen Parlament Roberto Speranza und der Präsident der Region Toskana, Enrico Rossi.

Das veröffentlichte Gründungspapier des linken Projekts liest sich in Teilen wie eine Generalabrechnung mit dem bisherigen Parteichef Matteo Renzi. Die neu gegründete DP werde „nicht am Ehrgeiz und an der arroganten Anmaßung ihres Führers ersticken" und solle „zu ihrem Kurs zurückfinden und den Rechtsdrall aufgeben".

Parteiinterne Kritiker haben Renzi schon länger einen übermäßigen persönlichen Ehrgeiz attestiert. Der frühere Ministerpräsident war kurz vor der Abspaltung des linken Parteiflügels von seinem Posten als PD-Chef zurückgetreten und hatte erklärt, er wolle im Juni auf einem Parteitag erneut für den Chefposten bei der PD kandidieren. Sollte Renzi damit Erfolg haben, ist er automatisch der Spitzenkandidat für die Parlamentswahlen, die spätestens im Frühjahr 2018 abgehalten werden müssen.

Die Spaltung der PD könnte Renzis Ambitionen auf eine Rückkehr an die Spitze der Regierung allerdings gefährden. Demoskopen bescheinigen der neuen Linkspartei ein Stimmenpotenzial von fünf bis sechs Prozent, die Renzi am Ende fehlen könnten.

Darüber hinaus sehen politische Beobachter mit der Spaltung im linken Lager die Gefahr wachsen, dass sich Italiens Parteiensystems „balkanisiert" und das politische System noch instabiler wird. Die Fünf-Sterne-Bewegung (M5S) hat in der Vergangenheit signalisiert, sie wolle generell keine Koalitionen eingehen. Das Mitte-Rechts-Lager aus Silvio Berlusconis Forza Italia und der Lega Nord ist laut Umfragen von einer Mehrheit weit entfernt.

> Der Ehrgeiz des Ex-Ministerpräsidenten an der Spitze der PD polarisiert auch in seiner Partei

Das Wahlrecht droht die Lage noch zu verschärfen. Bereits im Januar hat Italiens Verfassungsgericht die Reform des Mehrheitswahlrechts für das Abgeordnetenhaus aus dem Jahr 2015 zwar teilweise einkassiert, das Wahlgesetz aber insgesamt als sofort anwendbar eingestuft. Mit dem Urteil gilt für das Abgeordnetenhaus das Mehrheitswahlrecht. Renzis Scheitern bei der Verfassungsreform im letzten Dezember hat allerdings zur Folge, dass die zweite Kammer, der Senat, vermutlich erneut per Verhältniswahlrecht bestimmt wird. Dieser Dualismus kann weitreichende Folgen haben. So hat Staatspräsident Sergio Mattarella die Forderungen nach vorgezogenen Neuwahlen zurückgewiesen.

Im Dezember erklärte der frühere Verfassungsrechtler Sergio Mattarella, er lehne die Auflösung des Parlaments ab, solange für beide Parlamentskammern unterschiedliche Wahlrechte gelten. In der Diskussion ist inzwischen die generelle Rückkehr zum alten Verhältniswahlrecht. Dieses gilt allerdings als eine Ursache für die jahrzehntelange politische Instabilität Nachkriegsitaliens. Mit dem steckengebliebenen Reformprojekt Renzis bleibt zudem das Problem erhalten, dass sich Abgeordnetenhaus und Senat gegenseitig blockieren können. Zur missglückten Wahlrechtsreform kommen die anhaltenden wirtschaftlichen Probleme Italiens, etwa die weiter schwelende Krise des Bankensektors.

Ob die stärkste Oppositionspartei, Beppe Grillos Fünf-Sterne-Bewegung (M5S), von der Spaltung der regierenden PD profitieren kann, ist keineswegs ausgemacht. Die „Grillini" sorgen nämlich inzwischen ausgerechnet in der italienischen Hauptstadt für negative Schlagzeilen. Die M5S-Kandidatin Virginia Raggi war letztes Jahr in Rom mit einer Zweidrittelmehrheit zum Stadtoberhaupt gewählt worden. Angetreten war die Juristin mit dem Versprechen, die Korruption in der skandalgeplagten Metropole zu bekämpfen. Raggi wird inzwischen allerdings wegen fragwürdigen Personalentscheidungen selber stark kritisiert. Im Raum steht der Verdacht, die Bürgermeisterin habe bei der Ernennung des Tourismusdirektors ihr Amt missbraucht. Im Zuge von Ermittlungen wurde die Politikerin inzwischen von der Staatsanwaltschaft befragt. Bereits im Dezember durchsuchten Carabinieri sogar die römische Stadtverwaltung und beschlagnahmten Unterlagen zu Personalentscheidungen der Bürgermeisterin. Im Kontrast zu dieser Entwicklung sollte Rom eigentlich als ein Vorzeigeprojekt der Fünf-Sterne-Bewegung für eine Regierungsübernahme auf nationaler Ebene dienen. Innerhalb der Bewegung wachsen die Spannungen zwischen Unterstützern und Gegnern Raggis. Im Verhaltenskodex der Bewegung war ursprünglich das Prinzip verankert, dass ein Mitglied automatisch sein politisches Amt abgibt, wenn es zum Gegenstand eines Ermittlungsverfahrens wird. Grillo veranlasste im Januar die Streichung dieses Passus.

Norman Hanert



Bei der Vorstellung der PD-Abspaltung DP in Rom: Roberto Speranza and Enrico Rossi (von links) Bild: Getty

Ironie bewusst verkannt

Wie die Deutschen auf Dänemarks DF gehetzt werden sollen

Die Tageszeitung „Die Welt" und mehrere andere bundesdeutsche Zeitungen haben behauptet, der Stellvertretende Vorsitzende der Dänischen Volkspartei (DF), Sören Espersen, habe eine dänische Annexion aller Gebiete bis zur Eider gefordert. Grundlage des entsprechenden „Welt"-Artikels und wohl auch der anderen Darstellungen ist ein Bericht des im dänischen Teil Schleswigs für die deutsche Volksgruppe erscheinenden „Nordschleswigers", der einen derartigen Landhunger der DF behauptet und zur Dramatisierung der Behauptung herausstellt, dass Espersen den Auswärtigen Ausschuss des dänischen Parlaments leitet.

In Wahrheit verhalten sich die Dinge anders. Espersen hatte in einem launigen Fernsehgespräch mit Siegfried Matlok, dem früheren Chefredakteur des „Nordschleswigers" und langjährigen Vertreter der deutschen Volksgruppe bei der dänischen Regierung, der zurzeit eine Gesprächsreihe zum Thema „Deutschlands Wahl, Europas Schicksal" auf dem dänischen Sender DK4 moderiert, zunächst geradezu schwelgerisch vom alten deutschen Kultureinfluss in Dänemark gesprochen, was er überdies äußerst anerkennend mit deutschgeprägten dänischen Redewendungen tat.

Ob dieses „überreichen" Lobes stellte Matlok die klar humorige Frage in den Raum, ob denn die DF keine Gebietsansprüche an Deutschland stelle. Espersen antwortete darauf ebenso scherzhaft, dass man als Däne natürlich von der Eider-Grenze träume und er selber darauf eine reale Hoffnung setze. Hierfür müsse sich schließlich der Südschleswigsche Wählerverband (SSW) einsetzen, denn das sei schließlich ja seine zentrale Aufgabe, und er wüßte nicht, wozu dieser sonst da wäre. War dies bereits erkennbar ironisch und dementsprechend lächelnd vorgetragen, erklärte Espersen daran anschließend und sichtlich ernsthafter, dass Dänemark seine Südgrenze 1945 nicht geändert habe, als die Möglichkeit dazu bestanden habe, und das Land somit seinen Frieden mit der bestehenden Lösung gefunden habe, die im übrigen hervorragend funktioniere.

> Die Dänische Volkspartei (DF) ist eine Art dänische AfD

Im „Nordschleswiger" wie in der der „Welt" wurden seine scherzhaften Aussagen aus diesem Kontext herausgerissen und gezielt in falsche Zusammenhänge gestellt. Beide Blätter lehnen sich allerdings politisch eng an das Establishment der Vereinigten Staaten an und folgen deren Vorgaben, was diese Entstellung erklärt. Den Interessen des US-amerikanischen Establishments käme eine Auseinandersetzung zwischen den einander politisch nahestehenden Parteien Dänische Volkspartei und Alternative für Deutschland gerade jetzt wie gerufen, beginnen sich doch die national-bürgerlich-sozialen Parteien der EU um Front National, Freiheitliche Partei Österreichs und AfD politisch zusammenzuschließen, was die US-initiierte Masseneinwanderung der sogenannten Flüchtlinge rasch beenden könnte. In genau die gleiche Kerbe schlugen daher auch Vertreter der deutschen Linksparteien, die auf die vermeintlich „nationalistische" DF einhieben und der AfD umgekehrt den Wunsch nach einer Angliederung des Dänemark zugefallenen Nordteils Schleswigs unterstellten.

Espersen wie die AfD sind von solchen Ambitionen und einem politischen Zerwürfnis freilich weit entfernt. Der dänische Politiker legte seinen deutschen Nachbarn sogar ausdrücklich die Wahl der AfD ans Herz.

Thomas W. Wyrwoll

(siehe auch Kommentar auf S. 8)

Ein Sinai ohne Kopten

Terror soll die letzten Christen von der Halbinsel vertreiben

Seit dem Militärputsch in Ägypten von 2013, der dazu führte, dass der aus den ersten freien Präsidentschaftswahlen Ägyptens 2012 hevorgegangenen Muslimbruder Mohammed Mursi durch den jetzigen Machthaber Abd al-Fattah as-Sisi ersetzt wurde, ist der Sinai zu einer Hochburg der gewaltbereiten islamischen Extremisten geworden. Sie haben nicht nur Hunderte ägyptischer Soldaten und Polizisten ermordet, sondern sich auch vorgenommen, die letzten Christen von dieser seit dem Urchristentum auch von Vertretern des christlichen Glaubens bewohnten Halbinsel zu vertreiben. Auf dem Sinai befinden sich mit dem Mosesberg und dem Katharinenkloster zwei der ältesten christlichen heiligen Stätten.

Nach der letzten Mordserie an drei Kopten in al-Arisch im Norden des Sinai sind ungefähr 250 Christen in die evangelische Kirche von Ismailia am Ostufer des Suezkanals geflüchtet, wie die französische Nachrichtenagentur AFP berichtete. Der Verwalter der dortigen Kirche, Nabil Choukrallah, sagte AFP: „Die Familien sind mit ihren Kindern geflüchtet. Die Situation ist sehr schwierig, wir erwarten noch weitere Dutzende von Familien." Ein Tag zuvor war ein ägyptischer Christ in seinem Haus in al-Arisch ermordet und sein Haus angezündet worden. Am Tag zuvor waren bereits in derselben Stadt hinter einer Schule die leblosen Körper eines von Kugeln durchsiebten 60-jährigen Vaters und seines lebendig verbrannten Sohnes gefunden worden. Die Sicherheitsbehörden gehen von Dschihadisten als Täter aus, die bewusst Panik und Angst erzeugen wollen.

Ein großer Teil der heute in al-Arisch lebenden Kopten war 2012 während der Präsidentschaft Mursis aus Rafah geflüchtet, nachdem es dort zu Drohungen gegen die Christen gekommen war. Neun koptische Familien waren wegen Todesdrohungen der radikaler Moslems aus ihrer Heimatstadt geflüchtet.

> Seit 2013 Hochburg der gewaltbereiten, radikalen Moslems

Rafah ist durch die Grenze zwischen Ägypten und dem Palästinensischen Autonomiegebiet geteilt. Dort befindet sich auch der einzige Grenzübergang zwischen dem Sinai und dem Gazastreifen. In letzterem herrscht seit dem israelischen Abzug 2005 die palästinensische Hamas, die ihre Waffen zumeist iranischer Herkunft durch eine Vielzahl unter der Stadt gegrabener Tunnel bezieht. Durch diese Tunnel floriert nicht nur der Waffenschmuggel. Weil die Tunnel wegen des wüstenähnlichen Geländes nur wenige hundert Meter lang sein können, wurde 2015 beschlossen, den bislang 500 Meter breiten Grenzstreifen nach und nach auf fünf Kilometer zu erweitern. Dafür soll die 75 000-Einwohner-Stadt auf der Grenze allmählich vollständig abgerissen werden. Die Stadt soll dann mehrere Kilometer weiter westlich inmitten der Wüste wieder neu aufgebaut werden, die Bewohner sollen eine kleine Entschädigung erhalten.

Während mit dem Abriss der ersten Häuser entlang der Grenze bereits begonnen wurde, gibt es noch nicht einmal Pläne für den Bau der neuen Stadt. Besitztitel oder Grundbücher gibt es in dieser Region nicht, alle Häuser sind ohne Genehmigung oft noch unter der israelischen Besatzung errichtet worden.

Ein Großteil der Bevölkerung ist über diesen Plan und dessen Umsetzung, die ihn zu Obdachlosen macht, so verbittert, dass er sich auf die Seite des IS geschlagen hat und jetzt seine Wut auch an den Christen auslässt, da bekannt ist, dass die Kopten in ihrer großen Mehrheit den Militärputsch von 2013 unterstützt haben. *Bodo Bost*

Kampagne abgebrochen, Ziel erreicht

Bundesumweltministerin schafft mit neuen »Bauernregeln«, die provozieren, Öffentlichkeit für ihr Anliegen

Mit den elf neuen „Bauernregeln" ihrer Kampagne „Gut zur Umwelt. Gesund für alle" hat die Bundesumweltministerin die Agrarlobby so sehr provoziert, dass sie sich schließlich zum Rückrudern genötigt sah. Ihr Plädoyer für eine ökologischere Agarpolitik ist jedoch in der Öffentlichkeit angekommen.

Mit ihrer Anfang Februar auf den Weg gebrachten Plakatkampagne für eine umwelt- und tierfreundliche Landwirtschaft provozierte Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD) empörte Reaktionen des Deutschen Bauernverbands (DBV) und der Landwirtschaftsminister fast aller Bundesländer. Auch Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt (CDU) reagierte verärgert und sprach von einer Diffamierung des gesamten landwirtschaftlichen Berufsstands.

Die Kampagne des Umweltministeriums stand unter dem Motto „Gut zur Umwelt. Gesund für alle" und sollte lustig daherkommen, was die für eine Politikerin der Regierungskoalition ungewöhnlich harsche Kritik an der industriellen Landwirtschaft annehmbar zu verpacken. Mit elf auf Plakaten gedruckten, frei erfundenen „Bauernregeln" wollte die Ministerin auf die Debatte über die anstehende Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU (GAP) ab 2020 aufmerksam machen. Die Plakate mit Sprüchen wie „Haut Ackergift die Pflanzen um, bleiben auch die Vögel stumm" oder „Zu viel Dünger auf dem Feld, geht erst ins Wasser, dann ins Geld" sollten in 70 Städten ausgehängt werden. Nur wenn sich Volkes Stimme zu Wort meldet und der Forderung nach einer Agrarwende anschließt, wird der Staat endlich seine Rolle als Bewahrer der lokalen Vielfalt annehmen, so die Kalkulation.

Tags darauf wurden erregte Proteste der zuständigen oder auf den Plan gerufenen Landes- und Bundespolitiker gegen das Vorgehen der Ministerin veröffentlicht. Der DBV konterte mit dem Vorwürfen: „Schließt der Bauer Hof und Stall, brachten Umweltauflagen ihn zu Fall" und „Frisst der Schädling Raps und Weizen, gab's keinen Pflanzenschutz zum Beizen." Vereinzelt wurden Rücktrittsforderungen gegen Ministerin Hendricks laut. Auch Verschwendung von Steuergeldern wurde ihr vorgeworfen – die „Bauernregel"-Aktion hatte 1,6 Millionen Euro gekostet. Wegen des heftigen Gegenwinds stoppte Hendricks die Kampagne schon nach wenigen Tagen. Doch die Botschaft war angekommen. Landesweit zitierten zahlreiche Medien die neuen „Bauernregeln" aus dem Umweltministerium an vorderer Stelle. Die Menschen schmunzelten und hatten dennoch den Ernst des Anliegens verstanden. Mit dem Reimspruch „Wir wollen niemand diffamieren, uns liegt nur viel an Pflanz' und Tieren" entschuldigte sich Hendricks, verwies dabei aber erneut auf ihr Anliegen. Bekanntlich seien die Belastungsgrenzen von Böden und Natur durch die intensive Landwirtschaft viel zu oft überschritten worden. Damit rügte sie zugleich die bisherige Agrarförderung durch die GAP, die zum größten Teil aus pauschalen Flächenprämien ohne konkrete Gegenleistung besteht. In Deutschland sind es pro Hektar rund 300 Euro. Dementsprechend bekommen die Großen viel, die Kleinen wenig. Teilweise streichen landfremde Investoren die hohen Gewinne ein.



Kritik kam selbst aus dem eigenen Kabinett: Die Bundesminister Schmidt und Hendricks

Foto: pa

Unterdessen wird die Diskussion über neue Strategien und Fördermaßnahmen in der Landwirtschaft mit konkreten Vorschlägen fortgesetzt. Landwirtschaftsminister Christian Schmidt gab das neu gesteckte Ziel seines Ministeriums bekannt, mittelfristig einen Anteil von 20 Prozent Biolandbau in Deutschland zu erreichen. Die Grundlage dafür enthält ein Katalog mit 24 Maßnahmenkonzepten in fünf Handlungsfeldern. Bereits ab 2017 werden die Mittel des Bundesprogramms „Ökologischer Landbau" auf 30 Millionen Euro aufgestockt. Laut Schmidt wird auch die EU-Agrarpolitik wesentlich zur langfristigen Finanzierung des Ökolandbaus beitragen. Hier müsse die ökologische Landwirtschaft nach 2020 in der Ersten Säule (Direktzahlungen) mit vertreten sein.

> »Wir wollen niemand diffamieren, uns liegt nur viel an Pflanz' und Tieren«

Zeitgleich stellten auch die grünen Landesminister und Agrarpolitiker in Bundestag und Europaparlament ein Strategiepapier vor. Sie sprechen sich für eine stärkere Bevorzugung der „bäuerlich-ökologisch wirtschaftenden" Betriebe auch in der GAP aus. Durch Umschichtung und Koppelung von Beihilfen sollen bis 2020 jährlich nahezu eine Milliarde Euro mehr für Ökologie, Tierschutz und Qualität zur Verfügung stehen. An die Bundesregierung richtet sich der Aufruf, nicht länger nur 4,5 Prozent der Direktzahlungen in die Zweite Säule der Agrarpolitik, betreffend die Entwicklung des ländlichen Raumes, umzuverteilen. Dies betrifft gezielte Förderprogramme für die nachhaltige und umweltschonende Bewirtschaftung. Deutschland müsse die vollen 15 Prozent in Anspruch nehmen. Damit bekräftigen die Landesminister und Abgeordneten eine schon früher von den Grünen erhobene Forderung.

Aufgrund der anhaltend schlechten Umweltbilanz der GAP fordert der Naturschutzbund Deutschland (NABU) schon lange drastische Änderungen von der Politik. Beim Institut für Agrarökologie und Biodiversität gab der NABU daher eine Studie über Alternativen zur bisherigen „Gießkannenförderung" in Auftrag, die seit November letzten Jahres vorliegt. Erstmals wird darin anhand von Modellen gezeigt, wie die Agrarsubventionen in Zukunft so verteilt werden können, dass Landwirte und Umwelt gleichermaßen profitieren. *D. Jestrzemski*

Hendricks neue »Bauernregeln«

1) Steht das Schwein auf einem Bein, ist der Schweinestall zu klein.
2) Gibt's nur Mais auf weiter Flur, fehlt vom Hamster jede Spur.
3) Zu viel Dünger auf dem Feld, geht erst ins Wasser dann ins Geld.
4) Haut Ackergift die Pflanzen um, bleiben auch die Vögel stumm.
5) Zu viel Dünger, das ist Fakt, ist fürs Grundwasser beknackt.
6) Ohne Blumen auf der Wiese geht's der Biene richtig miese.
7) Steh'n im Stall zu viele Kühe, macht die Gülle mächtig Mühe.
8) Gibt's nur eine Pflanzenart, wird's fürs Rebhuhn richtig hart.
9) Wenn alles bleibt, so wie es ist, kräht bald kein Hahn mehr auf dem Mist.
10) Strotzt der Boden von Nitraten, kann das Wasser arg missraten.
11) Bleibt Ackergift den Feldern fern, sieht der Artenschutz dass gern.

MELDUNGEN

Deutsche für Trumps Mauer?

Essen – Deutschlands größter Baukonzern Hochtief würde gern die von US-Präsident Donald Trump geplante Grenzmauer zwischen den USA und Mexiko bauen. Es sei vorteilhaft für das Unternehmen „und sein Markt, dann bieten wir für alles", erklärte der Unternehmenschef Marcelino Fernandez Verdes vergangene Woche auf der Bilanzpressekonferenz. Auch der in seiner Branche weltweit führende Konzern Heidelberg-Cement, der 156 Zementwerke, darunter welche in Arizona und Texas, betreibt, möchte gern als Baustofflieferant an Trumps Mauerbau mitverdienen. Die Gewerkschaften geben sich empört, die Börse reagiert positiv. *J.H.*

Osram darf verkauft werden

München – Das Bundeswirtschaftsministerium hat die Genehmigung zum Verkauf der Leuchtmittelsparte des Herstellers Osram nach China zugestimmt, da es die Lampenproduktion für „nicht sicherheitsrelevant" erachtet. Ein chinesisches Konsortium will für diesen größten Teil des Konzerns 400 Millionen Euro ausgeben. Osram möchte sich auf die finanziell einträglichere Produktion von Kfz-Beleuchtungen konzentrieren. *T.W.W.*

Die Schulden-Uhr:

Gesamtverschuldung: **2.032.343.076.692 €**

Vorwoche: 2.032.301.908.015 €

Verschuldung pro Kopf: **24.732 €**

Vorwoche: 24.731 €

(Dienstag, 7. März 2017, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Inflation zieht an

Änderung der lockeren EZB-Geldpolitik nicht in Sicht

Die Teuerungsrate hat im Februar in Deutschland und in weiten Teilen der Eurozone weiter zugelegt. Laut vorläufigen Angaben des Statistischen Bundesamtes sind die Preise 2,2 Prozent höher als im Vorjahresmonat. Das Statistische Amt der Europäischen Union (Eurostat) weist für den Februar für die gesamte Eurozone eine durchschnittliche Inflationsrate von zwei Prozent aus. In Spanien stieg die Rate sogar auf drei Prozent. Auffällig ist auch die Entwicklung in Italien, wo die Teuerung von einem Prozent im Januar auf aktuell 1,5 Prozent überdurchschnittlich stark in die Höhe kletterte. Aus Frankreich wird hingegen ein Rückgang der Inflation von 1,6 auf 1,4 Prozent gemeldet.

Mit der insgesamt steigenden Inflation wird die Kritik an der Europäischen Zentralbank (EZB) immer eindringlicher. Der bayerische Finanzminister Markus Söder (CSU) fordert die EZB zu einer Abkehr von ihrer ultralockeren Geldpolitik auf. Schließlich hat die EZB ihre Politik der Anleihenkäufe und der niedrigen Zinsen immer wieder damit begründet, dass sie mit ihr ein Inflationsziel von knapp zwei Prozent Teuerung erreichen wolle. Allerdings dürfte die EZB trotz der aktuellen Inflationszahlen in dieser Größenordnung an ihrer bisherigen Geldpolitik festhalten. So hat EZB-Präsident Mario Draghi


EZB-Präsident Mario Draghi

Bild: CF

bereits vor einiger Zeit gleich mehrere Bedingungen formuliert, die aus seiner Sicht erfüllt sein müssen, bevor die EZB einen Kurswechsel unternimmt. Die Inflation soll nicht nur vorübergehender Natur sein, sondern sich nachhaltig einstellen, und sie soll nicht allein das Ergebnis der ultralockeren Geldpolitik der EZB sein. Die genannten Bedingungen lassen es unwahrscheinlich erscheinen, dass die EZB in absehbarer Zeit die Geldpolitik wieder strafft.

Erst im Dezember hat die EZB ihr bislang auf 1,74 Billionen Euro angelegtes Anleihenkaufprogramm bis mindestens Dezember 2017 verlängert. Zwar soll das Ankaufsvolumen ab April von bisher 80 auf 60 Milliarden Euro pro Monat gedrosselt werden, doch auch so schwillt das EZB-Programm auf weit über zwei Billionen Euro an, nämlich auf immerhin 2,28 Billionen.

Währenddessen betreibt die Bundesbank mit Milliardenrückstellungen eine immer stärkere Risikovorsorge, um notfalls Verluste durch das EZB-Kaufprogramm abfedern zu können. So sind die Rücklagen der Bundesbank inzwischen um 1,8 Milliarden auf 15,4 Milliarden Euro gestiegen. Als Folge wird die Bundesbank an Finanzminister Wolfgang Schäuble in diesem Jahr statt erwarteter 2,5 Milliarden lediglich 400 Millionen Euro aus ihrem Gewinn überweisen. *Norman Hanert*

Sorgenkind Berlin

Wenigstens vom Brexit könnte die Hauptstadt profitieren

Die britische Großbank Lloyds erwägt, ihre Berliner Niederlassung in eine Europazentrale umzuwandeln. Laut Medienberichten laufen dazu Planungen, die schon existierende Lloyds-Niederlassung in Berlin noch im Laufe dieses Jahres in eine Tochtergesellschaft umzuwandeln und eine Banklizenz in Deutschland zu beantragen. Die Lloyds-Bank beschäftigt schon bislang rund 300 Mitarbeiter an der Spree.

Ähnlich wie Lloyds sehen sich seit dem Brexit-Votum etliche britische Banken nach zusätzlichen Standorten auf dem Kontinent um, über die sie künftig ihr EU-Geschäft abwickeln können. Gute Chancen zum Standort neuer Tochtergesellschaften britischer und US-amerikanischer Banken zu werden, haben vor allem Frankfurt am Main, Paris, Madrid und Dublin. Lloyds wäre die erste Großbank, die ihre Europa-Zentrale nach Berlin verlegt.

Bislang kann die deutsche Hauptstadt in dieser Richtung nur wenige Erfolge vorweisen. Mit der Wertpapierbörse „Tradegate" hat sich in Berlin in den letzten Jahren immerhin eine wichtige elektronische Handelsplattform entwickelt. Im Vergleich zum Frankfurter Handelssystem Xetra ist Tradegate zwar noch immer ein Zwerg, aber immerhin hat das Berliner Unternehmen sich mittlerweile zum Primus unter den deutschen Regionalbörsen entwickelt.

Durchaus erfolgreich war Berlin bislang auf dem Gebiet der Finanztechnologie (Fintech). In dieser Branche sind zahlreiche sogenannte Start-up-Unternehmen (Start-ups) entstanden, sprich Firmen, die mit dem Ziel gegründet werden, dass sie dank einer innovativen Geschäftsidee beziehungsweise Problemlösung schnell

> Macht Lloyds seine Berlin-Niederlassung zur Europazentrale?

wachsen und einen hohen Wert erreichen. Bereits im vergangen Jahr wurde eine Analyse der „Standortinitiative Frankfurt Main Finance" bekannt, die Berlin bei solchen Fintech-Start-ups klar in Führung sah. Demnach wurden Ende 2015 in Berlin 70 derartige Betriebe gezählt, in Frankfurt aber nur 38.

Berlin hat solche Erfolge besonders nötig. Obwohl seit der Wiedervereinigung bereits mehr als ein Vierteljahrhundert vergangen ist, hat bis auf Lloyds noch keine einzige Großbank und keiner der großen Dax-Konzern seine Zentrale nach Berlin verlegt.

Auch eine neue Untersuchung der EU-Kommission und des Wiener Unternehmensberaters Stefan Höffinger zeichnet ein eher durchwachsenes Bild von der Wirtschaftskraft der deutschen Hauptstadregion. In dem europaweiten Vergleich von 263 Regionen landete Berlin-Brandenburg auf Platz 45. Mit großem Vorsprung abgehängt wurde die deutsche Hauptstadt samt Umland von der Region München/Oberbayern, die es im Europavergleich auf Rang 9 schaffte. Deutlich besser waren auch die Großräume Frankfurt mit Darmstadt, Hamburg, Karlsruhe, Stuttgart und Köln.

Nicht nur im innerdeutschen Vergleich schneidet Berlin eher begativ ab. So ist der Großraum Berlin die einzige EU-Hauptstadtregion, die in dem Land, in dem sie liegt unterdurchschnittlich abschneidet.

Die Untersuchung macht gleich mehrere Mankos der Region Berlin-Brandenburg deutlich. Bei der Qualität der Institutionen landet die deutsche Hauptstadtregion nur auf Rang 106. Noch schlechter sieht es beim Kriterium höhere Bildung aus, bei der es Berlin-Brandenburg nur auf Platz 112 geschafft hat. *N.H.*

Überlegte Rache

Von Jan Heitmann

Erinnern Sie sich noch daran, wie Angela Merkel bei der Feier nach ihrem Wahlsieg 2013 die Deutschlandfahne wegwarf? Erinnern darf man sich, daran erinnern jedoch nicht. Jedenfalls nicht, wenn man Mitglied der linksdominierten Hamburgischen Bürgerschaft ist. Dann hat man gefälligst die Wahrheit für sich zu behalten.

Tut man das nicht, dann fliegt man aus dem Plenarsaal. So wie der fraktionslose Abgeordnete Ludwig Flocken (AfD). Der hat nämlich in einer Rede zum von der CDU angemeldeten Debattenthema „Türkischer Nationalismus – demokratiefeindliche Hetze – Hamburg sagt Nein“ angemerkt, man könne den türkischen Nationalisten nicht vorwerfen, aggressiv Räume für ihre Ideologie zu besetzen. Vielmehr würden sie Räume für ihre Ideologie in Besitz nehmen, die sie von den Deutschen verlassen vorgefunden hätten. Zur Erklärung sagte er: „Sie alle kennen die Bilder von Merkel nach ihrem letzten Wahlsieg, wie sie die Deutschlandfahne wegschmeißt und ihr der Ekel ins Gesicht geschrieben steht. Grüne urinieren darauf, Rote können die Nationalfarben am Hamburger Rathaus kaum ertragen. Diese Leere ist es, in die sich ein Meer von roten Halbmondfahnen zum Teil gigantischen Ausmaßes ergießt, der überbordende türkische Nationalismus.“ Das entspringt nicht Flockens Phantasie, sondern ist Realität. Die drei von ihm beschriebenen Vorkommnisse hat es tatsächlich so gegeben. Die Filme dazu kann sich jedermann im Internet ansehen – wie übrigens auch Flockens Rede.

Meinungsfreiheit nicht für Abgeordnete

Außerdem kritisierte Flocken das mangelnde Selbstbewusstsein des deutschen Volkes, wofür es von den „Fremden mit übersteigertem Selbstbewusstsein“ ausgelacht werde. Und dem Oppositionsführer André Trepoll (CDU), der nach langer oppositioneller Agonie glaubt, mit dem radikalen Islamismus ein Thema gefunden zu haben, mit dem er sich endlich einmal profilieren kann, riet er, sich erst einmal um seinen eigenen Deutschenhass zu kümmern, bevor er sich „am Deutschenhass der Türken abrackert“.

Das war zu viel der unwiderlegbaren Fakten und schmerzlichen Kritik. Die Strafe für diesen Verstoß gegen den die Wahrheit verhöhnenden politisch korrekten Comment der Bürgerschaft folgte nicht etwa auf dem Fuße. Nein, die Rache von Bürgerschaftspräsidentin Carola Veit (SPD) wollte wohlüberlegt sein. Sie ließ sich nach Ende von Flockens Rede noch eine halbe Stunde Zeit, bis sie ihrer Wut freien Lauf ließ und ihn für den weiteren Verlauf von der Sitzung ausschloss. Weil Flocken sich, wie sie ihm genüsslich vor dem versammelten Plenum mitteilte, „mit seinen Äußerungen über die Bundeskanzlerin, die Grüne Partei, über Mitglieder dieses Hauses und insbesondere über den Abgeordneten Trepoll“ einer „gröblichen Verletzung der Ordnung des Hauses“ schuldig gemacht habe. Anschließend schmiss sie den Abgeordneten aus dem Saal.

Wenn eine Parlamentspräsidentin solchermaßen für das Parlament das Grundrecht der Meinungsfreiheit aufhebt, die Mandatsausübung behindert und sich unter den Abgeordneten keinerlei Protest dagegen erhebt, ist es um die Demokratie in unserem Land schlecht bestellt.

Kopenhagens Fünfte Kolonne?

Von Thomas W. Wyrwoll

Im Zuge der Debatte um die Espersen-Wortäußerungen zur deutsch-dänischen Grenze (siehe Seite 6) forderte der Geschäftsführer der CDU im Kieler Landtag, Hans-Jörn Arp, den Südschleswigschen Wählerverband (SSW) auf, sich öffentlich von territorialen Forderungen an Deutschland zu distanzieren. Die Partei der dänischen Minderheit stand bislang weitgehend unter politischer Schonung, auch wenn sie in der Vergangenheit verschiedentlich mit nationalistischen Äußerungen aufgefallen war. Hierzu trug auch ihre Rolle als „Zünglein an der Wage“ in der schleswig-holsteinischen Landespolitik bei, die sie aber im Zuge ihrer zuletzt durchweg linken Koalitionsbildungen längst verloren hat. Arp machte bei seiner Äußerung darauf aufmerksam, dass sich der SSW ausweislich seines eigenen offiziellen Rechenschaftsberichtes zu 74 Prozent aus Zuweisungen der dänischen Regierung finanziert – ein beachtlicher Wert, der bei einer kritischen Zusammenschau sicher noch deutlich höher ausfallen dürfte. Ist der SSW also eine Fünfte Kolonne Kopenhagens?

Zu diesem Eindruck könnte man durchaus kommen, wenn man sich die Politik des SSW ansieht. Hier geht es inzwischen längst nicht mehr um die traditionelle „Einhegung“ der deutschen Politik durch Querschläge im Bundesrat und weitere Nadelstiche vor allem innerhalb der norddeutschen Provinz. SSW-Chefin Anke Spoorendonk fungiert nämlich nicht nur als Justizministerin des Landes Schleswig-Holstein, sondern ist auch zugleich dessen Europaministerin sowie Mitglied der Europakammer und der Deutsch-Russischen Freundschaftsgruppe des Bundesrates. In diesen Funktionen nutzte sie mehrere Aufenthalte in Königsberg, um sich als „deutsche Politikerin“ negativ gegenüber Russland hervorzutun und einzelne tatsächlich dubiose Einrichtungen des Landes Schleswig-Holstein im Königsberger Gebiet wie das sogenannte Hanse-Büro zu unterstützen, denen russische Stellen damals Agenten- beziehungsweise Zersetzungsarbeit nachsagten. Es fiel jedenfalls auf, wie sehr sich Spoorendonk und verschiedene SPD-Politiker vor allem für diese Institution in die Bresche warfen und dabei mit Drohungen gegenüber Moskau nicht geizten, nachdem die Vertretung in Königsberg den Status eines „ausländischen Agenten“ erhalten sollte, was danach auch geschehen ist und zu deren Selbstauflösung führte. Andere Organisationen, denen gleichzeitig ähnliches drohte, waren den betreffenden Politikern nicht einmal eine Erwähnung wert.

Interessant ist in diesem Zusammenhang das auffallende Engagement dänischer Unternehmen im Königsberger Gebiet. Dass sie sich beim Ausbau ihres Einflusses auch nach außen hin deutscher Einrichtungen bedienen könnten, ist aufgrund des Gesagten zumindest keine abwegige Vermutung.



Das Bild spricht für sich und bestätigt die Aussage des Hamburger Bürgerschaftsabgeordneten Ludwig Flocken: Grüne urinieren auf die Deutschlandfahne und lassen sich dabei filmen

Bild: Youtube

Gegenwind



Dahinter steckt ein verdeckter Kulturkampf

Von Florian Stumfall

Das Zerwürfnis zwischen Berlin und Ankara wird geführt mit allerhand verbaler Munition, auf türkischer Seite ist die Rede von „faschistoid“ und schlechten Manieren, Deutschland schwingt die Keule der Menschenrechte. Dahinter ist leicht erkennbar: Verdeckt von verschiedenen politischen Interessen und allerlei Eifersüchteleien wird hier ein Kulturkampf geführt. Beide Seiten verlangen für ihren Standpunkt die Anerkennung als verbindlich und unbestreitbar. Die Türken fordern für sich das Recht, nach eigener Vorstellung ihren Staat zu gestalten, die Berliner Polit-Elite fühlt sich als Herold einer alle Länder und Völker weltweit umfassenden Sittlichkeit.

Es gibt für diesen hehren, von der Berliner Regierung vorgetragenen Anspruch auch andere Beispiele, weniger spektakuläre. Reist beispielsweise ein deutscher Spitzenpolitiker nach China oder aber nach Russland, so wird er es schwerlich versäumen, dort einen Sermon über Menschenrechte anzubringen, den die Gastgeber bereits kennen und daher gar nicht mehr richtig wahrnehmen. Das bundesdeutsch organisierte, halb- und ganzprofessionelle Gutmenschentum hat fein Acht darauf, dass den Schurken in Peking die Leviten gelesen werden, damit auch diese der Segnungen westlicher Moralität teilhaftig werden.

Wer aber gegenüber anderen Ländern und deren Regierungen eine Art Dauerkritik wegen unangemessenen Verhaltens übt, der braucht dazu eine gute Erklärung. Diese ist denn auch leicht erkennbar. Es ist dies die Hypothese, es gebe ein alle Kontinente umfassendes Weltethos, wonach sich alle Menschen, gleich welchen Herkommens und welcher kulturellen Eigenart, zu richten hätten. Und es gebe zudem unter den Völkern und Ländern dieser Erde ein allgemeines Übereinkommen darüber.

Gut, kann man sagen, das ist sogar notifiziert in der UN-Menschenrechts-Charta, aber die Sache ist nicht so einfach. Denn die islamische Welt hat sich eine eigene Menschenrechts-Charta verpasst, die sich von der allgemeinen der Vereinten Nationen im Wesentlichen dadurch unterscheidet, dass alle Bestimmungen unter den Vorbehalt ihrer Übereinstimmung mit der Scharia gestellt werden. Das heißt, nicht einmal offiziell ist die Allgemeingültigkeit eines Weltethos herstellbar, von dem, was es in der verhüllten Wirklichkeit an Abweichungen gibt, erst gar nicht zu reden.

Die Kolumne: Zwei Publizisten reden Klartext. Immer abwechselnd, immer ohne Scheuklappen und immer exklusiv in der *PAZ*. Dem Zeitgeist „Gegenwind“ gibt der konservative Streiter Florian Stumfall. „Frei gedacht“ hat Deutschlands berühmteste Querdenkerin Eva Herman.

Das ist auch gar nicht erstaunlich. Denn wer jene UN-Charta liest, wird feststellen, dass alles, was darin steht, aus der westlichen, europäisch-aufgeklärten Tradition kommt. Einflüsse anderer Kulturkreise sind nicht erkennbar. Diese haben sich der westlichen Vorgabe gebeugt und tun dies nach außen hin weiter, solange sie mit der vorgetäuschten Zustimmung zum Moral-Diktat die tatsächliche finanzielle Unterstützung aus eben jenen Ländern erwarten können, in deren Sinne die Charta abgefasst ist.

Doch – wie das islamische Beispiel zeigt – wer vom Westen nicht abhängig ist, lässt sich nicht dreinreden, vor allem nicht in Dingen der eigenen Identität. So nimmt man in China die ständige Belehrung aus Europa in Sachen Menschenrechte mit großem Missfallen zur Kenntnis. Auf Vorwürfe wegen des Massakers am Platz des Himmlischen Friedens in Peking, wo 5000 Menschen zu Tode kamen, erwiderte ein chinesischer Offizieller: „Aber wir haben seit 50 Jahren keine Hungersnot mehr.“ Oder ein bezeichnendes Beispiel, wenn auch aus dem Bereich der Unterhaltung. In dem bombastischen Film „Laurence von Arabien“ gibt es die Szene, in der Laurence eine ganze Truppe und damit eine Mission gefährdet, weil er einem einzelnen das Leben rettet. Das chinesische und das arabische Exempel haben gemeinsam, dass das Recht von einzelnen hinter dem Vorteil der Gesamtheit zurücksteht. Dieses Prinzip gibt es um den ganzen Globus. Bis in unsere Tage war es bei naturnah lebenden Völkern in Afrika oder auch in der Arktis üblich, Alte und Schwache auszusetzen, damit sie nicht der Sippe zur Last fielen und diese in ihrer Existenz gefährdeten.

Was die Ausnahme bildet, ist die europäische, die vom Christentum geprägte Regel. Europa unterscheidet sich kulturell und damit ursprünglich ethisch von den anderen Zivilisationen dieser Welt dadurch, dass es den einzelnen und nicht ein Kollektiv als Träger von Recht und Wert und Würde betrachtet. In diesem Sinne ist das Ethos nicht quantifizierbar, sondern eine absolute Größe, aber eben nur in diesem Sinne. So kommt es auch, dass je nach den kulturellen Bedingungen das Menschenleben eines einzelnen höher oder minder eingeschätzt wird, von Rechten wie der Meinungsfreiheit und dem Recht, sich zu versammeln, ganz zu schweigen.

Es ist eigenartig, dass gerade jene politischen Kräfte, die den staatlichen Kolonialismus vor allem des 19. Jahrhunderts anprangern, die sind, die sich heute für ein Weltethos ins Mittel legen. Sie übersehen dabei völlig, dass der Zwang, den sie damit auf das Denken anderer Menschen ausüben, von diesen als zumindest ebenso misslich empfunden wird wie eine politische Bedrückung. Vor allem erscheint der belehrende Eifer ungeschminkt als das, was er in Wahrheit ist: Ausdruck einer schändlichen Überheblichkeit.

Der Autor: Florian Stumfall ist ein christsoziales Urgestein. Unter anderem war der 1943 geborene promovierte Politikwissenschaftler ein Vierteljahrhundert lang Redakteur beim „Bayernkurier“. In mehreren Büchern hat er das Zeitgeschehen aus konservativer Weltsicht aufs Korn genommen.

Ignoranz gehört auch dazu, Ignoranz und Dummheit. Die ethische Gleichschaltung eines ganzen Globus kann nicht gelingen, doch was leider möglich ist und tatsächlich auch eintritt, ist die Zerstörung von Traditionen und Kulturen, zuallererst derjenigen Völker, die am schwächsten und wehrlos sind. Dass diese Obsession eine bevorzugt deutsche Erscheinung ist, steigert sowohl Peinlichkeit als auch schädliche Wirkung. Kein französischer Politiker würde sein Gesprächsklima im Ausland auf solche Weise belasten.

In seinem Werk „Über den Staat“ behandelt der bedeutende römische Philosoph und Staatsmann Cicero die Erscheinung der Vielfalt von Rechtsordnungen und Gesetzen: „Wollte ich nun gar die Arten des Rechts, der staatlichen Einrichtungen, der Sitten und Gewohnheiten beschreiben, so könnte ich zeigen, dass sie nicht nur bei so vielen Völkern ganz unterschiedlich, sondern sogar innerhalb ein und derselben Stadt – zum Beispiel eben in unserer – sich tausendmal verändert haben ...“

Damit, mit dem Begriff der Vielfalt, spricht Cicero das an, was sich beim Problem des Weltethos als des Pudels Kern erweist: Hier steht Vielfalt gegen Gleichheit. Es geht um jene zerstörerische Gleichheit, die von der Französischen Revolution aus ihren Siegeszug angetreten hat und zum unverzichtbaren Instrumentarium aller totalitären Ordnungen geworden ist. Es ist wie beim Bett des Prokrustes: Dem, der zu groß ist, werden die Beine abgehackt, wer zu klein ist, wird gestreckt – zu Tode kommen sie beide.

Sam Huntington schrieb in seinem Buch „Kampf der Kulturen“ zu der Frage nach der Möglichkeit einer universellen Kultur: „Die Nichtwestler betrachten als westlich, was der Westen als universell betrachtet.“ Das verdrängen die Gutmenschen, weil sie sich sonst eingestehen müssten, dass ihr Export von „Werten“, „Demokratie“ und „Menschenrechten“ nicht nur unwillkommen, sondern, soweit überhaupt, allenfalls scheinbar und oberflächlich und nur durch wirtschaftliche und militärische Überlegenheit möglich ist. Doch ein Weltethos, das zu seiner Verbreitung Kriege führt, wird niemanden überzeugen können.

»Elphis« Schwester an der Oder

Neue Philharmonie: Auch Stettin glänzt seit Kurzem mit einem modernen, markanten Musikpalast

Nicht nur die Bundesrepublik hat mit der Elbphilharmonie in Hamburg ein neues Konzerthaus, das für Furore sorgt. Mindestens genauso spektakulär glänzt das pommersche Stettin bereits seit gut zwei Jahren mit Europas modernstem Musiktempel.

Bis vor Kurzem noch war die 500 Meter lange Hakenterrasse am westlichen Oderufer Stettins Touristenziel Nummer Eins. Doch seit im September 2014 in der Neuen Philharmonie erstmals Musik ertönte, hat das ultramoderne Konzerthaus der gut 100 Jahre älteren Aussichtsterrasse den Rang abgelaufen.

Das Interesse an dem Prestigeobjekt wird immer größer. 2016 fanden 178 000 Besucher (2015: 160 000) bei Konzerten, Filmvorführungen, Bildungsveranstaltungen und Führungen den Weg in die multifunktionale Kultureinrichtung. Durchschnittlich 36 Veranstaltungen pro Monat (2015: 25) standen auf dem Programm, darunter viel Klassik. Besonders beliebt bei den Polen sind Beethoven und Mozart. Karten zu deren Konzerten sind regelmäßig bereits im Vorverkauf abgeräumt.

Das von Alt bis Modern reichende Repertoire der Symphoniker passt zur Architektur ihres Hauses. Konzertreihen wie „Espressivo“, Jazz in der Philharmonie, „Rubato“, traditionelle Musik aus dem Ostseeraum, und „SoundLab“ als philharmonisches Labor elektronischer Musik gehören ebenso dazu wie Neuinterpretationen alter Weltmusik oder neue Arrangements polnischer Klassiker: Jazz-Versionen von Stanisław Moniuszko, dem Vater der polnischen Nationaloper, und Mieczysław Karłowicz, dessen hierzulande wenig bekanntes Œuvre in Polen zum festen Bestandteil der nationalen Musiktradition gehört. Als Mieczysław-Karłowicz-Philharmonie trägt Stettins neuer Musentempel voller Stolz seinen Namen.

Seit Juni 2016 ist der Norweger Rune Bergmann Künstlerischer Leiter und Chefdirigent in Stettin – und als gefragter junger Kapellmeister gleichzeitig bei Kanadas Calgary Philharmonie als Musikdirektor tätig. Auch die Stettiner Philharmoniker verlassen ab und zu die Heimat. In den vergangenen Jahren konzertierten sie regelmäßig in Berlin, aber auch in anderen deutschen Städten. Besonderer Genuss ist der warme homogene Klang der Streicher. Dazu wurde mit Bartłomiej Nizioł im Mittelpunkt, Stettins berühmtestem Geiger, im vergangenen Jahr eine Karłowicz-CD aufgenommen.

Die fensterlosen pfeilerartigen Elemente des eigenwilligen Konzerthauses bilden nach dem Willen der Architekten eine orchestrale Einheit, die mit zahlreichen Architekturpreisen ausgezeichnet wurde, darunter einem der wertvollsten überhaupt: 2015 erkannte man den jungen Architekten Fabrizio Barozzi und Alberto Veiga aus Barcelona den mit 60 000 Euro dotierten Mies-van-der-Rohe-Preis zu, den die Europäische Union für zeitgenössische Architektur vergibt. Preisgekrönten „Bauskulpturen“ des Architektenduos begegnet man inzwischen weltweit. Erst im Juni vergangenen Jahres wurde mit dem neuen Bündner Kunstmuseum in Chur einer ihrer letzten Entwürfe eröffnet.



Im großen Saal ist Platz für 953 Besucher. Im Unterschied zur streng in weiß gehaltenen Foyerhalle empfängt der Konzertraum seine Gäste in einem fast golden glänzenden Holzton: Blick vom Balkon in die neue Philharmonie von Stettin

Bild: Kapitel/CF

In der Dunkelheit ist das 35-Millionen-Projekt besonders strahlend. Dazu können 25 000 in die zweischichtige Gebäudefassade eingearbeitete LED-Leuchten die neue Philharmonie in den unterschiedlichsten Farben in Szene setzen. Die sich über die gesamte Fläche des Gebäudes erstreckende haushohe Foyerhalle kennt dagegen nur eine „Farbe“: Weiß. Innen so schnörkellos wie außen, führt eine breite gerade Treppe zum Konzertsaal und eine imposante Wendeltreppe in die vierte Etage, die als geräumiger, von Dachluken erhellter Ausstellungsraum dient.

Im Kontrast zum puren Weiß stehen die holzverkleideten Konzertsäle. Insgesamt 953 Besucher fasst der mit goldenen Wänden und Decken ausgestattete große Saal, 192 Plätze bietet der schwarz gehaltene Kammermusiksaal. Für die Akustik wurde in beiden Sälen ein absolut diffuses Schallfeld geschaffen, das durch variable Elemente in Form von ferngesteuerten aufrollbaren Vorhängen ergänzt werden kann.

Gleich neben der Philharmonie steht das neue Dialogzentrum, das als weltbestes „Gebäude des Jahres 2016“ ausgezeichnet wurde. Dabei setzte sich der Bau des polnischen Architekten Robert Konieczny und seines Büros KWK Promes auf dem Welt-Architektur-Festival in Berlin in der Kategorie „Kultur“ in der Endrunde gegen das neue Schlesische Museum in Kattowitz, ein Entwurf des österreichischen Büros Riegler Riewe, sowie das vom spanischen Architekten Fernando Menis entworfene Kulturzentrum Jordanki in Thorn durch.

Als Außenstelle des Stettiner Nationalmuseums widmet sich das Dialogzentrum der jüngeren Geschichte der Stadt. Während die Philharmonie in die Höhe strebt, liegt das Dialogzentrum größtenteils unter der Erde. Nur die Eingangsfront gibt der abschüssige Platz frei.

Anfang 2016 eröffnet, gliedert sich das Zentrum in fünf Abschnitte. „Genese – Der Fremde unter seinesgleichen“ heißt der erste Teil der Ausstellung, der sich mit der Zeit nach 1945 befasst. Themen sind der fast vollständige Bevölkerungsaustausch nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs, die Situation der Neuankömmlinge an der Oder-Neiße-Grenze und die erste Zeit der Volksrepublik mit der Entwicklung der Stadt zum bedeutenden Werftstandort und der Propaganda der damaligen Zeit.

„Dezember 1970/Januar 1971 – Die ungehörige Stadt“ ist der Titel des zweiten Ausstellungsteils, der sich den Streiks und politischen Protesten der damaligen Zeit widmet. „August 1980/Dezember 1981 – Der Weg in die Freiheit“ lautet das dritte Kapitel, das die Streiks jener Jahre zum Thema hat.

Diese führten zum Erstarken der Gewerkschaft „Solidarität“ und zur Verhängung des Kriegsrechts. „August 1988/Juni 1989 – Anfang und Ende“ beleuchtet den Prozess der politischen „Wende“ in Polen, an dessen Ende der Zusammenbruch des gesamten Systems der Warschauer-Pakt-Staaten stand. Der fünfte Teil bietet Platz für wechselnde Ausstellungen. *Helga Schnehagen*

Aus Not zum Erfolg

Die Passionsspiele von Altmühlmünster begeistern seit 1983

Ein kleiner Ort fiebert einem großen Ereignis entgegen: In Altmühlmünster (Landkreis Kelheim) werden wieder die Passionsspiele aufgeführt, die hier seit 1983 Tradition sind. Doch dieses Jahr ist alles etwas anders.

Aufgrund der Sanierung des Gotteshauses waren eine neue Bühne und die Erneuerung der Technik nötig. Fast standen die Passionsspiele vor dem Aus. Doch EU-Fördermittel und das starke Engagement der Passionsspielergemeinschaft Altmühlmünster e.V. ermöglichten die Fortführung der Tradition.

Aber wie kam es überhaupt zu den Passionsspielen? Der Hintergrund ist hier kein Büßergelübde, kein Pestversprechen oder eine materielle Not aus der Vergangenheit wie in anderen Spielorten, wie dem bekannten Oberammergau oder Erl in Tirol.

Vielmehr überlegten sich die Mitglieder des Pfarrgemeinderats 1982, wie sie wieder mehr Leute in die Kirche locken könnten. Der damalige Pfarrgemeinderat Günther Schlagbauer schlug ein Passionsspiel vor. „Ich war überzeugt, dass man die Leute, wenn man ihnen eine große Aufgabe gibt, auch begeistern kann“, blickt Schlagbauer heute zurück. Seine Idee wurde eine inzwischen nicht mehr wegzudenkende Tradition.

Das erste Spiel 1983 brachte es bereits auf acht ausverkaufte Vorstellungen. Weitere erfolgreiche Zyklen folgten 1984, 1988 und 1997 mit kontinuierlicher Steigerung der Aufführungen. Seit 1997 kehren die Passionsspiele im fünfjährigen Turnus wieder – mit nunmehr bis zu 20 Präsentationen.



Alle fünf Jahre: Szene mit Jesus

Bild: Markus Bauer

Als Aufführungsort dient der Innenraum der Pfarrkirche. Doch nach einer aufwändigen Renovierung schien hier im Herbst 2015 die Fortführung des Passionsspiels nicht mehr möglich. Denn mit der Sanierung waren besondere Schutzmaßnahmen für die Durchführung der Veranstaltung zu ergreifen. Die Bühne, die Beleuchtung und das Bühnenbild waren nicht mehr zu verwenden. Doch ein anderer Aufführungsort kam nicht in Frage. Daher galt es, Fördermittel zu finden.

Nach vielen Gesprächen konnte ein EU-Fördermitteltopf (LEADER-Programm) ausfindig gemacht werden, der solche Projekte mit 50 Prozent unterstützt. Die Hälfte der Finanzierung – 34 500 Euro – kommt nun tatsächlich aus den LEADER-Mitteln, die zweite Hälfte der Kosten teilen sich die Stadt Riedenburg und die Passionsspielergemeinschaft.

Drei Generationen, 100 Aktive vor und hinter der Bühne, Proben seit Anfang Oktober inklusive Barterlass bei den Männern, 130 bis 140 Stunden Aufwand für eine Sprechrolle – das sind einige der Fakten. Die Haupt- beziehungsweise Sprechrollen sind traditionell doppelt besetzt, da bei den rund 20 Aufführungen nicht jeder Jesus-Darsteller oder jede Maria-Mimin an allen Terminen Zeit hat.

Premiere ist am 11. März um 18 Uhr. Bis einschließlich Karfreitag (14. April) sind 18 weitere Aufführungen geplant. Die Karte kostet 25 Euro, weitere Infos unter www.passionsspiele-altmuehlmuenster.de *Markus Bauer*

Keiner herrschte länger

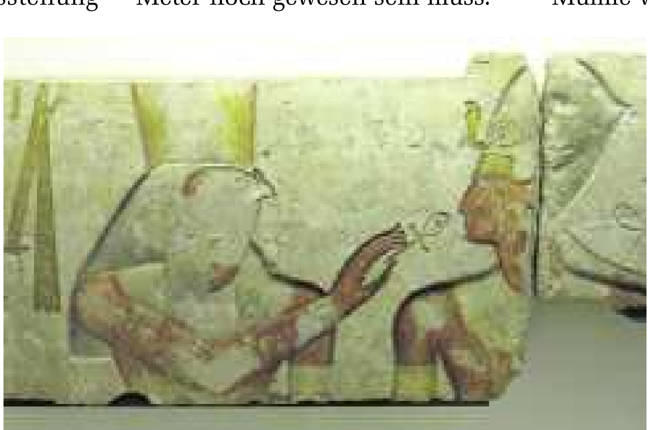
Karlsruhe: Spektakuläre Ausstellung zu Pharao Ramses II.

Auf einem farbigen Relief erhält Pharao Ramses II. vom falkenköpfigen Himmelsgott Horus das Leben. Als Ramses im August 1213 vor Christus mit etwa 90 Jahren stirbt, hat er es auf 66 Regierungsjahre gebracht. Kein Pharao vor oder nach ihm herrschte länger über Ägypten.

Erstmals in Deutschland stellt die Karlsruher Ausstellung „Ramses – Göttlicher Herrscher am Nil“ den berühmten Pharao vor, in dessen Mumie beim Auswickeln im Jahre 1886 noch so viel „Leben“ steckte, dass seine linke Hand zum Schrecken der Anwesenden vorschnellte.

Das Badische Landesmuseum präsentiert 260 Leihgaben aus 30 europäischen Sammlungen. Sie zeigen Ramses als oberster Priester und mächtigen Herrscher, herausragenden Bauherrn und Großfamilienvater, dem seine sieben Haupt- und ungezählte Nebenfrauen mindestens 45 Söhne und 40 Töchter gebaren.

Seinen Untertanen stand Ramses in zahlreichen Statuen vor Augen. Ausgestellt ist eine über zwei Meter hohe „Kolossalstatue“, die ihn mit flach auf den dreieckig abstehenden Schurz gelegten Händen als Beter zeigt. Dass die Skulpturen gigantische Ausmaße erreichen konnten, macht der 264 Zentimeter hohe Gipsabguss einer Büste erlebbar. Sie zeigt Ramses mit nacktem Oberkörper, mehrreihigem Halskragen, königlichem Kinnbart und teilweise erhaltener Krone. Die Büste ist Fragment einer Sitzfigur, die viele Meter hoch gewesen sein muss.



Ein Herrscher von göttlicher Abkunft: Das Relief aus dem Pariser Louvre zeigt, wie Ramses II. das Leben von den Gottheiten Horus und Isis erhält

Bild: Musée du Louvre Paris

Mit Statuen und Bildtafeln machen Untertanen des Pharaos auf sich aufmerksam. Zu ihnen gehört der zweitwichtigste Mann im Staat: Wesir Paser. Eine „Kniestatue“ zeigt ihn in seiner Amtstracht, dem von den Achseln bis zu den Knöcheln reichenden Schurz. Vermutlich spielte Paser eine wichtige Rolle bei den Verhandlungen, die zum Abschluss des ältesten paritätischen Friedensvertrags der Welt führten. Auf den einigte sich Ramses II. mit dem Hethiterkönig Hattuschili III. Die nun anbrechende lange Friedenszeit bescherte Ägypten kulturelle Blüte und wirtschaftlichen Wohlstand.

Die heute im Ägyptischen Museum von Kairo liegende Mumie wurde im Altertum mehrmals umgebettet, bevor Forscher sie 1881 in einem Sammelversteck für königliche Mumien entdeckten. Im Jahre 1060 vor Christus restaurierten Priester den von Grabräubern ausgewickelten Pharao. Die neuen Mumienbinden schmückten sie mit Girlanden aus Blättern des Mimusop-Baumes sowie Blütenblättern der Blauen und der Weißen Seerose. Originale Teile dieses Blumengewindes beschließen den faszinierenden Rundgang. *Veit-Mario Thiede*

Bis 18. Juni im Badischen Landesmuseum, Schlossbezirk 10, Karlsruhe. Geöffnet Dienstag bis Sonntag 10 bis 18 Uhr, Eintritt 12 Euro, Katalog 29,90 Euro. Telefon (0721) 9266514, Internet: www.landesmuseum.de

»Der wirkliche Geburtstag einer neuen Nation«

Vor 25 Jahren gaben Südafrikas Weiße ihrem Präsidenten grünes Licht für die Machtübertragung an den ANC

Am 17. März 1992 stimmte die weiße Bevölkerung in Südafrika mit großer Mehrheit für die Abschaffung der Apartheid im Lande. Dies führte 1994 zur Machtübernahme durch den African National Congress (ANC, Afrikanischer Nationalkongress), der heute eine Politik betreibt, die Weiße diskriminiert.

Ende der 1980er Jahre stand die Regierung in Südafrika mit dem Rücken zur Wand. Die politischen und ökonomischen Folgen der ab 1948 konsequent per Gesetz praktizierten Rassentrennung (Grand Apartheid) waren kaum länger tragbar. So gab es massiven ausländischen Druck, auch in Form von Boykottmaßnahmen, sonstigen Sanktionen und dem Rückzug westlicher Unternehmen. Deshalb sank das Bruttosozialprodukt zuletzt pro Jahr um mehr als vier Prozent, während die Arbeitslosenquote auf 40 Prozent kletterte. Dazu kam der wachsende Widerstand der schwarzen Bevölkerungsmehrheit, der im Untergrundkampf des militanten ANC gipfelte. Infolgedessen herrschte in den Siedlungen der Farbigen, den Townships, trotz des massiven Einsatzes von Sicherheitskräften permanenter Ausnahmezustand. Sie wurden faktisch unregierbar, und es drohte ein gewaltsamer Umsturz, bei dem die Weißen nur verlieren konnten.

Angesichts dieser verfahrenen Situation kündigte der neugewählte Staatspräsident Frederik Willem de Klerk von der Nasionale Party (NP, Nationale Partei) am 2. Februar 1990 in einer programmatischen Rede vor dem Parlament in Kapstadt die Abschaffung der Apartheid an. Dem folgte kurz darauf die Freilassung des seit 1962 inhaftierten ANC-Führers Nelson Mandela, die Aufhebung des Ausnahmezustandes und sämtlicher Gesetze zur Rassentrennung sowie der Beginn von Verhandlungen mit dem ANC über grundlegende politische Reformen.

Allerdings herrschte während der sogenannten CODESA-Gespräche über den künftigen Weg Südafrikas weiterhin Chaos. Die Mordrate lag nun höher als in jedem anderen Staat der Welt; einige tausend, wenn nicht gar 10 000 Menschen wurden aus politischen oder rassischen Gründen getötet. Maßgeblich mitverantwortlich hierfür waren die blutigen Rivalitätskämpfe zwischen dem ANC und der Inkatha-Partei des Zulu-Häuptlings Mangosuthu Buthelezi, der seine Machtbasis schwinden sah. Gleichzeitig wuchs das Anspruchsniveau vieler Schwarzer ins Unermessliche. Landesweite Berühmtheit erlangte in diesem Zusammenhang der Leserbrief einer Frau aus dem Elendsviertel von Khayelitsha an die „Cape Times“: „Mandela ist seit einem Monat in Freiheit, wo bleibt mein Haus?“

Aufgrund dessen erzielte die oppositionelle Konserwatiewe Party (KP, Konservative Partei) in den Nachwahlen von Ende 1991 und Anfang 1992 deutliche Siege über die NP. Die politischen Gegner de Klerks leiteten hieraus ab, dass er das Mandat für Verhandlungen mit dem ANC verloren habe. Staatsstreichgerüchte machten die Runde – immerhin bekannten sich rund 80 Prozent der Militär- und Polizeiangehörigen zu den Konservativen oder gar der radikalen Afrikaner Weerstandsbeweging (AWB, Afrikaaner-Widerstandsbewegung).

Deshalb initiierte de Klerk, der im Ausland als „Gorbatschow Südafrikas“ gefeiert wurde, notgedrungen ein Referendum über seine Politik. 3,3 Millionen Stimmberechtigte wurden aufgerufen, mit „Ja“ oder „Nein“ folgende Frage zu beantworten: „Unterstützen Sie den Reformprozess, den der Staatspräsident am 2. Februar 1990 begonnen hat und der darauf abzielt, eine neue Verfassung über Verhandlungen zu schaffen?“

Die Abstimmung, bei der zum letzten Mal in der Geschichte Südafrikas nur Weiße an die Urnen treten durften, fand am 17. März 1992 statt. Bei einer Wahlbeteiligung von 85,1 Prozent votierten 68,73 Prozent der Wähler für den Kurs de Klerks. Er bekam aus allen Wahlbezirken grünes Licht, bis auf das ländlich geprägte Pietersburg im nördlichen Transvaal. Dort überwogen die Nein-Stimmen mit 57 Prozent. Grund für diese doch recht deutliche Zustimmung war die Hoffnung vieler Weißer auf ein Wirtschaftswunder nach dem Ende der Apartheid. Manche handelten aber auch aus nackter Angst, denn Mandela hatte vor der Wahl verbreiten lassen, wenn de Klerks Reformbemühungen keine Unterstützung fänden, werde die schwarze Bevölkerungsmehrheit das als „Kriegserklärung“ betrachten. Der Präsident reagierte ob dieses klaren Abstimmungssieges euphorisch: „Die weiße Wählerschaft hat mit diesem erdrutschartigen Sieg des Ja-Votums die Hand ausgestreckt zu allen Landsleuten, zu allen anderen Südafrikanern, und die Botschaft dieses Referendums ist: Heute ist gewissermaßen der wirkliche Geburtstag einer neuen Nation Südafrika.“

Die nachfolgenden Verhandlungen mit dem ANC und weiteren Schwarzen-Organisationen, bei denen es um den konkreten Ablauf der ersten allgemeinen und freien Wahlen in Südafrika ging, zogen sich indes noch zwei Jahre hin. Dann hatte Mandela das Prinzip „Ein Wähler – eine Stimme“ durchgesetzt, gegen das sich de Klerk lange gesträubt hatte, weil abzusehen war, dass bei einem Bevölkerungsanteil der Weißen von nur 13 Prozent eine schwarze Herrschaft zementiert würde. Und so kam es auch. Bei den Wahlen im April 1994 erhielt der ANC 62,65 Prozent der Stimmen – und regiert Südafrika seitdem ohne Unterbrechung. De Klerk, der einige Monate zuvor gemeinsam mit Mandela den Friedensnobelpreis erhalten hatte, durfte noch pro forma bis 1996 als Vizepräsident fungieren. Dann verschwand der von vielen Weißen als „Verräter“ Gescholtene still und leise ins Privatleben.

Die Hoffnungen von Mandela und de Klerk auf eine glorreiche Zukunft der „Regenbogen-Nation“ in Südafrika blieben bis heute unerfüllt. Das Land konnte zwar wirtschaftlich wieder einigermaßen Fuß fassen, leidet in hohem Maße aber dennoch unter Übeln wie Wohnungsnot, Korruption, Kriminalität, Ineffizienz des Gesundheits- und Bildungswesens sowie Aids. Außerdem gibt es mittlerweile eine „umgekehrte Apartheid“, also die systematische Benachteiligung von Weißen durch Quotenregelungen und ähnliche Schikanen. Daraus resultiert eine zunehmende Abwanderung von Fachkräften und Kapital – vor allem in Richtung Australien und Nordamerika, – welche die Probleme Südafrikas noch zusätzlich verschlimmert.

Wolfgang Kaufmann



Die Mehrheit folgte der Wahlempfehlung und stimmte mit „Ja“: Abstimmungsplakate am Referendumstag in Pietersburg Bild: pa

Mehr als der Gründer eines Autozulieferer-Giganten

Robert Bosch: Kundenorientierter Industrieller, sozialpolitisch engagierter Philanthrop und sozialliberaler homo politicus

Wenn einer den Namen „Bosch“ hört, wird er wohl als erstes an Autozubehör und elektrische Konsumgüter denken. Wenn er etwas besser informiert ist, wird er auch noch wissen, dass der Hersteller dieser Güter sich (mehrheitlich) weder im Besitz einer Familie, eines Großkonzerns oder einer Aktionärsschar befindet, sondern mit der Robert-Bosch- einer gemeinnützigen Stiftung. Beides sind Spuren des Lebens und Wirkens des Robert Bosch, die bis in die Gegenwart wirken. Bosch war zum einen ein sehr erfolgreicher, innovativer Industrieller sowie zum anderen ein sozialpolitisch engagierter Philanthrop und sozialliberaler homo politicus.

Der am 23. September 1861 in Albeck bei Ulm geborene Anhänger der Homöopathie, der nie zum Arzt ging, interessierte sich für Botanik und Zoologie. Der Anregung seines Vaters, ein bildungsaffiner, wohlhabender Gastwirt, folgend, ließ er sich jedoch zum Feinmechaniker ausbilden. Nach der Lehre, die Bosch selber als schlecht bezeichnete, machte er sich auf Wanderschaft. Diese Wanderschaft führte den Freimaurersohn zu innovativen Unternehmen der westlichen Welt. Er arbeitete für Sigmund Schuckert in Nürnberg, für Thomas Alva Edison in den USA und für Siemens Brothers in London, um nur einige zu nennen. Diese Tätigkeiten gaben ihm viel von dem, was er in seiner Lehre vermisst hatte, und sie brachten ihn auf den aktuellen Stand der Elektrotechnik.

Im September 1866 erfuhr Bosch, dass sein Vater an einer Lungenentzündung erkrankt war, und kehrte heim. Nach dem Tod des Kranken gründete Bosch mit 10 000 Mark aus dem Erbe sowie einem Gesellen und einem Lehrling in der Hauptstadt seines Geburtsstaates eine „Werkstätte für Feinmechanik und Elektrotechnik“.

Bosch war weniger ein Erfindergeist als ungemein kundenorientiert. Qualität wurde sein Markenzeichen. „Lieber Geld verlieren als Vertrauen“, lautete seine Devise. Dafür, dass Bosch bei der guten Qualität seiner Produkte nicht draufzahlen musste, sorgte er, indem er Fertigungsprozesse professionell optimierte, eine seiner wesentlichen Stärken, die ihn von der Konkurrenz abhob. Die gute Qualität der Produkte zu bezahlbaren Preisen führte ebenso zu vollen Auftragsbüchern wie Boschs Weigerung, sich zu spezialisieren. Auf eine sogenannte Eintagsfliege, die morgen nicht mehr nachgefragt wird, wollte er nicht setzen. Was der Kunde wollte, wurde nach Möglichkeit hergestellt. Das führte dazu, dass Bosch sich auch der Herstellung von Produkten widmete, bei denen er von selber nicht auf die Idee gekommen wäre, sie zu produzieren. Da Bosch auf Qualität statt auf Einzigartigkeit setzte, konnte er auch auf patentrechtlich nicht geschützte Erfindungen anderer zurückgreifen.

> Was der Kunde wollte, wurde nach Möglichkeit hergestellt – und das in hoher Qualität zu einem bezahlbaren Preis

So kam Bosch auch zu seinem vielleicht bekanntesten Produkt, der Zündkerze. Wenn Robert Bosch auch kein Erfindergeist war, so bedeutet dieses nicht, dass in seinem Betrieb keine Erfindungen gemacht worden wären. So wurde der mittlerweile weltweit größte Zulieferer von Automobilelektronik und -mechatronik nicht nur wegen der sprichwörtlichen Qualität der Boschprodukte zu einem der bedeutendsten Zündkerzenhersteller, sondern auch, weil es im Hause Bosch bedeutende Weiterentwicklungen gegeben hat. Arnold Zähringer und Gottlob Honold sind hier zu nennen, beides Mitarbeiter Boschs. Bosch gelang es eben, nicht nur Kunden, sondern auch gute Mitarbeiter zu binden. Das ist kein Wunder, war er doch ein ungewöhnlich guter Arbeitgeber.

Und damit sind wir beim Philanthropen und homo politicus Robert Bosch. Mit Achtstundentag, freiem Sonnabendnachmittag, bezahltem Urlaub und überdurchschnittlich hohen Löhnen war Bosch sehr arbeitnehmerfreundlich. Doch nicht nur seine Mitarbeiter profitierten von seiner sozialen Ader, sondern die Allgemeinheit. Zu nennen ist in diesem Zusammenhang nicht zuletzt die seinen Namen tragende Robert-Bosch-Stiftung. Wenn heute nicht irgendwelche Verwandten, sondern eine gemeinnützige Stiftung den Großteil seines Erbes besitzt und verwaltet, so ist dieses sein Verdienst.

„Der rote Bosch“ wurde er genannt und er selber bezeichnete sich als Sozialdemokraten. Aber ein Sozialist war er nicht, eher ein Sozialliberaler wie Friedrich Naumann, dessen Arbeit er denn auch finanziell unterstützte. Dazu passt, dass Robert Bosch vor seinem Tode noch Naumanns bedeutendsten Schüler gebeten hat, seine Biografie zu schreiben, was der dann auch tat.



Als 27- Jähriger: Robert Bosch Bild: Trumpkin/CF

Theodor Heuss war nicht der einzige, dem Bosch versuchte, durch die NS-Zeit zu verhelfen. So engagierte er 1937 Carl Goerdeler als „wirtschaftspolitischen Berater“. Damit gab er dem späteren Mann des 20. Juli die Möglichkeit, unauffällig ins Ausland zu reisen und dort für den Widerstand in Deutschland zu werben. Im selben Jahr ordnete Bosch sein Erbe. Er gab seinem Konzern, zu dem sich seine anfängliche Werkstätte mittlerweile entwickelt hatte, mit der Robert-Bosch-GmbH seine heutige Form und zog sich zunehmend ins Privatleben zurück.

Obwohl sogar von einem oppositionellen Bosch-Kreis im Zusammenhang mit der Förderung von Oppositionellen durch Bosch gesprochen wird, ließen es weder er noch die Nationalsozialisten zu einem offenen Bruch kommen. Und so bekam Robert Bosch von seinen Gegnern sogar ein Staatsbegräbnis, nachdem er am 12. März 1942 in Stuttgart gestorben war.

Manuel Ruoff

Mit dem Recht gegen den Unrechtsstaat

Der DDR-Gründung folgte noch im selben Monat die Gründung des »Untersuchungsausschusses Freiheitlicher Juristen«

Unmittelbar nach ihrer Gründung im Herbst 1949 tauchten in vielen Orten der DDR Flugblätter auf: „Das Regime in der deutschen Sowjetzone ist nicht auf rechtmäßige Weise zustande gekommen. Es verletzt systematisch das Recht auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens. Unrecht aber bleibt Unrecht, auch wenn Ministerien es befehlen. Helft uns, dieses neue Unrecht zu bekämpfen!“ Es war der Beginn des „Untersuchungsausschusses Freiheitlicher Juristen der Sowjetzone“ (UFJ).



Einst Sitz der Zentrale des UFJ: Das von Hermann Muthesius entworfene Haus van Velsen in der Limastraße in Berlin-Zehlendorf — Bild: Bodo Kubrak, CF

Die einzige Waffe des UFJ war die Drohung mit dem Recht gegen das von der SED-Führung begangene politische Unrecht. Die Erkenntnis, nahezu wehrlos einer Willkürherrschaft ausgeliefert zu sein, war für sehr viele Menschen zumeist niederdrückender und schmerzlicher als die materielle Not.

Damals kamen allmonatlich bis zu 2000 Besucher in die UFJ-Zentrale in West-Berlin, um dort Rat, Auskunft, Verhaltensmaßregeln sowie praktische Hilfe zu erhalten im Zusammenhang mit Spitzel-Verpflichtungen, Hilfsmöglichkeiten für Verhaftete oder politisch bedingten Enteignungen. Die fast 80 hauptamtlichen Fachleute beim UFJ kannten die einschlägigen Gesetze, aber auch die Ausführungsbestimmungen, etwaige vertrauliche Verfügungen und geheime Anordnungen. Ein weitverbreitetes Flugblatt an die Richter und Staatsanwälte der DDR mahnte, „die Gerechtigkeit und Ihr Gewissen höher zu stellen als die Befehle einer kleinen Parteiclique, die ein kommunistisches Gewaltregime gegen den Willen der Bevölkerung errichten und erhalten will“. Schon Ende Oktober 1949 schrieb der UFJ an „die Bevölkerung der Ostzone“ über die SED-Machthaber: „Handeln auf Befehl ist keine Entschuldigung mehr. Sie sind genügend gewarnt worden. Jedermann, dem von der augenblicklichen Staatshoheit und ihren Vertretern sanktionierte oder sogar befohlene Verbrechen bekannt werden, soll bei dem Untersuchungsausschuss sofort Anzeige erstatten.“ Bekanntgewordene Spitzel lasen in ihrer Post: „Du kannst Dich nicht der Hoffnung hingeben, Deine Spitzeltätigkeit würde unbekannt bleiben. Oder glaubst Du wirklich, wir wissen von Dir nichts?“ Man könne helfen. „Überleg' es Dir, ehe es zu spät ist!“ Unmittelbar nach der Verdammungsrede Nikita Chruschtschows auf Josef Stalin und dessen „Säuberungen“ kursierte in der DDR ein Flugblatt der dortigen „Vereinigung Demokratischer Juristen Deutschlands“, die unter Berufung auf die Sowjetunion eine Untersuchung aller politischen Verfahren der DDR verlangte. Auf Freilassung verurteilter Kollegen drängte auch ein in bestem Parteichinesisch verfasstes Rundscheiben der Industriegewerkschaft Eisenbahn – beide waren Fälschungen der „Freiheitlichen Juristen“.

Zugleich führten sie eine Art Belasteten-Kartei über zuletzt insgesamt 115 000 Personen, denen überprüfte kriminell-politische Delikte vorgeworfen wurden. Beschuldigte erhielten persönliche Anschreiben, „Wir machen Sie darauf aufmerksam, dass Sie sich dafür werden verantworten müssen.“

Psychologisch überaus geschickt erinnerte der UFJ daran, dass sie vielleicht eines Tages Opfer ihrer eigenen SED-„Säuberungen“ oder bei der Wiedervereinigung (an deren baldiges Kommen man damals glaubte) von ihren Führern im Stich gelassen werden könnten. Es sei besser, im vielgeschmähten Westen Asyl zu suchen, als irgendwo im Osten eingekerkert zu werden. So blickten viele SED-Funktionäre lange Jahre auch nach dem Westen und bemühten sich, ihr Schuldkonto in West-Berlin nicht zu vergrößern. Selbst Hilde Benjamin, Vorsitzende Richterin in einer Reihe von politischen Schauprozessen und von 1953 bis 1967 DDR-Justizministerin, sowie Ernst Melsheimer, Anklagevertreter in zahlreichen politischen Geheim- und Schauprozessen und erster Generalstaatsanwalt der DDR, mussten zugeben, diese „Drohbriefe“ seien „von Erfolg“.

Die Einschleusung der Flugblätter über die Sektorengrenze erfolgte nahezu ausschließlich per DDR-Post. Ein ausgeklügelter Vertriebsapparat von Mitarbeitern ließ sie von den verschiedensten Orten verschicken. Belief sich die Zahl derartiger Briefe 1950 noch auf 385 000, war sie drei Jahre danach bereits auf 1 347 000 gestiegen und betrug 1955 sogar 2 201 000. Zahlen aus späteren Jahren sind nicht bekannt. 1957 konnte die Stasi-Postzensur bloß 130 572 UFJ-Sendungen beschlagnahmen, also lediglich einen kleinen Bruchteil. Oftmals wurden die Flugblätter in SED-Zeitungen versteckt und als normale Drucksache oder gar als „Werbeexemplar“ versandt.

Bei wiederholten Straftaten erfolgten förmliche Anklageschriften des „Untersuchungsausschusses Freiheitlicher Juristen der Sowjetzone“, die in üblicher Form abgefasst waren und die verletzten Gesetzesbestimmungen zitierten. Man stellte diese nicht nur den Beschuldigten zu, sondern in einer Auflage von zumeist 10 000 Exemplaren ebenso seinen Berufskollegen und vielen Einwohnern seines Ortes. Als sehr wirksam erwies es sich, die Namen und ihre begangenen Verbrechen ebenfalls über den Westberliner Rundfunk im amerikanischen Sektor (RIAS) zu verbreiten. Die Wirkung solcher Widerstandsaktionen war ungeheuer groß. Die Allgegenwart und das geheime Wissen des Untersuchungsausschusses sowohl bei der DDR-Führung als gerade auch bei der Bevölkerung wurden lange Zeit durchweg überschätzt. Seine Behauptung, er hätte über 10 000 heimliche Mitarbeiter in der DDR – darunter 7000 in höheren Positionen – war übertrieben. In Wahrheit mögen es vielleicht insgesamt 5000 bis zu 7000 gewesen sein. Sogar so prominente Angeklagte wie der Volkskammerpräsident Johannes Dieckmann, der Finanzminister Hans Loch und Melsheimer zeigten sich nach dem Empfang der Anklageschriften überaus schockiert. Der eine unterließ geplante Propagandareisen nach Westdeutschland, der andere fuhr vor Angst nicht mehr auf Autobahnen der DDR und der dritte erließ eine Geheimanordnung gegen den UFJ nach der anderen.

In etlichen Städten entlarvten Flugblätter die Namen der örtlichen Scharfmacher, Stasi-Offiziere und Spitzel und warnten so die örtliche Bevölkerung. Ab 1954 existierten zudem Klein-Zeitungen in Doppelbriefgröße wie etwa „Im roten Zwinger“ für das Gebiet Dresden und das „Leipziger Allerlei“. Großes Aufsehen erregte das „Schweriner Echo“, das die Namen und Adressen der dortigen Stasi-Hauptamtlichen sowie diejenigen der Postzensur-Bediensteten veröffentlichte.

Den DDR-Spion und persönlichen Referenten von Bundeskanzler Willy Brandt, Günter Guillaume, nahmen die „Freiheitlichen Juristen“ bereits am 14. November 1955 in ihre Verdachtskartei auf. Mitarbeiter in der DDR hatten festgestellt, „dass er häufig unmotiviert nicht zum Dienst erscheint“, und seinem Abteilungsleiter „wurde von der SED-Parteileitung angedeutet, sich nicht um Dinge zu kümmern, die ihn nichts angingen“. Auch Guillaumes Einberufung zu einem „längeren Lehrgang“, der „mit großer Geheimniskrämerei“ behandelt worden sei, berichteten die Mitarbeiter in der DDR nach West-Berlin. Im Juli 1956 meldete der UFJ dem Polizeipräsidenten in West-Berlin, Guillaume sei inzwischen aus seiner Arbeitsstelle ausgeschieden und nunmehr wohl völlig für „Westarbeit“ eingesetzt. Bei einem Auftreten im Westen werde eine eingehende Überprüfung empfohlen. Als der DDR-Spion dann ins Bundeskanzleramt kam, gingen dort auch jene Warnungen ein, doch Minister Horst Ehmke – ohne nähere Kenntnisse von kommunistischer Spionage – wusste es besser und stellte Guillaume ein.

Starke Auswirkungen bis ins westliche Ausland hatte der größte politische Erfolg des „Untersuchungsausschusses Freiheitlicher Juristen“. Nach langen Recherchen und mühseliger Kleinarbeit konnte er beweisen, dass in der „antifaschistischen“ DDR überaus viele einstige NSDAP-Mitglieder in führenden Positionen des Regimes tätig waren. Allein in der Volkskammer hatten 47 Abgeordnete einst Adolf Hitler treu und ergeben gedient. Im SED-Zentralkomitee fand sich sogar ein früherer SS-Mann der Wachmannschaft des berüchtigten KZ Sachsenhausen.

Eine wirklich inhaltliche Auseinandersetzung mit den vom UFJ erhobenen Vorwürfen gegen den DDR-Unrechtsstaat hat es niemals gegeben. Stattdessen wurden die hauptamtlichen Mitarbeiter in der Zentrale, soweit sie der Stasi bekannt waren, einem gnadenlosen Psychoterror ausgesetzt bis hin zu fingierten Aufträgen an Beerdigungsfirmen und Sabotage an ihren Autos. Im Laufe der Jahre gelang es dem Staatssicherheitsdienst, in der Zentrale des UFJ einige Agenten zu infiltrieren. Als es dem Gegner dann auch noch gelang, zwei führende Hauptamtliche der Widerstandsbewegung mit brutalen Mitteln in den Ostblock zu entführen, wo sie schließlich zum Tode verurteilt wurden, konnte die Stasi etliche Mitarbeiter in der DDR aufspüren. In großen Schauprozessen wurden sie zu überaus hohen Zuchthausstrafen verurteilt, teilweise zu „Lebenslänglich“.

Den größten Vertrauensverlust aber erlitt der UFJ im Sommer 1958, als bekannt wurde, dass sein Leiter nicht Dr. Theo Friedenau hieß und während der NS-Zeit inhaftiert war, sondern den Namen Horst Erdmann trug und damals höherer Führer in der Hitler-Jugend gewesen war. Der Bau der Berliner Mauer hatte für den UFJ dann das fast vollständige Abschneiden von Besuchern und insbesondere von vielen Mitarbeitern in der DDR zufolge. In der Bundesrepublik begann man zudem, sich mit der Existenz eines zweiten deutschen Staates abzufinden. Treffend schrieb eine westdeutsche Publikation: „Für Organisationen, welche die DDR abschaffen wollten, war unter diesen Umständen kein Platz mehr. Sie mussten entweder verschwinden oder sich den Umständen anpassen.“ Zum Ende der ersten Großen Koalition auf Bundesebene, im Juni 1969, schlug die letzte Stunde des „Untersuchungsausschusses Freiheitlicher Juristen der Sowjetzone“. Das politische Unrecht in der DDR blieb indes weitere 20 Jahre bestehen.

Friedrich-Wilhelm Schlomann

Du bist ein Feind der kommunistischen Verbrecher-Herrschaft?
Du willst ein einheitliches Deutschland in Freiheit?
Du bist dafür, daß das Unrecht angeprangert, die Verbrecher beim Namen genannt und die Opfer gewarnt werden?
Du weißt daß diese Bekämpfung des Unrechts die beste Hilfe für die Sowjetzone ist?
Du willst daß diese Hilfe verstärkt wird?

Und was tust Du?

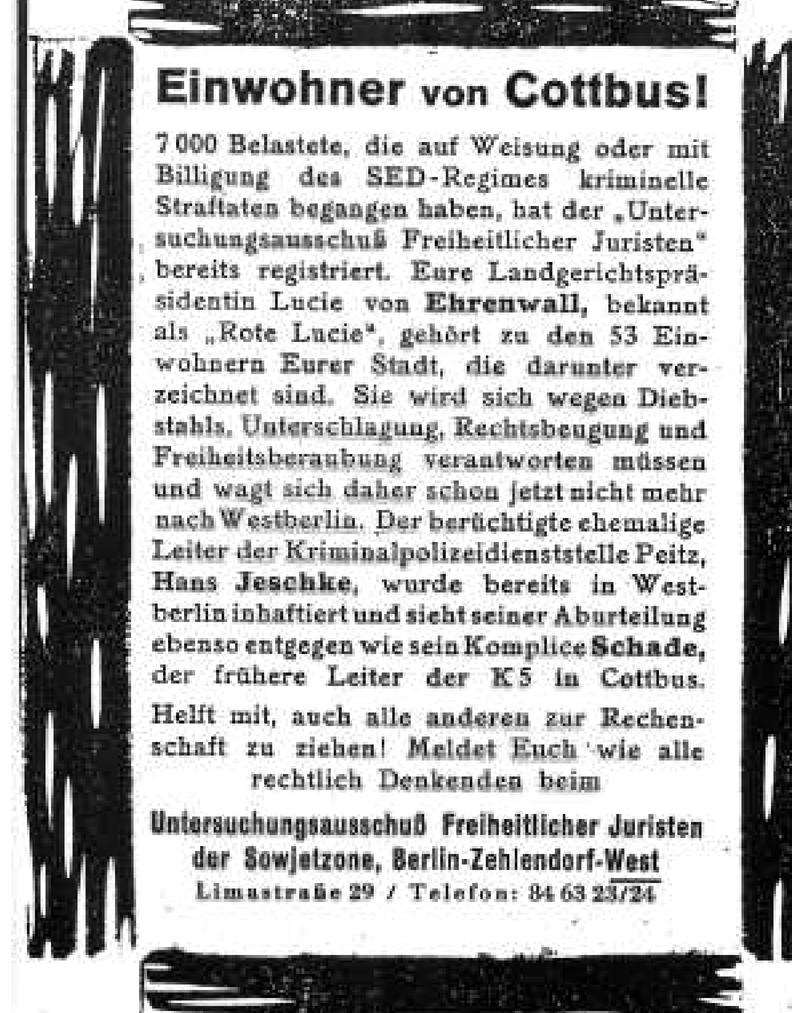
Weißt Du, daß die Befreiung der Sowjetzone kein Geschenk des Himmels sein wird?

Ist Dir klar, daß Du selbst auch mitarbeiten mußt?

Aber: ist Widerstand nicht zu gefährlich?

Tausende von Männern und Frauen, Arbeiter, Angestellte, Richter, Staatsanwälte, Angestellte der Behörden, bis hinauf in die Ministerien, Techniker, Ärzte, Studenten, Professoren, Kaufleute, leisten diesen Widerstand, ohne sich zu gefährden. Keiner kennt den anderen. Sie sind keine Agenten, sondern Kämpfer für das Recht. Ihr einziger Auftrag ist, Unrecht zu melden, damit es im freien Berlin nicht nur registriert, sondern auch von dort aus bekämpft werden kann.

Appell an das Gewissen: UFJ-Aufruf zum Widerstand — Bild: privat



Einwohner von Cottbus!

7 000 Belastete, die auf Weisung oder mit Billigung des SED-Regimes kriminelle Straftaten begangen haben, hat der „Untersuchungsausschuß Freiheitlicher Juristen“ bereits registriert. Eure Landgerichtspräsidentin Lucie von **Ehrenwall**, bekannt als „Rote Lucie“, gehört zu den 53 Einwohnern Eurer Stadt, die darunter verzeichnet sind. Sie wird sich wegen Diebstahls, Unterschlagung, Rechtsbeugung und Freiheitsberaubung verantworten müssen und wagt sich daher schon jetzt nicht mehr nach Westberlin. Der berüchtigte ehemalige Leiter der Kriminalpolizeidienststelle Peitz, Hans **Jeschke**, wurde bereits in Westberlin inhaftiert und sieht seiner Aburteilung ebenso entgegen wie sein Komplice **Schade**, der frühere Leiter der K 5 in Cottbus.

Helft mit, auch alle anderen zur Rechenschaft zu ziehen! Meldet Euch wie alle rechtlich Denkenden beim

Untersuchungsausschuß Freiheitlicher Juristen der Sowjetzone, Berlin-Zehlendorf-West
Limastraße 29 / Telefon: 84 63 23/24

Aufruf an die Cottbuser zur Mitarbeit: Flugblatt des UFJ — Bild: privat


Foto: Getty

Momente der Woche

Ist Rotkäppchen wirklich nur ein Märchen? Aus vielen Ländern werden Angriffe auf Menschen gemeldet. Besonders Kinder sind gefährdet



Privat aufgestelltes Warnschild in der Timmerloher Heide in Niedersachsen Bild: dpa


Momentaufnahme in Fahrendorf im Landkreis Rotenburg/Wümme: Wolf in direkter Ortsnähe Bild: privat

Nennen Sie bloß nicht meinen Namen", bittet die Macherin der Facebookseite „Wölfe, nein danke". Man habe schon gedroht, ihr Haus anzuzünden und Schlimmeres.

Heiß her geht es zwischen „Wolfskuschlern" und „Wolfshassern" in Deutschland. Das hat inzwischen rund 600 Gründe, denn die streng geschützten Tiere vermehren sich fleißig. Jeder einzelne Streitgrund hat 42 Zähne, jeder einzelne braucht rund zwei Kilo Fleisch am Tag. Fleischlieferanten, die nicht fortlaufen können, weil sie auf umzäunten Flächen stehen, werden besonders gerne vertilgt. Hunderte Schafe haben die Wölfe schon erwischt. Vor Rindern und Pferden wird ebenfalls nicht haltgemacht. Besonders brisant: Auch dem Nabu, den Naturschutzbund Deutschland, wurden in einem Naturschutzgebiet in Sachsen-Anhalt drei Fohlen gerissen. Zuvor hatten Nabu-Aktivisten jahrelang abgestritten, dass Pferden durch Wölfe ernsthafte Gefahr drohe.

Zunehmend öfter machen auch Menschen die Erfahrung, dass die Beutegreifer in Doggengröße (Schlulterhöhe bis 90 Zentimeter) keineswegs so scheu sind, wie es Nabu, BUND und andere Naturschutzvereine versprochen haben. Im niedersächsischen Uelzen umschlich jüngst ein Wolf eine entsetze Nordic-Walkerin und näherte sich bis auf 30 Meter. Erst ein zufällig mit dem Trecker vorbeifahrender Landwirt konnte das Tier vertreiben. Eine Handyaufnahme zeigt, wie unwillig der Wolf das Weite sucht. Als das Tier fort war, brach die Frau weinend zusammen.

Wolfsbefürworter, von den Gegnern abfällig auch „Balkonbiologen" genannt, haben ihr mittlerweile empfohlen, beim nächsten Mal auf die Nordic-Walking-Stöcke zu verzichten. Sie könnten den Wolf irritiert haben und möglicherweise den Bewegungsablauf eines kranken Tieres vermittelt haben. *FH*

Klartext oder Hetze?

Meinungsfreiheit: die Rechtslage, die Urteile, die Wörterpolizei

Worte können wie Fausthiebe sein, besonders perfide Beleidigungen Herz und Seele beschädigen. Pöbler, die ihre Klappe nicht halten, müssen daher zu Recht und von Gesetzes wegen mit Strafe rechnen, ebenso ergeht es Schmierfinken, die via Internet fies und persönlich werden.

Dennoch gibt es auch eine andere Sicht der Dinge, und sie ist sogar noch wichtiger: Klare Wort und ein offener Meinungsaustausch gehören zu einer funktionierenden Demokratie. Im offenen Schlagabtausch der Argumente können auch mal Sätze fallen, die wehtun, aber ausgehalten werden müssen. Derzeit allerdings wird hier, so scheint es, mit zweierlei Maß gemessen. Was linken Klartextrednern erlaubt ist, dürfen die Zornigen auf der anderen Seite des Meinungsspektrums noch lange nicht. Ist es etwa gerecht, wenn ein Bürger verklagt wird, weil er eine Politikerin in einem nicht öffentlichen Brief als ekelhaft bezeichnet? 3000 Euro Strafe musste ein 41-jähriger Mechaniker im letzten Jahr zahlen, weil er der Grünen-Politikerin Claudia Roth eben diese starke Abneigung, so die Wikipedia-Definition von ekelhaft, entgegenbringt, und seine Gefühlslage in einer E-Mail nicht verschwiegen hat. Im Gegenzug bleibt jemand ungestraft, der die Deutschen auf seiner Facebookseite als „Köterrasse" beschimpft und über eine „Schlampe namens Deutschland" hetzt. Der in Hamburg lebende Türke Malik Karabulut hat dies anlässlich der Armenien-Resolution des Bundestages im vergangenen Jahr getan. Eine lässliche Sünde urteilt jedenfalls die Hamburger Staatsanwaltschaft. Ihre Begründung: Der Straftatbestand der Volksverhetzung ziele auf einzelne Teile der Bevölkerung ab, die sich nach politischen, nationalen, ethnischen, rassischen, religiösen, weltanschaulichen, sozialen, wirtschaftlichen, beruflichen oder sonstigen Merkmalen unterscheiden lassen. Das sei hier gerade nicht der Fall. – Bleibt die Frage, ob diese krude Begründung nicht selbst eine Beleidigung für jeden Deutschen darstellt.

»Eine Schlampe namens Deutschland«

Von einer Verschiebung des Rechts spricht der Blogger und Wissenschaftskritiker Hadmut Danisch. Provokant erklärt er: „Einbruch, Diebstahl, Straßenraub, Drogenhandel, Erpressung, Freiheitsberaubung, Vergewaltigung, Kinderschänderei werden immer öfter gar nicht mehr verfolgt oder mit Witzstrafen auf Bewährung belegt." Unverhältnismäßig hart aber träfe es die einheimische Bevölkerung, wenn sie die Fernsehgebühren schuldig bleibe, die Steuern nicht begleiche oder ihrer Wut im „Hate speech", also in Hasskommentaren, Luft mache.

Bettina Röhl spricht gar vom Verfassungsbruch, wenn „Merkels Allianz vom Justizminister Maas, dem Oberzensoren, bis hin zu privaten Stiftungen und obskuren Vereine als Meinungssheriffs" tätig werde. Die Journalistin, Tochter des langjährigen *PAZ*-Kommentators Klaus Rainer Röhl: „Jede Meinung, die nicht gegen die Verfassung verstößt, ist als solche legitim. Die Demokratie lebt von Meinung und Gegenmeinung, von sinnreichen und sinnlosen Meinungen."

Oh ja, reden, wie es einem gefällt, die Klappe ganz weit aufreißen können, ist ein hohes Gut: „Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten. Eine Zensur findet nicht statt", heißt es unter anderem in Artikel 5 des Grundgesetzes. Das Strafrecht schränkt die Erlaubnis, die eigene Weltsicht nach Lust und Laune kundzutun, allerdings ein. Beleidigungen, also Angriffe auf die persönliche Ehre, sind nicht erlaubt. Das gilt sowohl, wenn die böse Bemerkung direkt gegenüber einer Person ausgesprochen wird, oder wenn sie öffentlich, also zum Beispiel im Internet, publiziert wird. Beleidigt fühlen kann sich ein einzelnes Individuum oder eine ganze Personengruppe.

Ebenso strafbar sind üble Nachrede und Verleumdung. Dabei geht es um Tatsachen, die verbreitet werden, um jemanden verächtlich zu machen. Gegenüber Personen des Öffentlichen Lebens – zum Beispiel Politikern – gilt hier ein höherer Strafrahmen. Bis zu fünf Jahre Freiheitsstrafe drohen. Aussagen, die gegen eine nationale, rassische, religiöse oder ethnische Gruppe gerichtet sind und zu Hass oder Gewalt aufstacheln, können zudem den Straftatbestand der Volksverhetzung erfüllen. Auch hier drohen neben Geldbußen Freiheitsstrafen von bis zu fünf Jahren. Wer zu einer Straftat auffordert, Totschlag, Mord, schwere Körperverletzung, Raub oder Landfriedensbruch öffentlich gutheißt, muss ebenfalls mit der Härte des Gesetzes rechnen.

140 Freunde gelten als Öffentlichkeit

Ob all dies im Internet stattfindet oder in der echten Welt spielt keine Rolle. Strafbar ist es hier wie dort. Eine öffentliche Wirkung ist im Internet dabei besonders schnell erreicht, zum Beispiel im sozialen Netzwerk Facebook. Da der durchschnittliche Nutzer dort je nach Statistik zwischen 140 und 300 Freunde hat, sind die Gerichte der Meinung, dass man dies als Öffentlichkeit ansehen muss und nicht mehr als Aussage im privaten Freundeskreis.

Traurig, aber wahr: Ob Ärger bei einer giftigen Bemerkung droht oder nicht, hängt nicht nur von der Gesetzeslage ab, sondern auch davon, wem die Beschimpfung galt. Kaum vorstellbar wäre ein Richterspruch gegen jemanden, der einen Politiker mit AfD-Parteibuch als ekelhaft bezeichnet. Kräftig zahlen müsste wohl dagegen jeder, der sich zum Ausdruck „Köterrasse" für Malik Karabulut und seiner türkischen Landsleute hinreißen ließe.

Frank Horns

Der klügste Kopf im ganzen Land

Ist das der Philosoph Peter Sloterdijk oder doch eher Margot Käßmann? – Vom überflüssigen Drang, Menschen hochzujubeln

Da kann man sich nur wundern – immer wieder erklären uns die Medien, wer der allerklügste und allerbedeutendste Mensch im ganzen Lande sei. Ob es dafür eine Bundes-Intelligenzquotienten-Prüfungsbehörde gibt?

Spieglein, Spieglein an der Wand: Wer war der Klügste im ganzen Land? Ein Prominenter gab die Antwort: Frank Schirrmacher, der am 12. Juni 2014 verstorbene Mitherausgeber und Feuilletonchef der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung", sei „der klügste Kopf im ganzen Land gewesen". Derjenige, der dieses Urteil auf der Gedenkfeier für den so Gelobten in der Frankfurter Paulskirche aussprach, war nicht irgendwer: Es war Dieter Graumann, der damalige Präsident des Zentralrates der Juden in Deutschland und damit Chef einer einflussreichen Organisation. Wenn Graumann mit seiner Einschätzung Recht gehabt hätte, wären zwei andere Persönlichkeiten vom Spitzenplatz des klügsten Deutschen verdrängt worden: Sowohl Richard von Weizsäcker als auch Helmut Schmidt waren bisher in Zeitungsmeldungen mit diesem Lorbeerkranz bedacht worden.

Die Auszeichnung als „klügster Deutscher" wirft jedenfalls die Frage auf, wie diese Qualität gemessen wird. Ist jemand – wenn ja: wer – zum Schiedsrichter berufen, der diese Entscheidung fällt? Werden olympische Spiele des Geistes veranstaltet, bei denen in der Disziplin „Klugheit" um die Wette gelaufen, gesprungen, gestoßen, geschwommen, geturnt oder geradelt wird? Gibt es dafür eine Liste aus Pisa? Oder existiert vielleicht eine Bundes-Intelligenzquotienten-Prüfungsbehörde? Die Antwort lautet: Nein. Ob ein erwachsener Mensch von einem anderen erwachsenen Menschen als klug eingeschätzt wird, beruht also auf einem lediglich subjektiven Urteil jedes einzelnen Beurteilenden. Der Beurteilende ist in seinem Urteil frei. Dementsprechend wird – je nach politischem oder sonstigem Standpunkt – ein und dieselbe Person als klug oder als nicht klug bezeichnet werden.

Ein zu großer Lorbeerkranz für einen Verstorbenen

Unklug ist aber jedenfalls insoweit der Gebrauch von Superlativen oder auch nur von Übertreibungen in den Medien. Wenn in einem der Nachrufe auf Frank Schirrmacher zu lesen war, er war „der sprach- und wirkmächtigste Kulturjournalist, den Deutschland je hatte", und dass sein Tod ein Verlust sei, „der nicht nur in Deutschland, sondern überall auf der Welt zu spüren sein wird", dann möchte man den Nachrufer fragen: Geht es nicht auch eine Nummer kleiner? „Überall auf der Welt", das sind fünf Kontinente mit rund sechs Milliarden Menschen, von denen 5,99 Milliarden den Namen des verstorbenen Mitherausgebers der „FAZ" mit Sicherheit nie gehört haben. Und wenn Dietmar Dath, ein Redakteur derselben Zeitung, nach dem Ableben von Frank Schirrmacher meinte feststellen zu müssen: „Die Welt ist öder und langweiliger geworden. Schrecklich", dann ist dem zu entgegen, dass „die Welt", dieses unendlich vielfältige Gebilde, durch den Tod eines einzigen Menschen für die Lebenden gewiss nicht „öder und langweiliger" wird.

Nun könnte jemand fragen: Warum diese Kritik? Warum soll ein Verstorbener nicht unter einem zu großen Lorbeerkranz in Frieden ruhen? Die Antworten darauf sind einfach: Weil der Leser einer Zeitung wahrheitsgetreu unterrichtet werden will. Weil wir uns in Europa vor Eurozentrik hüten sollten. Weil wir Deutsche uns von übertriebenem Persönlichkeitskult eigentlich verabschiedet haben. Und weil es peinlich ist, wenn die Lobpreisung auf einen Verstorbenen in Wahrheit auch der Werbung für eine Zeitung dient, nach dem Motto: „Er war einer von uns."

Die Lobpreisung auf Frank Schirrmacher ist ein anschauliches Beispiel für publizistische Übertreibungen, aber eben nur ein Beispiel. Ernst Bloch nannte den katholischen Konvertiten, Schriftsteller und Krimiautor Gilbert K. Chesterton den „klügsten Menschen seiner Zeit". Etwas bescheidener, nämlich als „die klügsten Köpfe" des Jahres 2016, benannte die Schweizer Zeitschrift „Die Weltwoche" den Philosophen Peter Sloterdijk, den Schriftsteller Thomas Hürlimann, den US-Politiker Bernie Sanders, die belgische Molekularbiologin Johan Auwerx und die türkische Autorin Elif Shafak. Der „Spiegel" bezeichnet Botho Strauß als den „letzten Deutschen", woraus nicht ohne Weiteres erkennbar wird, ob dies positiv oder negativ zu verstehen ist. Deutlicher ist dazu die Aussage in der FAZ: „Botho Strauß ist der größte lebende Deutsche. Diese Feststellung lässt sich leicht als übertriebenes Lob missverstehen, ist aber als vergleichsweise milde Beleidigung gemeint." Gibt es womöglich eine Steigerung „deutsch, deutscher, am deutschesten", dies mit der Variante „Deutscher mit Migrationshintergrund" und „Biodeutscher"?

Keine Interpretationsprobleme ergeben sich beim Wort „beliebt". Ein Verlagshinweis auf das von Günter Hofmann verfasste Buch „Helmut Schmidt. Soldat, Kanzler, Ikone" meint: „Vielen galt er als der beliebteste Deutsche," und in einer Besprechung des von Jörg Magenau publizierten Buches „Schmidt – Lenz. Geschichte einer Freundschaft" ist zu lesen: Helmut Schmidt „ist nicht nur der Deutschen beliebtester Deutscher" und Siegfried Lenz „ist nicht nur der Deutschen beliebtester Dichter." In einer der überflüssigsten Beilagen einer überregionalen Zeitung wird Karl Lagerfeld in einem Interview mit der Feststellung konfrontiert: „Einer der beliebtesten Deutschen im Fernsehen wohnt in Ihrer Nachbarschaft: Günther Jauch". In demselben Magazin wird behauptet: „Margot Käßmann ist seit Jahren das beliebteste Gesicht der Evangelischen Kirche in Deutschland." Soll man der Kirche dazu gratulieren? Und gibt es für diese Behauptung Belege?

Karl Lagerfeld wird mit Günther Jauch konfrontiert

Zutreffend ist allerdings die ebenfalls dort getroffene Feststellung, dass Margot Käßmann auch für das Amt des Bundespräsidenten im Gespräch war. Die diesbezüglichen Gespräche führten bekanntlich zu einem anderen Ergebnis. Die Bundeskanzlerin verlor die Initiative und ließ sich über den Tisch ziehen, mit einem für die CDU/CSU unguten Resultat: Auch wenn es üblich ist, dass ein amtierender Bundespräsident seine Parteimitgliedschaft ruhen lässt, so bleibt er doch in den Augen der Öffentlichkeit Repräsentant seiner Partei. Die Kanzlerin kapitulierte aber nicht nur mangels einer eigenen Alternative, sondern wohl auch deshalb, weil Frank-Walter Steinmeier in Umfragen als „der beliebteste Politiker" hierzulande galt. War er aber wirklich der beliebteste oder „nur" der bekannteste oder der populärste Politiker? Kann man Umfragen vertrauen – seit deren Waterloo bei der Trump-Wahl? Es bleibt der Rat an die Medien und Politiker: Hütet Euch vor problematischen Übertreibungen.

Ingo von Münch

Das Ostpreußenblatt

Nr. 10 – 10. März 2017

MELDUNGEN

Vorwürfe gegen Gouverneur

Königsberg – Während der erst vor Kurzem durchgeführten Dienstreise des jungen Gouverneurs Anton Alichanow in die Bundesrepublik Deutschland verbreitete das Nachrichtenportal „Rugrad“ die Behauptung, er habe bei seiner Dissertation abgeschrieben. Der Gouverneur gab daraufhin von Berlin aus eine Überprüfung in Auftrag, und das Nachrichtenportal ruderte zurück: Es habe nur „Hinweise“ auf Plagiate gegeben. Die Vorwürfe sind offenbar Teil einer größeren Pressekampagne, mit der man dem „Mann Moskaus“ vor der im Herbst anstehenden Gouverneurswahl schaden will. *T.W.W.*

Schmuggel von Bernstein boomt

Frauenburg – 2016 haben die Zollbeamten des südlichen Ostpreußen an der Grenze zum Königsberger Gebiet viel Bernstein beschlagnahmt insgesamt etwa 330 Kilogramm beschlagnahmt. 2015 war es nur ein Drittel davon gewesen. Die spektakulärste Beschlagnahme von Schmuggelware fand im vergangenen Jahr in Frauenburg statt. Russen versuchten in Motorbooten 288 Kilogramm Bernstein im Wert von etwa 233 000 Euro in die Republik Polen zu bringen. Es sei immer schwieriger, Bernstein über die Staatsgrenze zu bringen, unterstrich der Pressereferent der Zollkammer in Allenstein, Ryszard Chudy. Im Königsberger Gebiet befinden sich etwa 80 Prozent des gesamten Bernstein-Vorkommens der Welt, und nur dort wird er industriell gefördert. Das Recht zur Ausfuhr des Rohstoffs aus der Russischen Föderation haben nur Firmen mit einer entsprechenden Konzession. Privatpersonen dürfen das nicht. Für eine legale Ausfuhr von Bernstein sind 23 Prozent Mehrwertsteuer zu zahlen. Im Falle eines bearbeiteten Bernsteins fallen auch noch zwei Prozent Zoll an. *PAZ*

Störungen des Verkehrs

Allenstein – Straße Nr. 7: Elbing [Elbląg] – Jazowa, Baustelle; Liebemühl [Miłomłyn] – Osterode [Ostróda], Baustelle; Osterode [Ostróda] – Hohenstein [Olsztynek], Baustelle; Bergheim [Gorki] – Schwenteinen [Swietajny], Baustelle; Zalusken [Załuski] – Napierken [Napierki], Baustelle. Straße Nr. 7j: Zalusken [Załuski] – Neidenburg [Nidzica], Baustelle. Straße Nr. 15: Rheinsgut [Rynskie] – Mörlen [Morliny], Baustelle. Straße Nr. 16: Osterode [Ostróda] – Alt Jablonken [Stare Jabłonki], Baustelle. Straße Nr. 16c: Allenstein [Olsztyn] – Fittigsdorf [Wójtowo], Baustelle. Straße Nr. 51: Allenstein [Olsztyn] – Pagelshof [Ameryka], Baustelle. *E.G.*

Alles im Lot auf der Lomse

Der Stadionbau in Königsberg schreitet voran – Planmäßige Fertigstellung der Infrastruktur

Die Vorbereitungen auf die Spiele der Fußballweltmeisterschaft 2018 im Königsberger Gebiet verlaufen trotz Anlaufschwierigkeiten planmäßig. Die Insel Lomse verändert sich rapide.



Voraussetzungen erfüllt: Die Arbeiten an dem neuen Fußballstadion schreiten voran *Bild: J.T.*

Das größte Bauprojekt im Königsberger Gebiet, das neue Fußballstadion für die Weltmeisterschaft 2018, ist dem Zeitplan sogar ein wenig voraus, worüber der stellvertretende Gouverneur Alexander Rolbinow mit Freude berichtete. Denn vor Kurzem stand das Bauvorhaben noch unter einem schlechten Stern.

Den Entwurf des Königsberger Stadions hatte die Stadt nach mehreren Frist-Verschiebungen erst am 26. November 2015 positiv beschieden. Erst danach wurde ein Vertrag mit dem Hauptauftragnehmer, dem Unternehmen „Krokus Gruppe“ geschlossen. Währenddessen hatte in anderen Städten, in denen Spiele der Fußball-WM stattfinden werden, schon der Bauprozess begonnen. Deshalb ist es nicht verwunderlich, dass Moskauer Beamte das Stadion in Königsberg als das problematischste von allen betrachteten. Es gab schon Befürchtungen, dass in Königsberg aus diesem Grund keine WM-Spiele stattfinden könnten. Diese Gefahr ist nun gebannt. Im Laufe des vergangenen Jahres wurden alle Pfähle in den Boden gerammt, das Fundament gegossen, die Umrandung des Stadions gebaut und auch das Dach und Sitzplätze wurden montiert. Die Übergabe des Stadions soll wie geplant bis Ende 2017 erfolgen.

Erfreulich ist für die Stadt Königsberg auch die Kostenentwicklung. Für die bisherigen Baumaßnahmen wurden umgerechnet 280 Millionen Euro ausgegeben. Bei der Ausschreibung war man noch von einer Summe von 487 Millionen Euro ausgegangen. Die höheren Kosten waren ebenso mit dem erschwerten Transport verbunden wie mit der Lage des Stadions auf der Insel Lomse, wo der Grund überwiegend instabil ist. Deshalb mussten zunächst der Boden stabilisiert sowie die Pregelufer befestigt werden. Für den Bau einer Straße auf die Insel wurden rund 20 Millionen Euro ausgegeben. Darüber hinaus muss-te die Insel erst ans Stromnetz sowie an die Wasser- und Wärmeversorgung angeschlossen werden.

Kosten bislang geringer als geplant

Übrigens wurde auch der Bau von Verkehrsanlagen, der im Rahmen des föderalen Zielprogramms für die WM 2018 durchgeführt wurde, früher als geplant fertig. Die Bauarbeiten waren über Silvester und dem ersten Januarwochenende fertiggesellt worden. Nun wird aktiv an der östlichen Hochbrücke über den alten und neuen Pregel gebaut und an der Rekonstruktion der nördlichen Umgehungsstraße. Wenn sie in Dienst gestellt wird, sollen ellenlange Staus der Vergangenheit angehören. Die nördliche Umgehungsstraße führt um das Königsberger Stadtgebiet herum und bindet die Stadt an die Bundesstraße an, die bis zur litauischen Grenze führt.

Die zweite Etappe der östlichen Hochbrücke mit Anbindung an die Sackheimer Straße [Moskauer Prospekt] soll gleichzeitig mit dem Stadion Ende dieses Jahres fertiggestellt sein. Was das Straßennetz auf der Insel um das Stadion angeht, so wird mit der aktiven Bauphase jetzt begonnen.

Ende 2016 hat das regionale Organisationskomitee zur Vorbereitung der WM den vorläufigen Verkehrsplan genehmigt. Dieser sieht vor, dass Stadionbesucher bequem dorthin gelangen können. Den Plan hatte die Hochschule für Wirtschaft entwickelt. Demnach soll ein regionales Zentrum für Verkehrslenkung gegründet werden, das die städtischen Verkehrsbetriebe einbindet.

Im neuen Stadion von Königsberg, das 35 000 Zuschauer fasst, sind vier Spiele der WM geplant: am 16., 22., 25. und 28. Juni. *Jurij Tschernyschew*

Neue Westen zum 20. Jubiläum

LO finanzierte Näharbeit der Bartensteiner Volkstanzgruppe Saga – Auftritt beim Jahrestreffen in Neuss

Die neuen Westen, die Teilnehmer der Volkstanzgruppe Saga selbst hergestellt hatten, sind fertig. So sind die Jugendlichen für ihre nächsten Auftritte, am 13. Mai beim Jahrestreffen der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) in Neuss und am 17. Juni beim Ostpreußischen Sommerfest in Osterode, bestens gewappnet.



Mit Stolz präsentieren sie ihre neuen Trachten: Teilnehmer der Volkstanzgruppe Saga *Bild: E.G.*

2016 feierte die Volkstanzgruppe Saga ihr 20-jähriges Bestehen. Aus diesem Anlass finanzierte die LO das Nähen der Westen für die Mitglieder. Die Mitglieder sind Kinder über acht Jahre und Jugendliche aus Bartenstein und Umgebung. Leiterin der Gruppe ist Danuta Niewegłowska, und ihre Tochter Dorota Cieklinska, die ihre ersten Tanzschritte schon als kleines Mädchen in der Gruppe tat, ist heute Choreografin der Gruppe. Die Proben finden einmal wöchtentlich in den eher kleinen Räumlichkeiten des deutschen Vereins in Bartenstein statt, aber dies schreckt die Kinder nicht ab. Sie üben fleißig und nehmen auch gerne an Seminaren teil, zum Beispiel an dem seit fünf Jahren vom LO-Verbindungsbüro Allenstein organisierten Volkstanzseminar, wo sie mehrere Stunden am Tag neue Tänze lernen.

1994 hatte die Deutsche Minderheit in Bartenstein erstmals den Plan, eine Volkstanzgruppe zu gründen. Diese Idee stieß auf große Resonanz und 1996 wurde offiziell die Gruppe Saga registriert. Sie ist bei der Gesellschaft der Deutschen Minderheit in Bartenstein bis heute tätig und repräsentiert zugleich den Verband der deutschen Gesellschaften in Ermland und Masuren.

Das Hauptziel der Volkstanzgruppe ist die Pflege der ostpreußischen Kultur. In ihrem Repertoire haben sie außer ostpreußischen auch andere deutsche Tänze.

Saga hat schon an vielen Festivals, Festen und Veranstaltungen teilgenommen. Die Gruppe trat in Polen, Deutschland, Russland und Litauen auf. Die jungen Tänzer arbeiten mit der litauischen und ukrainischen Minderheit zusammen.

Die Bartensteiner Volkstanzgruppe ist mehrfacher Preisträger. Von der Landsmannschaft Ostpreußen bekam sie 2004 ei-

Viele Auszeichnungen von polnischer und deutscher Seite

nen Förderpreis, der für herausragende Kulturleistungen der deutschen Vereine verliehen wurden, und 2014 wurden die Leiterin und die Choreografin mit dem Silbernen Ehrenzeichen ausgezeichnet. 2002 bekam die Saga-Leiterin vom polnischen Kulturminister die Auszeichnung „Verdienter Kulturanimateur“, und letztens wurde ihr eine Sonderauszeichnung des Bartensteiner Bürgermeisters bei der Volontariat-Gala 2016 verliehen. *Edyta Gladkowska*



Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

jeder erfüllte Wunsch bekommt bekanntlich Kinder, auch wenn es adoptierte sind. Jedenfalls in unserer Ostpreußischen Familie, in der die Erfolge der letzten Zeit zu neuen Suchwünschen geführt haben, die ohne diese Anregung vielleicht nicht geäußert worden wären. Weil man die Hoffnung aufgegeben hatte, noch etwas von den Menschen zu erfahren, die während und nach der Flucht aus dem eigenen Blickfeld verschwanden und von denen man nie wieder etwas hörte. Da machen die positiven Reaktionen Mut, es nach einem Dreivierteljahrhundert Schweigen noch einmal zu versuchen, und wir sind gerne Vermittler, auch wenn die Wünsche nicht Ostpreußen betreffen. Manche Neuleser mögen das wegen unseres Titels nicht erwarten, aber in unserer Familienarbeit gibt es keine Grenzen, und so hegen wir auch für und mit unserem Leser Herrn **Manfred Rohde** aus Egelsbach die Hoffnung, etwas über die von ihm gesuchte Familie Rossollek aus Danzig-Langfuhr zu erfahren, um ihr noch einen späten Dank abstatten zu können. Denn das geschah damals vor nunmehr 72 Jahren, wie Herr Rohde berichtet:

„Meine Mutter und ich trafen am 25. Januar 1945, meinem fünften Geburtstag, von Kahlberg kommend gegen Mittag bei -20 Grad total durchgefroren in Danzig nahe des Hauptbahnhofs ein. Die geplante Weiterfahrt mit dem Zug nach Danzig-Neufahrwasser, um dort an Bord der „Wilhelm Gustlof“ zu kommen, fand wegen unterbrochener Strecke nicht statt. Zum Glück – kann man heute sagen, aber damals war die Enttäuschung groß. Ich kann es nur als ein Geschenk des Himmels bezeichnen, dass in dieser entmutigenden Lage meine Mutter plötzlich von einer Dame angesprochen wurde, die uns eine Wohnmöglichkeit in ihrem Haus in Danzig-Langfuhr anbot. Die Dame, die uns wohl schon eine ganze Zeit beobachtet hatte, war Frau Rossollek. Meine Mutter nahm diese großzügige Hilfe sofort dankend an. Dort in Langfuhr, Brösener Weg Nr. 8, befand sich neben dem Wohnhaus auch die Tischlerwerkstatt von Herr Rossollek, in der unter seiner Aufsicht zwei französische Kriegsgefangene arbeiteten. Als jedoch die militärische Lage um Danzig immer hoffnungsloser wurde, traten wir gemeinsam mit Rossolleks und den Franzosen in der Nacht vom 10./11. April die Flucht zu Fuß in Richtung Danziger Bucht an. Das Ziel Bohnsack bis zum Morgengrauen zu erreichen war zu diesem Zeitpunkt nur noch über die Route Danzig-Hauptbahnhof, Troyl, Heubude und Neufähr möglich.“

Aber bis dorthin war der Fluchtweg voller Hindernisse und furchtbarer Eindrücke, die Manfred Rohde bis heute nicht vergessen hat. Die nötigsten Habseligkeiten waren auf einem großen, zweirädrigen Karren verstaut worden, den die beiden Franzosen zunächst bis zur Hindenburgallee schoben, um sich dann dort mit den anderen in einen Flüchtlingstreck Richtung Danzig einzureihen. Bald geriet der Treck ins Stocken, da sich, aus verschiedenen Richtungen kommend, Wehrmachtskolonnen dazwischen schoben. Am Olivaer Platz musste der Fünfjährige den Anblick von dort an den Bäumen aufgehängten Deserteuren ertragen. Weiter ging es zum Hauptbahnhof, das Bahnhofsgebäude war trotz der vielen Angriffe fast unversehrt geblieben, während die gegenüber liegenden Häuser der Altstadt in Flammen standen. Der Treck war nach der Überquerung der Mottlau durch die vorbeidrängenden Militärfahrzeuge völlig auseinander gerissen worden. Nur noch stockend und in kleinen Gruppen kam man weiter. Als der kleine Manfred mit seiner Mutter in der Morgendämmerung Heubude erreichte, hatten sie durch das unbeschreibliche Chaos auf dem Fluchtweg das Ehepaar Rossollek und die beiden französischen Kriegsgefangenen aus den Augen verloren. Obwohl sie immer wieder von sowjetischen Tieffliegern angegriffen wurden, kamen sie unversehrt am späten Nachmittag in Bohnsack an und setzten zusammen mit anderen Flüchtlingen an Bord einer Pionierfähre zum Flüchtlingsschiff „MS Mars“ über. Das verließ, nachdem es in Pillau noch weitere Flüchtlinge und Verwundete aufgenommen hatte, mit zirka 4000 Menschen an Bord am 13. April endgültig die Danziger Bucht und erreichte zwei Tage später Kopenhagen. „Hinsichtlich unserer schicksalhaften ostpreußischen Vergangenheit habe ich nun Fragen, auf die ich bis heute keine Antwort bekommen habe“, schreibt Herr Rohde. „Deshalb habe ich die Hoffnung, dass auch ehemalige Bewohner von Danzig und Danzig-Langfuhr zum Leserkreis der *PAZ* gehören. War es Rossolleks, nachdem wir getrennt wurden, ebenfalls gelungen, Bohnsack oder Neufähr zu erreichen und mit einem der letzten Schiffe nach Westen zu kommen? Was geschah mit den zwei französischen Kriegsgefangenen? Durften sie trotz der scharfen Kontrollen auch an Bord gehen?“


Bild: Jörn Pekrul

Bild bunten urbanen Lebens: Der Danziger Hauptbahnhof

Hierzu möchte ich als Zeitzeugin aus eigenem Erleben etwas sagen. Als ich am 28. Januar 1945 mit meiner damaligen Dienststelle, der Feldbuchhandlung des AOK 18, in Pillau an Bord eines in der Aktion „Rettung über See“ als Lazarettschiff eingesetzten Minensuchbootes ging, durften alle Angehörigen an Bord – nur die beiden französischen Kriegsgefangenen nicht, mit denen wir durch jahrelange Zusammenarbeit verbunden waren. Ihre traurigen Augen, mit denen die beiden am Kai Zurückgebliebenen uns nachblickten, sehe ich heute noch. Ich nehme an, dass auch die von Herrn Rode erwähnten Kriegsgefangenen nicht mit an Bord des Flüchtlingsschiffes durften. Eher – und darauf hoffen wir – könnte die erste Frage geklärt werden, denn die Familie Rossollek dürfte in Danzig-Langfuhr sehr bekannt gewesen sein. Außerdem ist es ein selten vorkommender Name, der sich leicht einprägt. Für jeden Hinweis auf den Verbleib von **Georg Rossollek** und seiner Frau wäre unser langjähriger Leser sehr dankbar. (Manfred Rohde, Brandenburger Straße 47 in 63329 Egelsbach, Telefon 06103/946161, Fax 06103/936122, E-Mail: ursula.rohde@gmx.de)

Alle in der »Ostpreußischen Familie« abgedruckten Namen und Daten werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Danzig-Langfuhr: Ja, da war doch was?! Und in der Tat war da was, und es ist noch gar nicht so lange her. Im April vergangenen Jahres erschien in der Folge 17 auf unserer Familienseite die Geschichte eines alten Gesangbuches, das Frau **Karin von Seggern-Lange** in der Helgoländer Kirche in einem Stapel Bücher entdeckt hatte, die ausrangiert werden sollten. Sie rettete das sehr gut erhaltene Gesangbuch, in dem sich auch, lose eingelegt, gedruckte und geschriebene Ankündigungen befinden, die auf kirchliche Veranstaltungen in der Lutherkirche von Danzig-Langfuhr im Jahr 1929 hinweisen. Auch die Besitzerin des Evangelischen Gesangbuches für Ost- und Westpreußen, das 1918 in Königsberg gedruckt wurde, wohnte in Danzig-Langfuhr. Sie hat sich namentlich eingetragen: **Else Roessler** geborene **Huch**, wohnhaft Steffensweg 2. Sie bekam es – laut einer Widmung in deutscher Schönschrift – von ihrer Tochter **Halli** zum Weihnachtsfest 1927 geschenkt. Frau von Seggern-Lange bat uns, nach den namentlich Genannten zu suchen, damit das Buch wieder in die richtigen Hände gelange, aber obgleich wir die Angelegenheit in unserer Veröffentlichung sehr eingehend schilderten und mit einem Bild der Lutherkirche von Danzig-Langfuhr versahen, meldete sich niemand, der sich dafür interessierte oder irgendwelche Hinweise geben konnte. Also blieb das Gesangbuch bei uns weiter unter Verschluss, um es jetzt wieder hervorzuholen, da wir ja nun Danzig-Langfuhr im Blickfeld haben und dadurch eine größere Zielgruppe erreichen könnten. Kirchengeschichtlich interessant dürften die beiliegenden Ausschnitte sein, die sich vor allem mit Jugendgottesdiensten befassen, an denen wahrscheinlich die junge Spenderin Halli teilgenommen hat. Vielleicht klappt es, wie schon so oft, beim zweiten Aufguss.

Und weiter geht es – womit? Wie maßgeschneidert für unsere Kolumne wieder mit einem Gesangbuch! Diesmal ist Frau **Ute Eichler**, wie so oft in unserer Familiengeschichte, die Übermittlerin, und sie hofft, dass die Ostpreußische Familie wieder ein „Such- und Findewunder“ vollbringen kann – eine neue und zutreffende Wortschöpfung, die wir dankend in unser Familien-Vokabular aufnehmen. Suchen ist leicht, wenn man klare Angaben bekommt, das Finden schon schwieriger. Frau Eichler erhielt eine „biblische Geschichte“, mitgeteilt von Herrn **Paul Heise**, früher in Dankfelde-Maxhof, Kreis Lötzen, zu Hause, die sie an uns weitergibt. Herr Heise schreibt: „Vater war beim Volkssturm, ich war Soldat. Meine Mutter ging mit meiner 19-jährigen Schwester und meinen 14 und fünf Jahre alten Brüdern am 22. Januar 1945 von Dankfelde-Maxhof mit Pferd und Wagen auf die Flucht. Sie kamen aber nur noch bis in die Gegend von Rößel. Dort wurden sie von den Russen überholt und ausgeplündert. Dabei ging auch Mutters Bibel verloren, an der sie sehr hing. Irgendwo und irgendwann fand meine Mutter eine andere Bibel – soweit ich mich erinnern kann in einem Straßengraben. Diese nahm sie an sich und behielt sie bis zu ihrem Tode im Jahr 1956. Danach landete die Bibel bei mir. Da im Anhang Angaben über eine Familie Wolff aus Rastenburg eingetragen sind, könnte ich mir vorstellen, dass Angehörige dieser Familie daran interessiert sind, die Bibel zu erhalten.“ Soweit die Angaben von Herrn Heise, der Frau Eichler bat, den Versuch zu unternehmen, die Bibel der ursprünglichen Besitzerfamilie oder deren Nachkommen zu übergeben. Diese sollen nun mit Hilfe unserer Leserschaft gefunden werden, wobei die erwähnten Eintragungen im Anhang die Suche erleichtern. Sie lauten: „**Adolf Wolff**, *22. November 1909, Pülz, Kreis Rastenburg. **Adelgunde** Wolff geborene **Sonntag**, *6. August 1908 in Berkenfelde (?), Kreis Rastenburg. Trauung 25. Mai 1931 in Althof, Kreis Pr. Eylau (Baptistengemeinde).“ Vielleicht gehören noch Nachkommen des Ehepaares dieser Gemeinde an, das könnte die Suche erleichtern. Alle Informationen bitte an die Geschäftsstelle der Kreisgemeinschaft Lötzen e.V., Frau Ute Eichler, Bilenbarg 69 in 22397 Hamburg, Telefon (040) 6083003, E-Mail: KGL.Archiv@gmx.de)

Eure

Ruth Geede



Die ostpreußische Familie


Bild: Pawlik

Wer weiß etwas? Wer kennt diesen lieben Menschen? Wer kann weiter helfen?

Das schwere Schicksal der Vertriebenen hat bei den Betroffenen und ihren Nachkommen unendlich viele Fragen aufgeworfen. Ruth Geede sucht in ihrer Rubrik „Die ostpreußische Familie“ nach den Antworten. Die Schriftstellerin und Journalistin wurde 1916 in Königsberg geboren. Seit 1979 ist sie die „Mutter“ der Ostpreußischen Familie. Ihre Kenntnis und ihre Lebenserfahrung halfen bereits vielen hundert Suchenden und Wissbegierigen weiter. Es geht um das Auffinden verschollener Familienmitglieder und Freunde, um Ahnenforschung oder wichtige Fragen zur ostpreußischen Heimat.

Anfragen an: Redaktion *Preußische Allgemeine Zeitung*, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, redaktion@preussische-allgemeine.de

---

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Hilfe vor Ort statt »Willkommenskultur«

Schlesiens Christen helfen im Orient, statt Bedürftige nach Europa ausfliegen zu lassen

„Gaben für Aleppo“ heißt eine ökumenische Aktion in Niederschlesien, die der Breslauer Erzbischof Josef Kupny initiiert hat. Am 2. März trafen auf Einladung des aus dem oberschlesischen Deutsch Piekar [Piekary Slaskie] stammenden Breslauer Metropoliten Vertreter aller großen Kirchen Niederschlesiens sowie Offizielle der Woiwodschaft Niederschlesien und Bürgermeister der größten Städte der Region zusammen und machten die Sache offiziell.

Im Rahmen der Initiative „Gaben für Aleppo“ sollen bis Juni Gelder für die medizinische Ausrüstung des St.-Ludwig-Krankenhauses im syrischen Aleppo gesammelt werden. Schlesien beweis damit zum wiederholten Mal, dass politische, konfessionelle und kulturelle Unterschiede in dieser Region eher als anderswo in der Republik Polen überwunden werden können. Folgten doch die schlesischen Kirchen als erste dem Ruf des Papstes zur Aufnahme syrischer Asylsucher. Damals stellten Caritaseinrichtungen in Nieder- und Oberschlesien Wohnungen für Familien aus den Kriegsgebieten zu Verfügung.

„Niederschlesien ist ein Beispiel für ganz Polen dafür, wie man klug und gut helfen kann“, sagte Waldemar Cislo, Leiter der polnischen Sektion des pastoralen Hilfswerks päpstlichen Rechts „Kirche in Not“ aus Warschau, der die niederschlesische Aktion koordiniert. 317 000 Euro werden gebraucht, um Röntgengeräte, Beatmungsgeräte und andere medizinische Geräte für Syrien zu kaufen. Der Geistliche ist sich sicher, dass es die Schlesier eher als anderswo schaffen, die benötigte Summe zu sammeln. Vielleicht, weil die Kirchen in Schlesien aufgrund ihrer Kontakte zu deutschen Kirchenorganisationen oder gar zu Vertriebenen die Geschichte des Gründers von „Kirche in Not“, Pater Werenfried van Straaten, kennen dürften. Seinen Aufruf 1947 zur Hilfe für die 14 Millionen Heimatvertriebenen aus den deutschen Ostgebieten verstand der Pater nicht als abstrakten Begriff. „Ich brauche kein Geld von euch, denn mit Geld kann man sich in Deutschland nichts kaufen. Ich verlange Speck!“, schrieb er damals. Dieser Ruf brachte ihm den Beinamen „Speckpater“ ein.

Auch wenn Waldemar Cislo keinen Speck, sondern Geld sammelt, ist er dem Gründervater von „Kirche in Not“ auf eine andere Art ähnlich. Er nimmt kein Blatt vor dem Mund und spricht Wahrheiten aus, die man im Gründungsland von „Kirche in Not“ – in Deutschland – nicht unbedingt hören möchte. So sagt er in Interviews, dass man in Syrien wie im ganzen Nahen Osten das Ziel verfolge, diese Gebiete von Christen säubern zu wollen. „Die Christen in Syrien rufen um Hilfe und die Welt hört sie nicht“, so Cislo. „Es ist traurig, dass niemand nur ein Wort darüber verliert, dass arabische Länder wie Katar oder Saudi-Arabien, die zum Beispiel viele Milliarden Dollar für den Bau von Moscheen in Äthiopien ausgeben, ihren Glaubensbrüdern nicht helfen“, so der Geistliche. Im öffentlich-rechtlichen Sender Telewizja Polska (TVP, Polnisches Fernsehen) betonte er, dass die Multikultipolitik in Europa keinesfalls gelungen sei, denn „einerseits ging man nach dem ‚Charlie Hebdo‘-Attentat protestierend auf die Straße und betrauerte unschuldige Opfer, während in Niger Kirchen brannten und Christen gemordet wurden. Warum ging aus diesem Grund niemand auf die Straße? Ist das Leben eines ermordeten Christen weniger wert als das eines ‚Charlie-Hebdo‘-Redakteurs?“, fragte der Professor der katholischen Kardinal-Wyszynski-Universität in Warschau.

> Waldemar Cislo (»Kirche in Not«): »Ist das Leben eines ermordeten Christen weniger wert als das eines ›Charlie Hebdo‹-Redakteurs?«

Cislo musste sich oft Fragen stellen, warum man zum Beispiel syrische Kinder vor Ort behandeln will und sie nicht einfach nach Europa ausfliegt, um sie hier zu behandeln. Cislo antwortet dann, dass man für jedes Kind, das in Europa behandelt wird, zehn Kindern vor Ort helfen könne. „Es gibt in Syrien keinen funktionierenden Flughafen, so müsste man viele hundert Kilometer bis in den Libanon fahren, um von dort aus weiterzufliegen“, so Cislo im öffentlich-rechtlichen Radiosender Polskie Radio 24. Man könne auch nur tagsüber reisen, und selbst das wäre lebensgefährlich, berichtet Cislo aus eigener Erfahrung. Hilfe vor Ort, so Cislo, würde zudem die Asylsicherströme nach Europa drosseln. „Etwa 18 Prozent der Flüchtlinge sind tatsächlich Syrer und nur sieben Prozent Iraker. Europa sollte sich besinnen. Hier leben 500 Millionen Menschen und nun sollen wir mehrere hundert Millionen Moslems aufnehmen?“ Im Orient macht die Hilfsaktion übrigens im Gegensatz zum Roten Halbmond keine Unterschiede. Angehörigen aller Konfessionen wird geholfen – nur eben in deren Heimat.

Chris W. Wagner

Wir gratulieren ...

ZUM 100. GEBURTSTAG

Wenzek, Käte, geb. **Wichmann**, aus Lyck, Danziger Straße 7, am 15. März

ZUM 98. GEBURTSTAG

Saborowski, Friede, geb. **Bobel**, aus Reuß, Kreis Treuburg, 11. März

ZUM 96. GEBURTSTAG

Berghoff, Elisabeth, geb. **Kuschinski**, aus Wenzbach, Kreis Ebenrode, am 14. März
Hartmann, Eva, geb. **Gleich**, aus Rautenburg, Kreis Elchniederung, am 16. März
Idel, Brunhilde, geb. **Kerbein**, aus Falkenort, Kreis Tilsit-Ragnit, am 13. März
Sagromski, Lydia, aus Leinau, Kreis Ortelsburg, am 14. März

ZUM 95. GEBURTSTAG

Hülse, Fritz, aus Arissau, Kreis Samland, am 15. März
Krüger, Walter, aus Neidenburg, am 10. März
Maring, Willi, früher **Majewski**, aus Burdungen, Kreis Neidenburg, am 12. März
Nadrowski, Marie, geb. **Frassa**, aus Seedanzig, Kreis Ortelsburg, am 15. März
Paulus, Anna, geb. **Czeslik**, aus Lindenfließ, Kreis Lyck, am 12. März
Schnipper, Erika, geb. **Piefkowski**, aus Allenstein, am 2. März
Weidelich, Elisabeth, geb. **Mankau**, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 12. März
Wlost, Otto, aus Schareiken, Kreis Treuburg, am 11. März

ZUM 94. GEBURTSTAG

Bott, Ursula, geb. **Horn**, aus Pregelswalde, Kreis Wehlau, am 10. März
Breistähl, Christa, geb. **Motzkuhn**, aus Buttken, Kreis Treuburg, am 15. März
Gaudl, Anneliese, geb. **Kling**, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 13. März
Geschwandtner, Dr. Hans, aus Rauhdorf, Kreis Ebenrode, am 16. März
Kohn, Werner, aus Königsberg, am 9. März
Otto, Hildegard, geb. **Schwesig**, aus Wehlau, am 16. März
Schultz, Elfriede, geb. **Denda**, aus Burdungen, Kreis Neidenburg, am 12. März

Thiemicke, Martha, geb. **Kruppka**, aus Garbassen, Kreis Treuburg, am 10. März

ZUM 93. GEBURTSTAG

Barbulla, Gertrud, geb. **Sklomeit**, aus Dürrfelde, Kreis Ebenrode, am 11. März
Berke, Kurt, aus Lyck, am Morgenstraße 3, am 16. März
Dieperink, Hildegard, geb. **Konietzny**, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 10. März
Dietrich, Hedwig, aus Sareiken, Kreis Lyck, am 16. März
Dirks, Gertrud, geb. **Kruschewski**, aus Mostolten, Kreis Lyck, am 16. März
Dudda, Meta, geb. **Bartschat**, aus Wildwiese, Kreis Elchniederung, am 15. März
Günther, Lieselotte, geb. **Turowski**, aus Lyck, am 11. März
Gutthat, Helmut, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 15. März
Holuba, Renate, geb. **Kirschenick**, aus Birkenwalde, Kreis Lyck, am 12. März
Kapteina, Heinz-Erich, aus Groß Schiemanen, Kreis Ortelsburg, am 12. März
Köhler, Anita, geb. **Bogdahn**, aus Herdenau, Kreis Elchniederung, am 13. März
Mattke, Helmut, aus Forsthaus Plauen, Kreis Wehlau, und Forsthaus Rossen, Kreis Heiligenbeil, am 15. März
Nenneker, Helga, geb. **Stodollick**, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 13. März
Rimkus, Helmut, aus Dünen, Kreis Elchniederung, am 16. März
Saß, Margarete, geb. **Klemusch**, aus Fuchshügel, Kreis Wehlau, am 15. März
Schmitz, Frieda, geb. **Schwarz**, aus Blumental, Kreis Lyck, am 13. März

ZUM 92. GEBURTSTAG

Arndt, Heinz, aus Grünwalde, Kreis Heiligenbeil, am 15. März
Bode, Hertha, geb. **Neumann**, aus Fronicken, Kreis Treuburg, am 15. März
Damaske, Leopold, aus Gallgarben, Kreis Samland, am 15. März
Diedrich, Hildegard, geb. **Heinacher**, aus Ebenrode, am 15. März
Drenseck, Lieselotte, geb. **Rattay**, aus Zohpen, Kreis Wehlau, am 13. März

Knackstädt, Ruth, aus Groß Ponnau, Kreis Wehlau, am 15. März
Mollnau, Elli, geb. **Menger**, aus Neidenburg, am 12. März
Nothdurft, Hildegard, geb. **Prepens**, aus Lötzen, am 10. März
Prussky, Christel, geb. **Schimmelpfennig**, aus Bladiau, Kreis Heiligenbeil, am 13. März
Schäfer, Irmgard, geb. **Neike**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 15. März
Vogl, Helga, geb. **Jankowski**, aus Graiwen, Kreis Lötzen, am 15. März

ZUM 91. GEBURTSTAG

Altenburg, Hildegard, geb. **Guddat**, aus Neusiedel, Kreis Tilsit-Ragnit, am 16. März
Benger, Grete, aus Schloßbach, Kreis Ebenrode, am 11. März
Benson, Hedwig, geb. **Woywad**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 16. März
Donder, Hans, aus Seebrücken, Kreis Lyck, am 11. März
Erwin, Gerda, geb. **Lenz**, aus Gimmendorf, Kreis Neidenburg, am 11. März
Falk, Ruth, geb. **Christochowitz**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, und aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 15. März
Girrulat, Felizitas, aus Rautersdkirch, Kreis Elchniederung, am 13. März
Hoffmann, Hannelore, geb. **Warnat**, aus Lyck, am 14. März
Hofmann, Erika, geb. **Ballnus**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 12. März
Klesczewski, Ulrich, aus Markau, Kreis Treuburg, am 16. März
Kositzki, Emil, aus Wallendorf, Kreis Neidenburg, am 16. März
Lojewski, Siegfried, aus Schareiken, Kreis Treuburg, am 15. März
Pogoda, Werner, aus Lyck, am 10. März
Rieser, Gerhard, aus Groß Dirschkeim, Kreis Samland, am 11. März
Schulz, Liesbeth, geb. **Breßlein**, aus Leegen, Kreis Ebenrode, am 10. März
Schulz, Margarete, geb. **Freiwald**, aus Lyck, am 14. März
Sültemeyer, Else, geb. **Roziewski**, aus Saiden, Kreis Treuburg, am 16. März

ZUM 90. GEBURTSTAG

Dombrowski, Herbert, aus Lyck, Bahnhofstraße 1, am 13. März
Gunia, Irene, geb. **Hanke**, aus Großheidekrug, Kreis Samland, am 12. März
Hennig, Siegfried, aus Eichen, Kreis Wehlau, am 11. März
Joppien, Ingrid, aus Groß Kuhren, Kreis Samland, am 11. März
Knopp, Brigitte, geb. **Hein**, aus Treuburg, am 11. März
Mattke, Richard, aus Kreuzborn, Kreis Lyck, am 12. März
Ott, Trude, geb. **Homp**, aus Großheidekrug, Kreis Samland, am 16. März
Pempe, Christa, Kreis Tilsit-Ragnit, am 5. März
Schnitz, Ellinor, geb. **Weinreis**, aus Haselberg, Kreis Schloßberg, und Försterei Kausch Post Dubeningen, Kreis Goldap, am 9. März

ZUM 85. GEBURTSTAG

Bankmann, Stephan, aus Lyck, am 16. März
Böker, Edith, geb. **Westphal**, aus Klein Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 13. März
Dugnus, Günter, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 12. März
Gäde, Paul, aus Wehlau, am 10. März
Gronius, Renate, geb. **Knappke**, aus Hensken, Kreis Schloßberg, am 16. März
Hartmann, Herta, geb. **Borutta**, aus Deutschheide, Kreis Ortelsburg, am 13. März
Heinscher, Alfred, aus Karkeln, Kreis Elchniederung, am 15. März
Karpinski, Wilhelm, aus Königsberg, am 8. März
Kletke, Rosa, aus Hüttenfelde, Kreis Tilsit-Ragnit, am 2. März
Link, Heinz, aus Moithienen, Kreis Ortelsburg, am 15. März
Majacki, Gertrud, geb. **Kopatz**, aus Lindengrund, Kreis Ortelsburg, am 15. März
Mühlhof-Gerecht, Helga, geb. **Meyer**, aus Sentken, Kreis Lyck, am 11. März
Müller, Christel, geb. **Goetzie**, aus Tawellenbruch, Kreis Elchniederung, am 16. März
Newiger, Hans, aus Auerbach, Kreis Wehlau, am 16. März
Oberfrank, Elfriede, geb. **Salewski**, aus Langenhöh, Kreis Lyck, am 12. März
Oberhoff, Herta, geb. **Mucha**, aus Kennwiesen, Kreis Ortelsburg, am 15. März
Osigus, Elisabeth, geb. **Samorski**, aus Klein Jerutten, Kreis Ortelsburg, am 16. März
Pantel, Kurt, aus Fischhausen, Kreis Samland, am 12. März
Piehl, Erika, aus Groß Falkenau, Kreis Rosenberg, Westpreußen, am 12. März
Reents, Anita, geb. **Padeffke**, aus Weitenruh, Kreis Ebenrode, am 10. März
Senge, Hedwig, geb. **Rux**, aus Neidenburg, am 16. März
Siepmann, Regina, geb. **Tilitzki**, aus Fischhausen, Kreis Samland, am 15. März
Steinfath, Käthe, geb. **Kulz**, aus Rodental, Kreis Lötzen, am 13. März
Thom, Berta, geb. **Guckes**, aus Seedorf, Kreis Lyck, am 10. März
Thommek, Käthe, geb. **Knies**, aus Skomanten, Kreis Lyck, am 11. März
Wagener, Waltraud, geb. **Ptack**, aus Lötzen, am 10. März

ZUM 80. GEBURTSTAG

Baumann, Siegfried, aus Nußberg, Kreis Lyck, am 13. März
Baumgarten, Margarete, geb. **Marks**, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 13. März
Böhm, Horst, aus Saiden, Kreis Treuburg, am 15. März
Burhorst, Renate, geb. **Ruhnau**, aus Bischofsburg, am 11. März
Decker, Hildegard, geb. **Patz**, aus Ebenfelde, Kreis Lyck, am 16. März
Eggert, Wolfgang, aus Wehlau, am 15. März
Elis, Ingrid, geb. **Nelius**, aus Neidenburg, am 14. März
Geisheimer, Ilse, geb. **Holl**, aus Ebenerode, am 14. März
Glitsch, Christel, geb. **Stacklies**, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 12. März
Grigo, Herta, geb. **Buhr**, am 14. März
Hänschen, Helmut, aus Richau, Kreis Wehlau, am 12. März
Hofmann, Eva, geb. **Schäfer**, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 10. März
Hoppe, Erich, aus Klein Lasken, Kreis Lyck, am 16. März
Hoth, Brigitte, geb. **Zeiger**, aus Warnien, Kreis Wehlau, am 11. März
Jaschko, Helmut, aus Alt-Kriewen, Kreis Lyck, am 10. März
Jonski, Horst, aus Groß Dirschkeim, Kreis Samland, am 16. März
Kärsten, Eva, geb, **Haberland**, aus Worschienen, Kreis Preußisch Eylau, am 13. März
Kerling, Helmut, aus Lyck, am 16. März
Maillet, Edith, geb. **Kzionska**, aus Wolfsee, Kreis Lötzen, am 13. März
Nikutowski, Werner, aus Giesen, Kreis Lyck, am 12. März
Richter, Hildegard, geb. **Kusau**, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 12. März
Schubert, Ingrid, geb. **Janz**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 10. März
Steinwasser, Sigrid, geb. **Murza**, aus Stettenbach, am Kreis Lyck, am 14. März
Taron, Hannelore, geb. **Zepik**, aus Gauleden, Kreis Wehlau, am 14. März
Tiller, Marlene, geb. **Lagerpusch**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 15. März

ZUM 75. GEBURTSTAG

Czichowski, Günter, aus Großeppingen, Kreis Neidenburg, am 15. März
Dombrowski, Barbara, geb. **Poppek**, aus Ortelsburg, am 15. März
Gosdzinski, Gerd, aus Rauschken, Kreis Ortelsburg, am 11. März
Grütz, Erika, geb. **Donnerstag**, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 13. März
Heß, Wally, geb. **Pulkeit**, aus Wehlau, am 11. März
Lehner, Irene, geb. **Froese**, aus Lindendorf, Kreis Wehlau, am 11. März
Schröder, Monika, geb. **Bauer**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 15. März
Thurau, Klaus, aus Lötzen und Wolfsee, Kreis Lötzen, am 13. März
Weiß, Helga, geb. **Dilba**, aus Treuburg, am 15. März
Zielinski, Brunhilde, geb. **Kikul**, aus Gutfeld, Kreis Neidenburg, am 15. März

Termine der LO

2017
18. bis 19. März: Arbeitstagung Deutsche Vereine in Sensburg
1. bis 2. April: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Helmstedt
28. bis 30. April: Kulturseminar in Helmstedt
8. bis 10. Mai: Arbeitstagung der Landesfrauen in Helmstedt
13. Mai: Das große Jahrestreffen der Ostpreussen
17. Juni: Sommerfest des VdGEM in Osterode
22. bis 24. September: Geschichtsseminar in Helmstedt
21. bis 23. Oktober: 11. Kommunalpolitischer Kongress in Allenstein (geschlossener Teilnehmerkreis)
5. bis 8. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Helmstedt
13. bis 19. November: Werkwoche in Helmstedt

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de

Aus den Heimatkreisen

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ANGERBURG

Kreisvertreter: Kurt-Werner Sadowski. Kreisgemeinschaft Angerburg e.V., Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Landkreis: Telefon (04261) 9833100, Fax (04261) 9833101.

Heimatpolitische Tagung

Vor 500 Jahren veröffentlichte Martin Luther seine 95 Thesen an der Tür der Schlosskirche zu Wittenberg. Damit war die kirchengeschichtlich bis heute dauernde Abspaltung der evangelisch-lutherischen von der katholischen Kirche eingeleitet. Der Mönch Martin Luther wollte keine Spaltung der bestehenden Kirche, sein Ziel war es, auf Fehlentwicklungen hinzuweisen und sie zu beseitigen. Ein halbes Jahrtausend Reformation mit geistigem Kampf, Kriegen, Leid und Hoffnungen lagen vor Europa und großen Teilen der Welt. Diesem Thema war die 59. heimatpolitische Tagung der Kreisgemeinschaft Angerburg am Sonnabend und Sonntag in Rotenburg gewidmet. Ein Rückerinnern an einen geschichtlichen Zeitabschnitt.



Interessierte Zuhörer zum Thema Luther in Rotenburg (v.l.): Landrat Hermann Luttmann, Landtagsmitglied Hans-Heinrich Ehlen, OKD a.D. Gerhard Blume, Bundestagsmitglied Kathrin Rösel und Kreisvertreter Kurt-Werner Sadowski Bild: Bonath

Kreisvertreter Kurt-Werner Sadowski begrüßte neben ungewöhnlich zahlreichen Besuchern ein große Zahl an Ehrengästen – das Interesse an den Vorträgen in der Theodor-Heuss-Schule hatte Gäste aus vielen Teilen Deutschlands in die Kreisstadt gelockt. Landrat Hermann Luttmann als Vertreter des Patenkreises Rotenburg überbrachte die Grüße des Kreistages. Er versicherte der Kreisgemeinschaft: Auch künftig werde sich an der Unterstützung durch den Kreistag nichts ändern.

Bürgermeister Andreas Weber erinnerte an OKD Helmut Janßen, der vor 63 Jahren den Grundstein für die Patenschaft zwischen dem ostpreußischen Kreis Angerburg und dem Wümme-Kreis gelegt hatte. Und er wies darauf hin: „Viele Angerburger haben in Rotenburg eine neue Heimat gefunden.“ Die Namen einer Reihe von Siedlungen Rotenburgs erinnerten daran.

Zu den weiteren Gästen, die Grußworte sprachen, gehörte die CDU-Bundestagsabgeordnete Kathrin Rösel, die einen Überblick wichtiger politischer Ereignisse des vergangenen Jahres gab und mit Blick auf die USA betonte: Sie beobachte mit Sorge, dass der Begriff „Populismus“ nach

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 16

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 15

Trumps Wahl eine andere Bedeutung bekommen habe. Der CDU-Landtagsabgeordnete Hans-Heinrich Ehlen betonte im Zusammenhang mit der Patenschaft: „Auf diesem Fundament lässt sich Europa weiterbauen.“

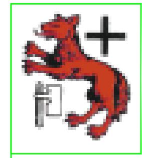
Nach den Signalen der zwölf Böhmsholzer Jagdhornbläser aus dem Landkreis Lüneburg hielt Professor Udo Arnold, Bad Münstereifel, vor vollbesetzter Aula der Theodor-Heuss-Schule sein Referat zu dem Thema „Vom Ordensland zum ersten protestantischen Fürstentum“. Ein ausführlicher Vortrag, der sich durch eine Fülle von geschichtlichen Detailinformationen auszeichnete.

Das konnte auch der Vortrag „Nicolaus Copernicus aus Thorn an der Wechsel – Leben und Werk als Domherr in Frauenburg, als Arzt, Diplomat und weltbekannter Astronom“ für sich in Anspruch nehmen. Oberstudiendirektor a.D. Hans-Jürgen Kämpfert, Stockelsdorf, sprach zu dem Thema. Der Abend klang aus mit dem traditionellen Elchbratenessen und wurde am gestrigen Sonntag fortgesetzt. Dr. Walter Jarecki (68), Verden, pensionierter Oberstudiendirektor und fast 20 Jahre Leiter des Rotenburger Ratsgymnasiums und Vorstandsmitglied der Freunde des Rotenburger Archivs, referierte zum Thema „Reformation in Norddeutschland“.

Für Norddeutschland hätte die Reformation auch anders ausgehen können. Walter Jarecki: „Im Frieden von Lübeck 1629 und dem folgenden Restitutionsedikt wurden die die Reformation in den norddeutschen Hochstiften rückgängig gemacht, Verden erhielt wieder einen katholischen Bischof, Franz-Wilhelm von Wartenberg. Vielleicht hätte die Rekatholisierung Erfolg gehabt – trotz Widerstand des Rates – aber der Kriegseintritt der Schweden veränderte wiederum die Situation grundlegend. Verden wurde wieder evangelisch und blieb es fortan.“

Der aus der Nähe von Osnabrück stammende Historiker Jarecki: „Der Westfälische Friede beseitigte schließlich die merkwürdige Lage eines evangelischen Hochstiftes nach katholischem Recht und machte daraus ein weltliches Herzogtum, das an die schwedische Krone fiel. *Wieland Bonath*

Angerburg: Walter Jarecki referierte bei der heimatpolitischen Tagung über die „Reformation in Norddeutschland“ Bild: Bonath



HEILIGENBEIL

Kreisvertreterin: Elke Ruhnke, Im Bökel 76, 42369 Wuppertal, Tel.: (0202) 46 16 13. E-Mail: ruhnke@kreis-gemeinschaft-heiligenbeil.de. Stellvertreter: Christian Perbandt, Im Stegfeld 1, 31275 Lehrte, Tel.: (05132) 57052. E-Mail: perbandt@kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de. 2. stellvertretender Kreisvertreter: Bernd Schmidt, Heideweg 24, 25578 Dägeling, Telefon (04821) 8 42 24. E-Mail: Schmidt.ploessen@gmx.de. Schriftleiterin: Brunhilde Schulz, Zum Rothenstein 22, 58540 Meinerzhagen, Tel.: (02354) 4408, E-Mail: brschulz@dokom.net. Internet: www. kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de

Wahl zum Kreisausschuss

Bekanntmachung der Wahlvorschläge für die Kreisausschusswahl der Kreisgemeinschaft Heiligenbeil am 29. und 30. April in Salzbergen. Die amtierende Kreisvertreterin, Elke Ruhnke gibt die Wahlvorschläge der stimmberechtigten Kreistagsmitglieder bekannt. Für die Wahl des Kreisausschusses (enger Vorstand) der Kreisgemeinschaft Heiligenbeil laut Satzung Paragraph 9 Ziffer 1 und Paragraph 10, werden folgende Kandidaten vorgeschlagen:

Kreisvertreterin: Elke Ruhnke, Im Bökel 76, 42369 Wuppertal, *15. April 1966, Vorfahren: Eisenberg und Hohenfürst, Kreis Heiligenbeil

1. Stellvertretender Kreisvertreter: Christian Perbandt, Im Stegefeld 1, 31275 Lehrte,* 26. Oktober 1960, Vorfahren: Schirten, Kreis Heiligenbeil

2. Stellvertretender Kreisvertreter: Joachim Ruhnau, Schützenstaße 14, 56305 Döttesfeld, *17. Oktober 1965, Vorfahren: Zinten, Kreis Heiligenbeil

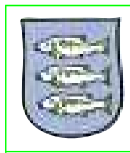
3. Kassenwart: N.N,

Beisitzer

Kreiskartei: Arnold Hesse, Amselstraße 6, 26847 Detern *18. Mai, 1951, Vorfahren: Bladiau, Kreis Heiligenbeil

Fotoarchiv: Ilse Thomann, Hildebrandweg 1, 48429 Rheine, *25. September 1936 in Lönhöfen, Kreis Heiligenbeil

Schriftleitung/Heimatblatt: Brunhilde Schulz, Zum Rothenstein 22, 58540 Meinerzhagen, *2. April 1946 in Lüdenscheid



LÖTZEN

Kreisvertreter: Dieter Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg. Geschäftsstelle: Ute Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg, Telefon (040) 6083003, Fax: (040) 60890478, E-Mail: KGL.Archiv@gmx.de

Ausstellung

Sonnabend, 18. März, 15.30 Uhr: Eröffnung der Kunstausstellung „Versunkene Welt Ostpreußens – Erinnerungsbilder von Eduard Bischoff (1890–1974)“. Die Ausstellung entstand in Zusammenarbeit mit dem Ostpreußischen Landesmuseum in Lüneburg. Eröffnet wird sie mit musikalischer Umrahmung und einem Einführungsvortrag.

Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet

Ihre Termine und Berichte

Wir sind für Sie da und veröffentlichen gerne alles, was es aus den Heimatkreisen, Landesgruppen, Kreisgruppen und anderen Zusammenschlüssen der Landsmannschaft Wichtiges zu berichten gibt. Wann und Wohin ihre Termine, Texte und Fotos geschickt werden sollten, haben wir hier noch einmal notiert.

Wann: Spätestens fünf Arbeitstage vor dem Erscheinungstermin (jede Woche am Donnerstag) der anvisierten PAZ-Ausgabe sollten Ihre Termine, Fotos und Berichte in der Redaktion vorliegen. Längere Texte, die auf dem Postwege gesandt werden, sollten uns schon einige Tage früher erreichen.

Wohin: Preußische Allgemeine Zeitung, z. H. Frank Horns, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg. Oder per E-Mail: horns@ostpreussenblatt.de.



TILSIT–STADT

Stadtvertreter: Hans Dzieran, Stadtgemeinschaft Tilsit, Postfach 241, 09002 Chemnitz. Geschäftsführer: Manfred Urbschat, E-Mail: info@tilsit-stadt.de.

Königin-Luisen-Schule

Das Schultreffen 2017 findet vom 11. bis 14. Juni statt. Austragungsort ist das Hotel „Berlin“ in 29549 Bad Bevensen, Alter Wiesenweg 11. Anreise am 11. Juni, möglichst schon zu einem gemeinsamen Kaffeetrinken. Am 12. Juni zirka 10 Uhr Treffen im kleinen Salon des Hotels. Die weitere Gestaltung der beiden Tage, 12. und 13. Juni, soll dann besprochen werden. Anmeldung im Hotel Berlin bis zum 31. März unter dem Stichwort KLS. Telefon (05821) 5060. Zimmerpreise pro Nacht: 99 Euro für ein Doppelzimmer im Hochparterre mit Nordbalkon, 61 Euro für ein Einzelzimmer in der 1. Etage ohne Balkon, 61 Euro für ein Einzelzimmer mit Nordbalkon. Pro Übernachtung kommen drei Euro Kurtaxe dazu. Auf Wunsch kann vom Hotel eine Reiserücktrittsversicherung vermittelt werden. Umsteigehilfe bei der Bahn unter Telefon 01805 512512. Das Hotel bietet außerdem einen Hol- und Bringservice an. Eine kostenfreie Stornierung ist bis 31. März möglich. Vera Jawtusch (geb. Pilch), Schulsprecherin.

Stadt ohne Gleichen

Am Samstag, den 18. März, wird um 10 Uhr im Kulturzentrum Ostpreußen im Deutschordensschloß Ellingen die Ausstellung „Tilsit – die Stadt ohne Gleichen“ eröffnet. Die Ausstellung präsentiert auf 28 Tafeln die Geschichte Tilsits von ihren Anfängen bis zur Gegenwart mit einer Fülle von Informationen, Bildern und Karten. Es gibt Abhandlungen zur Ordensburg Tilse, zur Stadtgründung, zur Entwicklung im 17. und 18. Jahrhundert, zum Tilsiter Friedensschluss, zum Leben im 19. Jahrhundert und in der Zeit der beiden Weltkriege.

Zum Programm gehört auch ein Vortrag über den Tilsiter Dichter Johannes Bobrowski, dessen Geburtstag sich zum hundertsten Mal jährt. Den Vortrag „Ein ostpreußischer Dichter im geteilten Deutschland“ hält Dr. Jörg Bernhard Bilk.

Fragen und Antworten zum LO-Jahrestreffen in Neuss

Im Zusammenhang mit dem Jahrestreffen der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) am 13. Mai 2017 in der Stadthalle Neuss erreichen die Bundesgeschäftsstelle verstärkt Fragen zum Ablauf der Veranstaltung. Nachfolgend möchten wir die am häufigsten gestellten Fragen beantworten.

Warum gibt es keine Deutschlandtreffen der Ostpreußen mehr?

Trotz des guten Zuspruchs beim Deutschlandtreffen in Kassel 2014 sind die Teilnehmerzahlen bei den Bundestreffen der Landsmannschaft Ostpreußen rückläufig. Die Zahl der Besucher hat sich in den letzten 20 Jahren um Dreiviertel reduziert. Viele Ostpreußen sind nicht mehr in der Lage, die Strapazen einer langen Reise und eines zweitägigen Treffens auf sich zu nehmen. Hinzu kommt, dass wegen des hohen Kostenaufwandes – die Landsmannschaft Ostpreußen erhält für die Treffen keine öffentlichen Zuschüsse – die Deutschlandtreffen nur alle drei Jahre stattgefunden haben. Vor diesem Hintergrund sind der Bundesvorstand und die Ostpreußische Landesvertretung zu der Überzeugung gekommen, dass es sinnvoller ist, ab 2017 in kürzeren Abständen dezentrale Treffen an wechselnden Orten durchzuführen.

Worin unterscheidet sich das Jahrestreffen der Landsmannschaft Ostpreußen in Neuss von den Deutschlandtreffen der Ostpreußen?

Es handelt sich bei dem Jahrestreffen um eine eintägige Veranstaltung. Ein Treffen der Heimatkreise ist nicht geplant. Daher ist auch keine Reservierung von Plätzen für die Kreisgemeinschaften in der Stadthalle vorgesehen. Einzelne Kreisgemeinschaften, Landesgruppen und Einrichtungen werden ihre Arbeit an einem Ausstellerstand im Foyer präsentieren. Im Eingangsfoyer findet auch die gastronomische Versorgung der Teilnehmer statt und werden Kulturausstellungen präsentiert. Wegen der begrenzten Platzkapazitäten gibt es keine gewerblichen Aussteller wie Reiseveranstalter, Buchhändler oder Bernsteinverkäufer.

Was erwartet die Besucher konkret in Neuss?

Das Jahrestreffen beginnt am Sonnabendmorgen mit einer Kranzniederlegung am nur wenige Meter von der Stadthalle entfernten Gedenkstein „Vergesst den deutschen Osten nicht“. Es folgt in der Stadthalle die Festveranstaltung mit Fahneneinmarsch und mit der Ansprache des Sprechers Stephan Grigat. Nach der Mittagspause mit kostenfreier Gulaschsuppe wird es ein kurzweiliges Kulturprogramm mit dem Sänger Bernstein, dem Schauspieler Herbert Tennigkeit, der Volkstanzgruppe Saga aus Bartenstein und der DJO-Spielschar „Klingende Windrose“ geben. Die Festveranstaltung wird musikalisch vom Musikverein Holzheim umrahmt.

Warum können Eintrittskarten nur im Vorverkauf und nicht an den Tageskassen erworben werden?

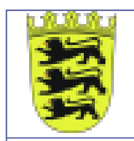
Der große Saal der Stadthalle Neuss bietet bei einer Bankettbestuhlung maximal 900 Personen Platz. Um eine Überfüllung der Veranstaltung zu vermeiden und die gastronomische Versorgung der Teilnehmer planen zu können, werden Karten ausschließlich im Kartenvorverkauf angeboten. Nur so kann verhindert werden, dass Teilnehmer wegen Überfüllung der Veranstaltung in Neuss vor verschlossener Tür stehen.

Bei weiteren Fragen wenden Sie sich bitte an die: Landsmannschaft Ostpreußen, Dr. Sebastian Husen, Telefon (040) 414008-23, husen@ostpreussen.de.

Kartenvorverkauf:

Eintrittskarten zum Preis von zehn Euro pro Stück, zuzüglich einem Euro Versandkostenpauschale erhalten Sie bei der Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Christiane Rinser-Schrut, Telefon (040) 414008-0, Fax (040) 414008-50, E-Mail: rinser@ostpreussen.de.

Landsmannschaftliche Arbeit
Landesgruppen



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

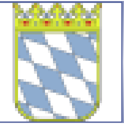
Buchen – Donnerstag, 9. März, 14.30 Uhr: Gemütlicher Nachmittag in einer Hütte mit Kaffeetafel, Liedern und literarischen Beitrag: Die Gutsbesitzertochter, E. Klawitter erzählt in liebenswert-treffender Weise über ihre Mädchenjahre in Masuren. Abfahrt in Buchen ist um 14 Uhr. Weitere Informationen unter Telefon (06281) 8137.

Ludwigsburg – Dienstag 21. März, 15 Uhr, Krauthof, Beihinger Straße 27: Stammtisch.



Reutlingen – Sonnabend, 11. März, 14 Uhr, Treffpunkt für Ältere, Gustav-Werner-Straße 6a, Reutlingen: Jahreshauptversammlung mit Neuwahlen. Nach dem formellen Teil blickt Hans Peter Jermann in einem Bildvortrag auf 2016 zurück. Mit einem gemeinsamen Essen – schwäbische Maultaschen mit Kartoffelsalat – soll die Versammlung ausklingen. Für das Essen ist eine Anmeldung nötig: Ilse Hunger, Telefon (07121) 52541.

Stuttgart – Dienstag, 14. März, 14.30 Uhr, kleiner Saal: Treffen der Frauengruppe zum kulturellen Nachmittag. Die Mitglieder der Kreisgruppe und Gäste sind herzlich eingeladen.



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Ansbach – Sonnabend, 18. März: Landeskulturtagung im Kulturzentrum Ellingen, – Sonnabend, 25. März, 15 Uhr, Orangerie: Jahreshauptversammlung mit anschließendem Schmandheringessen.

Bamberg – Mittwoch, 15. März, 15 Uhr, Hotel Wilde Rose, Keßlerstraße: Monatstreffen mit einem Vortrag zum Thema „Bilder zur Osterliturgie".

München – Freitag, 10. März, 14 Uhr, Haus des deutschen Ostens, Lilienberg 5: Zusammenkunft der Frauengruppe,

Weiden – Nach der Winterpause konnte der Erste Vorsitzende Norbert Uschald im Café Mitte viele Mitglieder und Gäste, darunter Stadtrat Hans Forster zum Heimatnachmittag willkommen heißen. Nach den Heimatliedern „Land der dunklen Wälder" und „Westpreußen mein lieb Heimatland" informierte der Vorsitzende die Anwesenden über den Austritt der früherern BdV-Präsidentin Erika Steinbach aus der CDU. Dazu verlas er ihre Pressemitteilung in voller Länge.

Nach weiteren aktuellen Informationen leitete Uschald zum heiteren Teil der Versammlung über. Er stellte Traditionen und Bräuche vor, die zur Faschingszeit früher üblich waren und zum Teil noch heute gepflegt werden. Ingrid Uschald und Andreas Uschald unterhielten die Anwesenden mit heiteren Wortbeiträgen. Für die musikalische Umrahmung sorgte der Vorsitzende mit zahlreichen Stimmungsliedern. Nach gemütlichem Beisammensein mit „Schabbern" und „Plachandern" verabschiedete man sich mit dem Volkslied „Kein schöner Land" bis zur Jahreshauptversammlung am 5. März im Café Mitte.



BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



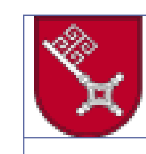
Bartenstein – Anfragen für gemeinsames Treffen bei Elfi Fortange, Telefon (030) 4944404



Königsberg – Dienstag, 21. März, 14 Uhr, Johann-Georg-Stuben, Johann-Georg-Straße 10, 10709 Berlin-Halensee: Gemeinsames Treffen. Anfragen: Elfi Fortange Telefon (030) 4944404



Rastenburg – Freitag, 24. März, 15 Uhr, Restaurant Stammhaus Rohrdamm 24 B, 13629 Berlin: Gemeinsames Treffen, Anfragen: Martina Sontag, Telefon (033232) 18 88 26.



BREMEN

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 25 09 29, Fax (0421) 25 01 88, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Stellvertrende Vorsitzende: Marita Jachens-Paul, Ratiborer Straße 48, 27578 Bremerhaven, Telefon (0471) 86176. Landesgeschäftsführer: Jörg Schulz, Am Anjes Moor 4, 27628 Uthlede, Telefon (04296) 74 77 01.

Bremen – Montag, 20. März, 15 Uhr Hotel Atlantic, Flughafenallee 26, 28199 Bremen: Mitgliederversammlung. Im Anschluss an die Tagesordnung wird die mit Musik unterlegte Bilderfolge „Wilna – Barock auf sieben Hügeln" zu sehen sein. Sie besteht aus Fotos mehrerer Teilnehmer der Studienfahrt unserer Landsmannschaft nach Litauen (9. bis 12. März 2014). Inga Ziukiene, die auch die Reise organisierte, stellte die Bilder zusammen und bearbeitete sie künstlerisch.

– Ankündigung –

Die von „Arbeitskreis Bremer Archive" im März vergangenen Jahres unter dem Motto „Mobilität im Wandel" gezeigte Sammelausstellung verschiedener Archive wird in diesem Jahr fortgesetzt. Damit sind auch unsere beiden Tafeln mit Archivalien zum Thema „Flucht und Vertreibung" erneut in der öffentlichen Wahrnehmung. Ausstellungsorte sind:

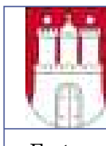
– Bürgerhaus Mahndorf, Mahndorfer Bahnhof 10, vom 1. März bis 3. April

– Bürgerhaus Obervieland, Alfred-Faust-Straße 4, vom 5. April bis 3. Mai

– Einkaufszentrum Hansa Carré, Pfalzburger Straße, vom 4. bis 20. Mai.

An den ersten beiden Ausstellungsorten ist der Platz begrenzt, sodass jeweils nur die Hälfte der Gesamt-Ausstellung präsentiert werden kann.

Bremerhaven – Freitag, 24. März, 14.30 Uhr, Barlachhaus: Jahreshauptversammlung. Informationen: Wolfgang Paul, Telefon (0471) 86176.

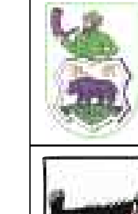


HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69 b, 22459 Hamburg, Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.

Landesgruppe – Donnerstag, 30. März, 14 Uhr, Saal, Haus der Heimat, Teilfeld 8: Delegiertenversammlung der Landesgruppe. Im Anschluss findet die Sitzung des Kulturreferates statt.

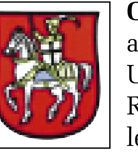
KREISGRUPPEN



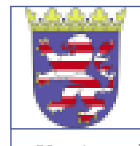
Insterburg, Sensburg – Die Heimatkreisgruppe trifft sich jeden ersten Mittwoch im Monat um 12 Uhr im Hotel Zum Zeppelin, Frohmestraße 123-125. Ein kulturelles Programm mit Bildvorträgen, Gedichten und gemeinsamen Singen erwartet Sie. Gäste sind herzlich willkommen. Kontakt: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69b, 22459 Hamburg, Telefon (040) 587585, Fax: (040) 52678519, e-Mail: manfred-samel@hamburg.de



Königsberg-Stadt – Mittwoch, 15. März, 12.30 (Einlass: 12 Uhr), Café Harmonie, Alsterdorfer Straße 579, Hamburg-Ohlsdorf: Traditionelles Königsberger-Klopse-Essen. Im Laufe des Nachmittages wird Kaffee und Kuchen serviert. Außerdem wird ein kleines Programm ausgearbeitet. Anmeldung bis zum 10. März bei Brigitte Reimer, Telefon (040) 873495 oder Christel Neumann, Telefon (040) 6720489.



Osterode – Sonnabend, 25. März, 14 Uhr, Restaurant Riebling, Fuhlsbütteler Straße 755: Frühlingsfest mit gemeinsamer Kaffeetafel. Mit Liedern und Geschichten soll der herannahende Frühling begrüßt werden. Das Restaurant liegt direkt am Bahnhof Ohlsdorf, Ausgang Fuhlsbütteler Straße.



HESSEN

Vorsitzender: Ulrich Bonk, Stellvertretender Vorsitzender: Gerhard Schröder, Engelmühlenweg 3, 64367 Mühltal, Telefon (06151) 148788

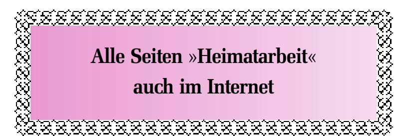
Darmstadt/Dieburg – Mit närrischem Gruß konnten wir am 25. Februar unsere Gäste zum „Preußischen Fasteloawend" willkommen heißen. Bei Kaffee, Kuchen und Kreppel eröffnete Gerhard Schröder und Christian Keller mit kurzen Grußworten den Narrennachmittag. Das Akkordeon-Duo Karin Liedke und Rudi Mohr eröffneten ihren musikalische Reigen als Grußwortunterstützung.

Mit bunten Luftballons und Luftschlangen hatte Gisela Keller die Tische geschmückt, und Waltraud Barth konnte mit den ersten Schneeglöckchen aus Ihrem Garten die Tische verschönern. Gerhard Schröder, Willy Posegga, Siegfried Kugies, Hannelore Neumann, Carla Jaenich sowie Gisela und Christian Keller konnten mit humoristischen Büttenreden alle zum Lachen bringen. Mit der flotten Faschingsmusik unseres Akkordeon-Duos war es ein Leichtes nicht nur mitzusingen, sondern auch ein Tänzchen zu wagen, was erstaunlicherweise auch unsere Ältesten nutzten.

Für alle Anwesenden lagen kostenlose Ausgaben der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* bereit. Mit einem närrischen Text konnte auch Anni Oest unseren Geburtstagskindern alles Gute wünschen. Zum Abschluss unseres Preußischen Fastloawend sangen wir gemeinsam das Ostpreußenlied.

Unsere nächste Zusammenkunft findet am 18. März statt. Hier bitten wir, dass unsere Mitglieder zahlreich an diesem Tref-

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18



Anzeigen

Leben wir, so leben wir dem Herrn;
sterben wir, so sterben wir dem Herrn.
Darum: wir leben oder sterben, so sind wir des Herrn.
Römer 14,8

In stiller Trauer nehmen wir Abschied von meinem geliebten Ehemann, unserem guten Bruder, Schwager, Onkel und Großonkel

Kurt Lorenz

* 13. März 1929 † 10. Februar 2017
Ortelsburg / Ostpr. Flensburg

Ein erfülltes langes Leben ging zu Ende.
Wir sind dankbar, dass wir mit Dir leben durften und wir werden die gemeinsame schöne Zeit sowie die freudigen Momente in Erinnerung behalten.

Ilse Lorenz geb. Rogalla
Lotte Mossakowski geb. Lorenz
Walter Lorenz
Schwager Alfred, Schwägerinnen Anne und Irmgard Rogalla
Nichten und Neffen, Großnichten und Großneffen sowie Angehörige

Die Trauerfeier mit anschließender Urnenbeisetzung findet am Montag, dem 13. März 2017, um 12.00 Uhr von der Versöhnungskirche zu Harrislee, Süderstraße 102 aus statt.

Anstelle von freundlich zugedachten Blumen und Kränzen wird um eine Spende für die Renovierung des Ev. Gemeinde- und Pfarrhauses in Szczytno/Ortelsburg gebeten.
Konto: Ev. Kirchenkreis Recklinghausen, KD Bank Münster, IBAN: DE53 3506 0190 2001 2650 27, Kennwort: Kurt Lorenz, Ortelsburg.

Traueranschrift: Familie Klaus Lorenz, Undinenstraße 31, 40591 Düsseldorf




Ostpreußen,
meine Seele nimmer
von dir weichen wird!

Auf einmal bist du nicht mehr da,
und keiner kann's verstehen.
Im Herzen bleibst du uns ganz nah,
bei jedem Schritt, den wir nun gehen.
Nun ruhe sanft und geh´ in Frieden,
denk immer dran, dass wir dich lieben.

Nach einem Leben voller Liebe und Fürsorge für uns - wobei die „Preußischen Tugenden" nie vergessen wurden - verstarb mein lieber Mann, unser lieber Papili, unser lieber Opi sowie Onkel, Cousin und Freund

Kurt Gustav Arndt

Polizeihauptkommissar a.D.

*24. Januar 1931 †24. Februar 2017
Gedwangen Lüneburg
Krs. Neidenburg/Ostpreußen

Wir sind sehr traurig
Deine Ellen
Ulrike und Manfred
Sarah und Ralf
Philipp und Mirjam
sowie alle Verwandten und Freunde

Bad Bevensen, Im Ilmenautal 1

Anstatt Blumen und Kränze erbitten wir eine Spende an das „Ostpreußische Landesmuseum in Lüneburg", Kennwort: Kurt Gustav Arndt
Sparkasse Lüneburg – IBAN: DE10 2405 0110 0000 0780 06

Die Trauerfeier fand am Freitag, dem 03. März 2017, um 15.00 Uhr in der Friedhofskapelle Bad Bevensen statt.

Die spätere Urnenbeisetzung erfolgt im engsten Familienkreis.

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 17

fen teilnehmen. An diesem Tag findet turnusgemäß im zwei Jahresrhythmus die Hauptversammlung und Vorstandswahl statt. Im Anschluss an die Wahl zeigen wir noch einen Film über Ostpreußen „Land, Leute und ihre Verhältnisse – 1913 bis 1945“.

Wetzlar – Montag, 13. März, 18.30 Uhr, Restaurant „Grillstuben“, Stoppelberger Hohl 128: „Was Essen zum Genuss macht“ ist das Thema beim Treffen der Kreisgruppe. Dazu spricht die Kulturbeauftragte der ost- und westpreußischen Landsmannschaft in Hessen, Karla Weyland. Zum Programm gehört auch ein Grützwurstessen, das es gegen Vorbestellung gibt. Kontakt: Kuno Kutz, Telefon (06441) 770559.

Wiesbaden – Dienstag, 14. März, 14.30 Uhr, Wappensaal. Haus der Heimat, Friedrichstraße 35: Treffen der Frauengruppe zum Thema „Das Märchen von den deutschen Flüssen“. Gäste sind herzlich willkommen. – Sonnabend, 18. März, 15 Uhr, Großer Saal, Haus der Heimat, Friedrichstraße 35: „Königsberg in neuem Gewand“ – Bildervortrag von Dieter Schetat über die Veränderungen in Ostpreußens früherer Hauptstadt. Außerdem auf dem Programm; die Orte Labiau, Tapiau, Rauschen, Palmnicken und die „Alte Deutsche Schule Waldwinkel“ im gleichnamigen Dorf nordöstlich von Labiau.



MECKLENBURG-VORPOMMERN

Vorsitzender: Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7 a, 17389 Anklam, Telefon (03971) 245688.

Landesgruppe – Sonnabend, 11. März, 10 bis 17 Uhr, Mehrzweckhalle „Volkshaus“, Baustraße 48-49, Anklam: großes Frühlingstreffen. Es ist der Auftakt zum Jubiläumsjahr. Die Landesgruppe der Ostpreußen in Mecklenburg-Vorpommern feiert 2017 ihr 25-jähriges Bestehen. Dazu sind alle Landsleute von nah und fern mit Angehörigen und Interessenten herzlich eingeladen. Eigens zu diesem Anlass reißt auch russische Kant-Chor Gumbinnen aus dem Königsberger Gebiet an. Musikalisch wird das Heimattreffen zudem von der Blaskapelle Redefin schwungvoll und festlich umrahmt. Am Nachmittag tritt das Mecklenburg-Pommeraner Folkore-Ensemble Ribnitz-Damgarten mit echten ostpreußischen Volkstänzen auf. Wie immer ist für Königsberger Klopse, Kaffee, Kuchen, Bärenfang, Heimatbücher, Landkarten und genügend Parkplätze gesorgt. Erwartet werden 600 Besucher.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Landesgruppe – Die diesjährige Frühjahrs-Delegierten-, Kultur- und Frauentagung der Landesgruppe findet am 18. März 2017 wieder in Oberhausen statt. Beginn: 10 Uhr. Der Vorstand bittet um zahlreiches Erscheinen. Wahlen stehen an! Wir haben wieder ein interessantes Programm zusammengestellt.

Bielefeld – Donnerstag, 23. März, 15 Uhr, 2. Stock, Geschäftsstelle, Wilhelmstraße 1b, 33602 Bielefeld: Jahreshauptversammlung.

Bonn – Dienstag, 21. März, 14 Uhr, Nachbarschaftszentrum Brüser Berg. Fahrenheitstraße 49: Treffen des Frauenkreises.

Dortmund – Montag, 20. März, 14:30 Uhr, Heimatstube, Landgrafenstraße 1-3 (Eingang Märkische Straße): Die LO-Kreisgruppe trifft sich zur monatlichen Zusammenkunft.

Düsseldorf – Jeden Mittwoch, 18.30 Uhr, Eichendorffsaal, Gerhart-Hauptmann-Haus (GHH), Bismarckstraße 90: Probe der Düsseldorfer Chorgemeinschaft Ostpreußen-Westpreußen-Sudetenland unter der Leitung von Radostina Hristova. – Freitag, 10. März, 18 Uhr, Restaurant Lauren's, Bismarckstraße 62: Stammtisch. – Donnerstag, 16. März, 19.30 Uhr, Raum 412, GHH: Offenes Singen mit Marion Cals. – Donnerstag, 23. März, 19 Uhr, GHH: „Paukenschlag am Palmsonntag“ – Vortrag von Professor Karl-Josef Hummel über die Enzyklika „Mit brennender Sorge“ von Pabst Pius XI vor 80 Jahren – Sonnabend, 25. März, 8.30 Uhr bis 18 Uhr: Besuch der Sonderausstellung „Luther 1917 bis heute“ im Kloster Dalheim.

Essen – Freitag, 17. März, 15 Uhr: Gemeinsames Treffen.

Gütersloh – Der Ostpreußische Singkreis trifft sich in unregelmäßigen Abständen montags von 15 bis 17 Uhr in der Elly-Heuss-Knapp-Realschule, Moltkestraße 13. Neue „Drosseln“ sind immer willkommen. Kontakt: Renate Thamm, Telefon (05241) 40422.

Lippe – Mittwoch, 15. März, Kleiner Festsaal, Stadthalle Detmold: Frühjahrsveranstaltung.

Neuss – Jeder zweite Mittwoch im Monat, 15 bis 18 Uhr, Ostdeutsche Heimatstube, Oberstraße 17: Treffen der Frauengruppe. – Ostdeutsche Heimatstube in Neuss, Oberstraße 17: Die Heimatstube ist in der Regel am ersten und letzten Donnerstag im Monat von 15 bis 18 Uhr geöffnet.

Wesel – Am 19. Februar führte die Kreisgruppe ihre Jahreshauptversammlung durch. Der Erste Vorsitzende Paul Sobotta hieß eine stattliche Zahl von Landsleuten willkommen. Der Tagesordnung folgend wurde zunächst der Jahresbericht 2016 vorgetragen. Es folgte die Totenehrung, dann der Finanzbericht der Schatzmeisterin. Der Bericht der Kassenprüfer verlief ohne Beanstandung. Schatzmeisterin und Vorstand wurden entlastet.

Nach dem Kaffeetrinken begann die Neuwahl des Vorstandes. Für weitere zwei Jahre zählen dazu: Paul Sobotta, Erster Vorsitzender, Schriftführer und Kulturreferent, Irma Laukmichel, stellvertretende Vorsitzende, Christa Elias, Erste Schatzmeisterin, Manfred Rohde, stellvertretender Schatzmeister und stellvertretender Schriftführer. Zu Beisitzern wurden gewählt Edith Nischik, Hans Laukmichel und H. J. Wilm. Frauengruppenleiterin ist Lise-Lotte Malle. Kassenprüfer sind Gertrud Zuch und Sigrid Marenberg.

In seinem Schlusswort dankte Sobotta für das entgegengebrachte Vertrauen und versprach das Veranstaltungsprogramm mit seinen vielfältigen Themen zu west- und ostpreußischen Kultur, zu Geschichte und Brauchtum weiterzuführen. „Damit die Glut nicht erlischt.“

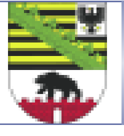
Witten – Montag, 20. März, 15 Uhr, Evangelisch-Lutherische Kreuzgemeinde Witten, Lutherstraße 6–10: Martin Luther und sein Wirken. Außerdem ist der Film „Thüringen von oben“ zu sehen,



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Mainz – Sonnabend, 11. März. 15 Uhr, Mundus Residenz, Große Bleiche 44: „Ostpreußens Küste“ – Filmvorführung. Jeden Freitag, 13 Uhr, Café Oase, Schönbornstraße 16: Gelegenheit zum Kartenspielen.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Michael Gründling, Große Bauhausstraße 1, 06108 Halle, Telefon privat (0345) 2080680.

Magdeburg – Freitag, 10. März, 16 Uhr, TuS Fortschritt, Zielitzer Straße: Singekreis. – Sonntag, 12. März, 14 Uhr, Sportgaststätte Post, Spielhagenstraße: Treffen zum Thema „Viel Arbeit in der Heimat, nicht nur auf dem Lande“. – Dienstag, 14. März, 13 Uhr, Immermannstraße: Treffen der Stickerchen.

Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Telefon (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Burg – Dienstag, 14. März, 15 Uhr, Haus am Stadtpark: Der Uhrmachermeister Thomas Pohl aus Wulfen spricht über sein filigranes Handwerk. Gäste sind herzlich willkommen.

Flensburg – Mittwoch 15. März, 15 Uhr, TSB-Heim: Kaffeetafel im TSB-Heim mit anschließender Jahreshauptversammlung der Vereinigten Landsmannschaften Flensburg. Die Einladung folgt per Verteiler und Post. Anmeldung bitte stets eine Woche zuvor an Hannelore und Winfried Brandes, Telefon (0461) 74816. – Mittwoch, 29. März, 15 Uhr, AWO-Stadtteilcafe: Kaffeetafel mit Gesprächen über Heimat und Herkunft unter dem Motto „Meine Vorfahren stammen aus Osterode und Mohrungen und Ihre?“

Mölln – Mittwoch, 22. März, 15 Uhr, Quellenhof: Monatliche Zusammenkunft. „Bernstein, Goldenes Fenster zur Vorzeit“, lautet das Thema der Versammlung. Der Erste Vorsitzende, Carsten Gröhn, vom Arbeitskreis Bernstein, Verein zur Förderung des Geologisch-Paläontologischen Museums der Universität Hamburg wird darüber berichten. Schriftführer Joachim Oelers: „Wir freuen uns auf einen spannenden und interessanten Vortrag.

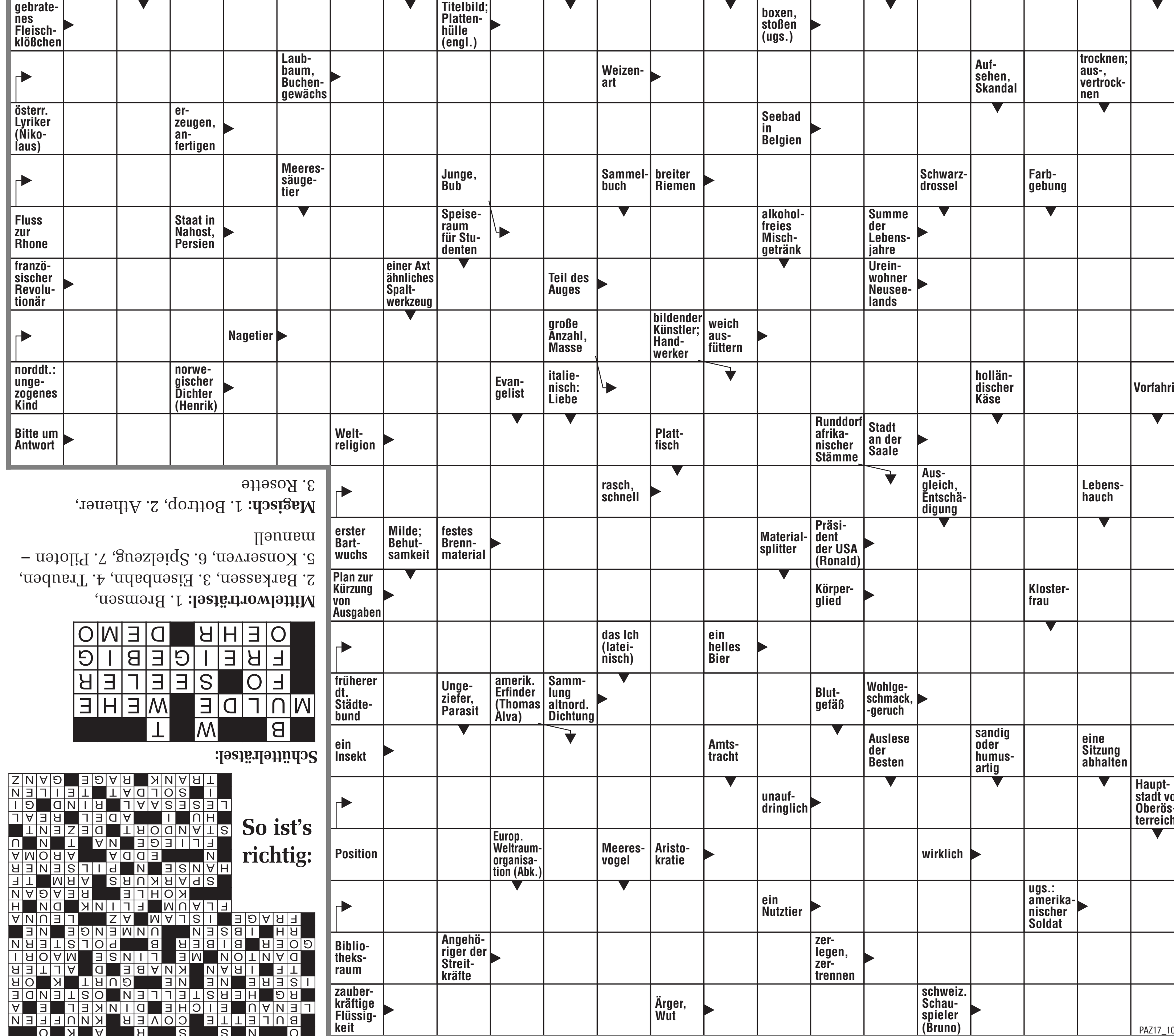
Neumünster – „Unser 70-jähriges Jubiläum – ein Gedenken, eine Erinnerung, eine Rückschau“ – Das war das Motto der Veranstaltung im großen Rahmen am 4. Februar in der Stadthalle in Neumünster.

Die erste Vorsitzende Brigitte Profé nutzte unter anderen zwei Mitgliedskarten aus dem Jahre 1947 um mit dem „kleinen“ Vorstand ein abwechslungsreiches Programm zu gestalten. Erfreulich auch, dass alle geladenen Gäste – Landesvorstand, Vorstände der einzelnen Landsmannschaften, viele Mitglieder und Gäste unserer Einladung gefolgt waren. Wolf-Werner Haake, der stellvertretende Stadtpräsident der Stadt Neumünster, nahm die Feierstunde zum Anlass zu erwähnen, dass durch Krieg, Flucht und Vertreibung ein Viertel der West- und Ostpreußen ihr Leben verloren, Viele sind bis heute verschollen. Die Überlebenden haben in der Landsmannschaft nicht nur die Vergangenheit in lebendiger Erinnerung gehalten, sondern auch kontinuierlich einen wichtigen Beitrag zur Verständigung geleistet. Dieser gute Weg solle fortgesetzt werden.

In ihrer Festrede berichtete die Vorsitzende Brigitte Profé, dass sich die Ostpreußen erstmals 1947 auf örtlicher Ebene zu organisieren begannen. Mühsam war der Anfang: Was gab es für Schreibarbeiten! Alles Handarbeit! Keine Schreibmaschine, Schreibpapier war knapp, kaum Stifte zu bekommen, Stromsperre, beengte Wohnverhältnisse, Lagerbau zum Beispiel in der Ehndorfer Straße. Lebensmittelkarten, alles war knapp oder nicht zu bekommen. Die Währungsreform gab es noch nicht. Es mussten viele Landsleute betreut werden. Die Not war groß. Anträge schreiben, Behördengänge erledigen – nicht alle waren aktenkundig.

Monatliche Veranstaltungen fanden in verschiedenen Lokalen statt. Das Königberger Fleckessen wurde Tradition. Mit 70 Teilnehmern und mehr – mit Tanz – man hatte Nachholbedarf! Mitgliederfrauen zeigten den Holsteiner Köchen in Haase's Hotel, wie man Kuddelfleck kocht! Topf und Tiegel wurden für die Reste mitgenommen. Im Hansa-Haus wurde den Ostpreußen ein Lokalwechsel empfohlen, es wurde zu wenig verzehrt! Ja, der Dittchen wurde 10 mal umgedreht, bevor man ihn ausgab. Und doch – es wurden Ausflüge unternommen. Die Geselligkeit gepflegt – man hatte sich

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 19



Schüttelrätsel

In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

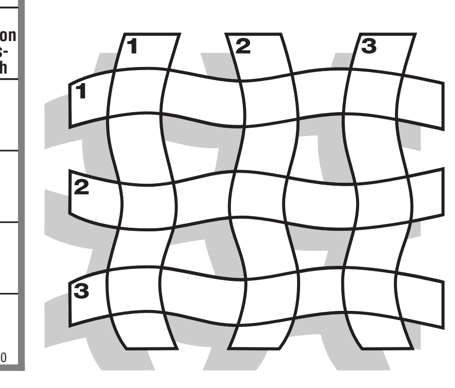
BFFOU		ELOR	EIRSW		DEETW		BEEL	EHIM	EGOR
					EEHW				
DELMU			EEELRS						
BEEFGGIIR									
EHOR					DEMO				

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich in Pfeilrichtung ein anderes Wort für „von Hand gefertigt“.

1	NOT		STICH
2	HAFEN		FAHRT
3	HOLZ		GLEIS
4	WEIN		MOST
5	OBST		DOSE
6	HOLZ		GESCHAEFT
7	TEST		SCHEIN

Magisch



Schreiben Sie waagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

1 Stadt nordwestlich von Essen
2 Einwohner der griechischen Hauptstadt
3 Schmuckform, Ornamentmotiv

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 18

viel zu erzählen – von Zuhause – damals – weißt du noch?
Die Besatzungsmächte unterbanden zunächst jegliche Vereinigung von Deutschen, die im Osten ihre Heimat verloren hatten. Erst nach der Aufhebung des Versammlungsverbotes am 3. Oktober 1948 konnte in Hamburg die Landsmannschaft Ostpreußen gegründet werden. Unterdessen ging das Drama in der Heimat weiter: Die Flüchtlinge erreichten meistens ihr Ziel den Westen, während die Vertriebenen es nicht mehr schafften, aus dem Osten herauszukommen und unsägliches Leid erdulden mussten. Den weitesten Weg hatten wir Ostpreußen! Die, die angekommen waren, sahen ihre Ersatzheimat Schleswig-Holstein im Westen anfangs als Übergangslösung. Viele hofften auf eine Rückkehr in die alte Heimat.

Brigitte Profé: „Wenn unsere Gruppe in diesem Jahr seiner Gründung vor 70 Jahren gedenkt, so hat Schleswig-Holstein den Weg Hunderttausender Neubürger viele Jahre unterstützt. Es muss dem Land und der Stadt Neumünster gedankt werden.“

Auch auf die Zukunft ging die Rednerin ein und erklärte: „Aus welchen Gründen auch immer die Mitgliederzahlen schrumpfen, wir behalten unsere Eigenständigkeit und werden auch weiter präsent sein, stark bleiben, – denn wir sind Ostpreußen! Wir hoffen und sind uns ganz sicher, dass in unserer Landsmannschaft noch lange pulsierendes Leben herrscht, denn was unsere Gründer mühsam aufgebaut haben, können wir nicht einfach aufgeben.“

Gedichte mit heimatlichem Inhalt, die ans Herz gingen, rundeten die Jubiläumsfeier ab. Das Mandolinenorchester Einfeld unter der Leitung von Joachim Burlich begleitete musikalisch das dreistündige Programm. Alle waren sich einig, dass es eine erfolgreiche und würdevolle Veranstaltung war, die lange in Erinnerung bleiben wird.

Brigitte Profé

Uetersen – Freitag, 10. März, 15 bis 17 Uhr, Haus Ueterst End, Kirchenstraße 7: „Wenn es alleine nicht mehr geht“ – Sven Brüggemann, Leiter des Seniorenheimes „Haus am See“ stellt seine Einrichtung vor.

Eine Frau von hoher Gesinnung

Erinnerungen an Elisabeth Dreischhoff geborene Burggräfin und Gräfin zu Dohna (1925–2016)

Elisabeth Dreischhoff wurde am 28. Dezember 1925 in Schlodien, Kreis Preußisch-Holland in Ostpreußen geboren. Ihre Eltern waren der Fideikommissherr Konrad Burggraf und Graf zu Dohna auf Schlodien (1872–1936) und dessen Gemahlin Eleonore (Lenor) geborene Gräfin zu Eulenburg aus dem Hause Prassen (1887-1961). Sie war das dritte von vier Kindern. In dem Anfang des 18. Jahrhunderts erbauten großartigen Barockschloss in Schlodien wuchs sie sehr behütet und naturnah zusammen mit ihren Geschwistern Christoph (1922–1944), Euphemia (1924–2008) und Carl Emanuel (1927–1945) auf. Schloss und Schlosspark waren der Tummel- und Erlebnisplatz ihrer Kindheitstage.

Nach Unterrichtung durch Hauslehrer und dem frühen Tod des Vaters (1936) besuchte sie zunächst für zwei Jahre vom 15. April 1940 bis zum 20. März 1942 die Stiftsschule im Kloster Heiligengrabe in der Prignitz, wo sie auch eingesegnet wurde und „Lieschen“ hieß. Hier wurde sie aus der 6. Klasse (Selekta), der Vorbereitungsklasse für weiterführende höhere Schulen, im März 1942 entlassen. Bis Sommer 1944 besuchte sie dann das Kaiserin-Augusta-Stift am Neuen Garten in Potsdam, ein 1872 von der Kaiserin ins Leben gerufenes vornehmes Erziehungsinstitut, das bis 1945 bestanden hat. Von hier aus wurde sie im Sommer 1944 mit ihrer Klasse zu einem Arbeitskommando eingesetzt, bei dem die Mädels für zwei Berliner Jungenschulen, die im Warthegau zum Schippen eingesetzt waren, kochten. In Potsdam erhielt sie noch ihr Kriegsabitur und kam erst Weihnachten 1944 zurück nach Schlodien, wo sie am 21. Januar 1945 zusammen mit ihrer Familie – der älteste Bruder fiel 1943, der jüngere Bruder stand ab 6. Januar 1945 im Felde und fiel – die Flucht nach Westen antrat. Am 25. Juli 1945 fanden sie in Valar beim Fürsten Salm dauerhaftes Obdach.

Elisabeth und ihre Schwester Euphemia (Fee) gingen von Valar aus nach Münster ins Diakonissenhaus, wo die Schwester eine Stelle in der Wirtschaft bekam und Elisabeth eine in der Haushaltungsschule des Hauses. Den weiteren beruflichen Werdegang ihrer Töchter schilderte die Mutter später in ihrem Bericht über Flucht und Neuanfang. „Elisabeth lernte Gärtnerei in Münster in einer Handelsgärtnerei. Die Lust dazu hatte sie durch die Gartenarbeit im Diakonissenhaus bei Fräulein Faber bekommen. Nach zwei Jahren machte Elisabeth die Gesellenprüfung, war dann ein Jahr in Gütersloh in einer Staudengärtnerei, dann eineinhalb Jahre in der Obstplantage von Herrn von Olfers in Haus Runde.“



Kindheit im Barockschloss: Schlodien von der Gartenseite her gesehen. Der Park war ihr Tummel- und Erlebnisplatz *Bild: privat*



Behütet und naturnah: Elisabeth um das Jahr 1938 herum
Rechts: In späteren Jahren mit Ehemann Wilhelm Dreischhoff *Bilder (2): privat*

Nach verschiedenen beruflichen Stationen unter anderem in Zürich fand Elisabeth zu Dohna eine Anstellung als Landschaftsarchitektin bei der Stadt Dortmund. Hier lernte sie ihren späteren Ehemann, Wilhelm Dreischhoff (Jahrgang 1932), kennen. Er arbeitete seit 1958 als Garten- und Landschaftsarchitekt bei der Stadt Gelsenkirchen und war von 1986 bis zu seiner Pensionierung 1994 Leitender Städtischer Gartenbaudirektor von Gelsenkirchen. 1971 heiratete das Paar in Dortmund und bezog damals in Recklinghausen „ein nettes altes Haus mit Garten“, wo das Ehepaar bis Dezember 2016 seinen Lebensmittelpunkt hatte.

Ich lernte Elisabeth Dreischhoff zuerst 2008 kennen, als ich mitten in meinen Forschungen über die Geschichte des Schlosses Schlodien steckte und mir mein Freund Dr. Wulf Wagner den Kontakt vermittelt hat, da er selbst schon viele Jahre mit ihr wegen der Baugeschichte von Schlodien brieflich und telefonisch in Verbindung stand. Ich bearbeitete damals aus eigenem Antrieb die beiden alten gedruckten Chronik-Manuskripte von Schlodien und Carwinden und versah die Texte mit Anmerkungen und vielen Ergänzungen und wollte die Chroniken bis 1945 fortführen.

> Eine angestrengte, sehr erfolgreiche Zusammenarbeit

Lange Fragekataloge habe ich an Elisabeth Dreischhoff gesandt und nach allem möglichen gefragt, was mit dem Schloss, seiner Ausstattung und seiner Nutzung als Wohnsitz bis 1945 im Zusammenhang stand. So wuchs sich die Arbeit zu einem dicken Manuskript aus und eines Tages fragte mich Elisabeth Dreischhoff, der ich die Texte immer wieder zur Korrektur zusandte, ob ich daraus nicht ein richtiges Buch machen möchte. Das war die Geburtsstunde für unser 2014 endlich fertiggestelltes umfassendes Werk über die Geschichte von Schlodien und Carwinden. Elisabeth Dreischhoff war begeistert und sagte die Finanzierung des Buches zu. So begann eine angestrengte, langwierige und am Ende sehr erfolgreiche Zusammenarbeit an dem großen Erinnerungswerk über das Elternhaus von Elisabeth Dreischhoff in Ostpreußen.

Zur festlichen Buchpräsentation im Schloss Schönhausen in Berlin im Februar 2014 luden wir das Ehepaar Dreischhoff für drei Tage nach Berlin ein und lernten uns nun endlich auch persönlich kennen. Es waren unvergessliche Tage. Wir unternahmen zu dritt einen Ausflug in die Potsdamer Kulturlandschaft und besahen uns bei ausgedehnten Spaziergängen Schloss Paretz, Schloss Cecilienhof und vor allem den Neuen Garten am Heiligen See. Hier besichtigten wir schließlich noch das alte Kaiserin-Augusta-Stift, das vorzüglich erhalten ist und heute private Mietwohnungen beherbergt. In einem Brief an mich schrieb Elisabeth Dreischhoff kurz darauf unter anderem: „Besonders schön war für mich das Wiedersehen mit Potsdam, und wir durften sogar im ‚Stift‘ durch den Haupteingang gehen! Was man früher als ‚Frau Oberins folgsames Stiftskind‘ nicht durfte. Und der Neue Garten, unsere frühere Spielwiese, war so schön wie immer.“

Ich habe Elisabeth Dreischhoff als außerordentlich bescheidene, herzliche und überaus gutmütige Frau von hoher Gesinnung kennengelernt. Sie war frei von jeglichem Standesdünkel, was sie besonders sympathisch machte. Im Mittelpunkt zu stehen, war nicht ihr Naturell und daher sah sie selbst bei der Buchvorstellung von einer eigenen kleinen Ansprache im dicht gefüllten Festsaal des Schlosses ab. Für das Schlodien-Buch konnte ich sie immerhin doch überreden, einen eigenen kleinen Aufsatz beizusteuern, und zwar die Schilderung eines Rundgangs durch den Schlosspark, die sie im Oktober 2010 niederschrieb. Auch darin kommt ihre Naturverbundenheit und ihre Liebe zu Landschaft, Garten und Bäumen überaus deutlich zum Ausdruck.

Schlodien – ihre ostpreußische Heimat – hat sie nie vergessen, aber auch nach 1945 nie wieder besucht. Die Vollendung der Monographie 2014 über die zerstörten Häuser ihrer Kindheit ist das wichtigste Vermächtnis, das uns Elisabeth Dreischhoff hinterlassen hat. Die Erinnerung an das alte untergegangene Schlodien wachzuhalten, war stets ihr Anliegen. So kam es auch, dass sie gemeinsam mit ihrem Mann 1975 den bekannten holländischen Vedutenmaler Anco Wigboldus damit beauftragte, die berühmte Vogelschau auf Schloss und Park Schlodien zu malen, die bis heute – vielfach publiziert – unser Bild dieses alten ostpreußischen Kleinodes prägt und immer wieder inspiriert.

Torsten Foelsch

Ein Meister flotter Sprüche

Zu: AfD vor Schicksalsfrage (Nr. 7) und Quälgeist von rechts (Nr. 7)

Die AfD kann nur an sich selbst scheitern, das ist die Aussage des Ex-Vorsitzenden Prof. Lucke. In der Tat, diese Feststellung ist nach wie vor akut. Mit Enttäuschung und Unverständnis muss man dann zur Kenntnis nehmen, dass in den Chefetagen dieser Partei Hauen und Stechen an der Tagesordnung sind. In nahezu allen Landesverbänden rumort es. In der AfD tummeln sich offensichtlich Leute, die nichts dazu gelernt haben oder dieses nicht wollen.

Flotte Sprüche mit mangelnder Abgrenzung zum Gedankengut der Ära der jüngsten Geschichte unseres Landes kommen immer wieder an die Öffentlichkeit. Es ist offensichtlich das Schicksal aller sich rechts von der Mitte gegründeten Parteien, hier letztlich zu scheitern. Ein Meister flotter Sprüche ist da der von Harald Tews zitierte „Quälgeist von rechts“, Björn Höcke. Dieser sollte tunlichst aufpassen, nicht seinen Beamtenstatus zu verlieren. Ansonsten landet er mit seiner Familie (vier Kinder) bei dem Auffangbecken Hartz IV.

Bernd Dauskardt

Das hat nichts mit Fußball zu tun

Zu: Fans verhöhnen Dresdner Opfer (Nr. 7)

Es ist ja schon schlimm, mit welcher Brutalität und Verachtung die Spieler untereinander oft auf dem Spielfeld (oder sollte eher von einer Kampfsportarena gesprochen werden) umgehen. Dann gibt es anschließend eine so dahin gesprochene Entschuldigung. Nur reicht das? Sicher nicht. Es reicht auch nicht einen Spieler für ein oder zwei Spiele zu sperren, ihm eine 10000-Euro-Strafe aufzudrücken oder dem Verein für ein Spiel oder mehrere Spiele die Tribüne x oder y zu sperren. Vereine und Spieler werden nicht ausreichend bestraft. Vielen Vereinen und Spielern bereiten solche Strafen nicht wirklich Schmerzen.

Das hat ja vielleicht noch im weitesten Sinne etwas mit dem Fußball zu tun. Aber das, was da beim Spiel zwischen dem FC St. Pauli und Dynamo Dresden geschehen ist oder so ähnlich auch schon an anderer Stelle hat nichts mit Fußball zu tun. Diese Menschen suchen lediglich eine Plattform für Meinungsäußerungen. Für eine andere Vorgehensweise sind sie offensichtlich nicht in der Lage. Es gab eine „platte“ Entschuldigung des FC St. Pauli. Dann hat der Verein ja noch von „Opfermythos“ gesprochen. Der Verein sollte sich auf Fußball konzentrieren und nicht auf solche Wortschöpfungen. Bemerkenswert ist übrigens, dass auch hier wieder Linksextreme beteiligt waren.

Heinz Peter Kröske

Es geht um Macht

Zu den Leserbriefen: Viele Alternativen (Nr. 4) und Dumm und arm halten (Nr. 4)

Der Autor des Leserbriefs „Viele Alternativen“ billigt Kanzlerin Merkel ein „glaubwürdiges Mitleid“ mit der Not von Flüchtlingen zu, das die sonst „intelligente“ Frau bei Entscheidungen behindert habe. Ich glaube, er liegt in beiden Punkten falsch, wie es Professorin Gertrud Höhler gut beschrieben hat und Ereignisse wie die Berliner Blutweihnacht deutlich erkennen ließen. Es geht, wie es darüber im Leserbrief „Dumm und arm halten“ völlig richtig erkannt wird, um Ausübung von Macht. Alles andere ist Mittel zu diesem Zweck.

Herward Eylers

Frei nach Schiller

Zu: Aufgeregte Rhetorik (Nr. 6)

Schiller hatte im „Lied von der Glocke“ gereimt: „Gefährlich ist's den Leu zu wecken, / Verderblich ist des Tigers Zahn, / Jedoch der schrecklichste der Schrecken, / Das ist der Mensch in seinem Wahn.“ Der erste Vers kann auch beginnen mit den Worten: „Gefährlich ist's am Leim zu lecken!“ Ein Mensch, der glaubt, dass ein Staat existieren kann, der seine Grenzen, seine Kultur, seine Patente nicht sichern kann, der muss in einem Wahn leben und bleibt kleben in seinem Denken. Wer seinen gesunden Menschenverstand noch behalten hat, kann solche Politik nicht gutheißen.

Ernst Reiner Langenfeld

Tiefer hängen und nicht über jedes Söckchen springen

Zu: Problemfall (Nr. 9)

Gauland und Meuthen halten die jetzt vom Bundesvorstand der AfD eingeleitete juristische Auseinandersetzung mit Höcke für einen Irrweg. Zum einen, weil sie nur geringe Aussichten auf Erfolg hat und sich quälend lange hinziehen würde. Zum anderen sind die Vorwürfe gegen den Thüringer Landesvorsitzenden originär politischer Natur und sollten somit auch auf dem politischen Feld angegangen werden. Das Ausschlussbegehren scheint eher einem innerparteilichen Machtkamp geschuldet zu sein als einer inhaltlichen Auseinandersetzung. Es ist von moralischen Kriterien gesteuert und erfolgte unter dem Einfluss stets negativ urteilender Medien, deren Dauerbeschuss die Partei und besonders deren Führungsetage nachhaltig nervt.

Politik muss aber immer kühl abwägen. Obendrein sollte die Partei allen Querelen zum Trotz nicht ihre politischen Ziele, wegen der sie gegründet wurde und die sie immer wieder stark in den Vordergrund rücken sollte, aus den Augen verlieren: Wiederherstellung konsequenter Rechtsstaatlichkeit, Eurokorrektur, grundlegende Reform der EU, Immigrationsproblem. Die vergangenen Monate haben gezeigt, dass mit den steigenden Umfragewerten auch der Einfluss der AfD auf die politische Entwicklung steigt, obwohl sie keine Regierungsgewalt besitzt.

Dieses Trara um die Ungeschicklichkeiten Höckes schadet der AfD auf zweierlei Weise. Öffentlich ausgetragene Unstimmigkeiten der Parteiführung verunsichern die Wähler, setzen Zweifel an ihrer politischen Kompetenz und ziehen Umfrageverluste nach sich. Darüber hinaus läuft die Partei Gefahr, durch eine Desavouierung eines führenden Exponenten der nationalliberal gesinnten Anhänger der Partei derartig an Zustimmung zu verlieren, dass zweistellige Werte nicht mehr erreicht werden können. Wo bleiben dann die wichtigen politischen Ziele der Partei?

Was ist zu tun? Das Thema tiefer hängen, ruhen lassen und in Interviews nicht über jedes Medienstöckchen springen.

Dieter Dziobaka



An der Frage, wie die Alternative für Deutschland mit ihm umgehen soll, scheiden sich die Geister: Der Co-Sprecher ihres Thüringer Landesverbandes und Vorsitzende ihrer Fraktion im thüringischen Landtag, Björn Höcke

Bild: Olaf Kosinsky

»Es ist immer Zeit für einen neuen Anfang«

Zu: „Offensichtlich abgetaucht“ (Nr. 8) und Rot-Rot-Grün gegen jüdisches Erbe (Nr. 8)

Der Ausverkauf unseres Landes geht also auch im Jahr 2017 munter weiter. Solange sich die Bundesregierung der Realität verweigert und weder Staatsgrenzen sichern will noch durch Festlegung einer Obergrenze diese illegale Masseneinwanderung in unsere Sozialsysteme stoppt, wird sich nichts ändern. Da überzeugen auch keine im Bundestag beschlossenen Maßnahmen, wenn sie dann im Bundesrat von den rot-grün regierten Bundesländern wieder gekippt werden. Auch die vollmundig vom Kanzlerkandidaten der SPD versprochenen „Wohltaten“ werden sich bei diesem Asylchaos in Luft auflösen. Das vom deutschen Steuerzahler erarbeitete Geld kann nur einmal ausgeben werden. Die SPD hat die von CDU und Kanzlerin Merkel betriebene unverantwortliche Asylpolitik mitgetragen. Sollte sie bei der im September anstehenden Bundestagswahl Erfolg haben und Regierungsverantwortung mit den Grünen übernehmen, werden politische Vernunft und Demokratie gänzlich auf der Strecke bleiben. Denn auf dem linken Auge ist man in diesem Land doch schon lange blind. Linksradikale Gewalt wird gerne als aufgebauschtes Problem gesehen und deren Gruppierungen werden mit unseren Steuergeldern finanziert, wenn sie sich nur ordentlich dem „Kampf gegen Rechts“ widmen. Solange der politische Gegner das Ziel ist, hat doch bisher jede der im Bundestag vertretenen Parteien weggesehen. So kann man eine Demokratie zur Meinungsdiktatur umbauen und das Volk durch eine fehlgeleitete Politik zur „zahlenden Minderheit“ im eigenen Land werden.

Um es mit Konrad Adenauer zu sagen: „Es ist immer Zeit für einen neuen Anfang.“ Wir brauchen in den Landtagen und im Bundestag eine starke Opposition. Wählt diese Heuchler und ihre Schrottpolitik ab!

Barbara Kanwischer

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Frühlingserwachen im Süden Europas

Während bei uns noch alles grau in grau ist, erwartet uns in anderen Ländern bereits eine Blütenpracht

Zum Glück lässt der Lenz nicht überall so lange auf sich warten wie in Deutschland. Wir haben vier nicht ganz so ferne Ferienziele mit Blütengarantie zusammengestellt.


Kommt bei uns erst Wochen später: Mandelblüte, hier vor mediterraner Kulisse Bild: Guballa

Zypern: Mythen und Blüten. Eifersucht kann ja manchmal erstaunliche Blüten treiben. In der Mythologie gar wörtlich: Auf Zypern zum Beispiel, wo sich einst Adonis in Aphrodite verliebte, was Ares, Aphrodites Geliebten, veranlasste, den Nebenbuhler zu töten. Aus dem Blut des Schönlings sollen dann die roten Anemonen entstanden sein. Die weißen wiederum aus den Tränen der Liebesgöttin. So steht es in Ovids „Metamorphosen“. Doch nicht nur aufgrund von Mythen wie diesen ist die Flora Zyperns berühmt. Mit 340 Sonnentagen und gut 20 Grad Lufttemperatur in den Wintermonaten bietet die Insel beste klimatische Voraussetzungen für eine beeindruckende Artenvielfalt. Über 1800 Wildpflanzen wachsen auf der „Insel der Götter“, darunter 45 verschiedene Orchideen. Schon im Januar sprießen die Vorboten und sorgen für erste Frühlingsgefühle. Von Februar bis Mai blühen dann Mandeln und Kirschen, Chrysanthemen, Narzissen, Krokusse, Pfingstrosen, Alpenveilchen und natürlich die legendären Anemonen. Die Inselbewohner haben sich ihre Pflanzenpracht auch seit jeher zu Nutze gemacht. So verwenden sie seit dem Altertum das Harz der Zistrosen als Heilmittel in Salben und Tinkturen – noch vor gut hundert Jahren übrigens gewonnen aus den Bärten der Ziegen, wo das Harz kleben blieb, während die Tiere an den Blüten zupften. Informationen gibt es unter: www.visitcyprus.com.

Andalusien: ein erster Hauch von Frühling. In den Alpujarras, einem hügeligen Gebiet im Herzen Andalusiens zwischen der Sierra Nevada und der Mittelmeerküste, ist es an den schönen Tagen jetzt bereits über 20 Grad warm. An den schlechten zeigt das Thermometer zehn bis 15 Grad an, nur noch selten regnet es. Die Eisdielen haben jedenfalls längst geöffnet. Und da es bis April noch kaum Touristen in der Gegend gibt, sitzen fast nur Andalusier mit hochgekrempelten Ärmeln in den Straßencafés, um Tapas zu essen und dazu eine „cervecita“ zu trinken, ein Bierchen. Genau jetzt ist die perfekte Zeit, um fernab der quirligen Städte die einsamen „sierras“ mit dem Mietwagen zu erkunden. Die Preise der Autovermietungen sind in den ersten Monaten des Jahres noch niedrig, und wer auf den kurvenreichen Landstraßen unterwegs ist, kann außerdem eines der schönsten Naturschauspiele in dieser Jahreszeit erleben. Denn überall in Andalusien blühen die Mandelbäume. Vor allem um die Gegend um Granada säumen sie viele der kleinen Straßen, die zur „ruta de los pueblos blancos“ gehören, zur Route der Weißen Dörfer. Ihre geografische Lage auf Gipfeln, an Hängen und Schluchten, lassen sie am Horizont wie weiße Flecken in einer Landschaft von Steineichen, Korkeichen und Spanischen Tannen erscheinen. Insgesamt zählt das Spanische Fremdenverkehrsamt 25 Ortschaften dazu. Die meisten wirken wie Farbkleckse, die ein Maler aus Versehen in die raue Kulisse getupft hat. Informationen unter: www.spain.info/de.

Portugal: Im Zug durch Blütenfelder. Wer auf der Suche nach angenehmen Temperaturen in den grünen Norden Portugals reist, wird nicht enttäuscht. Denn nicht Schnee, sondern Millionen weiß-rosa Blüten haben sich wie ein Teppich über die Landschaft gelegt. Dieses Naturschauspiel findet zu einer Zeit des Jahres statt, in der weite Regionen Europas noch im Winterschlaf dämmern. Am besten lässt sich die Mandelblüte mit einem der Sonderzüge der portugiesischen Eisenbahngesellschaft CP entdecken. Auf der etwa dreistündigen Reise von Porto durch die Regionen Alto Douro und Trás-os-Montes ziehen 150 Kilometer fantastische Landschaft am Zugfenster vorbei. Ein Höhepunkt der Strecke sind die Weinberge, die von der UNESCO zum Weltkulturerbe erklärt wurden. Nachdem der Zug den Valdeira Stausee erreicht hat, sieht man die terrassenförmigen Weinberge, die dank der Mandelblüten den Eindruck erwecken, als seien sie üppig mit Puderzucker bestreut worden. Anlässlich der Mandelblüte finden jetzt in vielen Orten Feste statt. Tatsächlich mit Süßem verziert, sind die typischen Zuckermandeln eine Spezialität der Region, die bei den Festen meist gereicht wird. Dabei werden die Mandeln bei kleiner Hitze in einem großen Kupferkessel geröstet. Die Köchinnen zukkern die Mandeln mit viel Geduld und drehen sie dabei mehrere Stunden lang. Die Sonderzüge fahren ab der ersten Märzwoche. Die Fahrt kostet für Erwachsene 35 Euro. Informationen sind unter www.visitportugal.com erhältlich.

Kanalinseln: Frühling auf Jersey. Als Gärtner auf Jersey hat man leichtes Spiel. Der Golfstrom sorgt für milde Temperaturen, die selten einstellig werden, geschweige denn den Gefrierpunkt erreichen. Und so muss man hier gar nicht den Sommer herbeisehnen. Denn schon ab Februar lassen sich auf den Kanalinseln die ersten Frühlingsboten blicken: Teppiche von Schlüsselblumen, roten und weißen Lichtnelken, Glockenblumen, wilde Narzissen und üppige Kamelienbäume breiten sich verschwenderisch aus. Die kleine Kanalinsel huldigt der britischen Gartenkunst. Gepflegte Anlagen mit üppigen Blumenrabatten und Wasserläufen wechseln sich mit prächtigen, naturnahen Parks ab. Aber „my home is my castle“ gilt auf Jersey nicht. Zu bestimmten Terminen zwischen April und August öffnen Besitzer ihre Privatgärten und führen Besucher stolz durch ihre Anlagen. Auf Jersey gedeihen sogar Pflanzen, die sonst nur im Mittelmeerraum oder auf Madagaskar beheimatet sind. Neben Bougainvillea, Callas und Malven etwa auch Dattelpalmen und Bananenstauden. Wem das nicht exotisch genug ist, der kann im Tropenhaus der Eric Young Orchid Foundation seltene und preisgekrönte Orchideengewächse bestaunen. Später im Jahr wird dann die Blütenpracht im „Battle of Flowers“, dem großen Blumenfest – alljährlich am zweiten Donnerstag im August – gebührend gefeiert. Informationen: www.jersey.com.

Andreas Guballa

3000 Kilometer architektonische Kleinode

Die Deutsche Fachwerkstraße erstreckt sich von der Elbe bis zum Bodensee

Dem Reiz der Deutschen Fachwerkstraße kann sich keiner entziehen. Sie verläuft über 3000 Kilometer und erstreckt sich von der Elbe im Norden bis zu den Gestaden des Bodensees im Süden der Republik. 1990 gegründet, schließt sie heute hundert Fachwerkstädte zusammen – allesamt historische Orte, randvoll mit alter Bausubstanz und reich an Geschichte.

Angesichts der Fülle an Sehenswürdigkeiten fällt die Auswahl schwer. Mit seinen über 450 Fachwerkhäusern – manche aus dem 15. Jahrhundert – und dem Renaissanceschloss ist das niedersächsische Celle ein idealer Ausgangspunkt für eine Tour kreuz und quer über die Fachwerkstraße. Nächstes Ziel ist das romantische Einbeck, die Heimat des Bockbieres, bis heute von echten Kennern des Gerstensaftes hoch geschätzt. Auch Wernigerode, wegen seiner farbenfrohen Häuser die „bunte Stadt am Harz“ genannt, ist einen Besuch wert. Als besonderer Leckerbissen für Freunde der Fachwerkarchitektur gilt Melsungen, das auf eine über tausendjährige Geschichte zurückblickt.

Ein Schlenker und weiter geht die Fahrt in Richtung Süden. Einer der schönsten Orte auf der Route liegt an den Ufern des Mains. „Selig sei die Stadt genannt, da ich meine Tochter wiederfand“, soll Karl der Große ausgerufen haben, als er Emma wiedererkannte, die gegen seinen Willen einst den wenig betuchten Gelehrten Einhard geehelicht hatte. Seitdem heißt der Legende zufolge dieses Bilderbuchstädtchen Seligenstadt. Wie auf einer Perlenschnur reiht sich ein vorbildlich restauriertes Fachwerkhaus an das nächste. Stolz erheben sich die Türme der in karolingischer Zeit im 9. Jahrhundert aus dem rötlichen Sandstein der Region erbauten Basilika. Besondere Beachtung verdient das „Romanische Haus“ von 1187. Nomen est omen. Die Seligenstädter sind ein fröhliches Völkchen, welches das Leben in vollen Zügen genießt. In dieser kleinen aber feinen Stadt werden die Bürgersteige nicht um 18 Uhr hochgeklappt.

Szenenwechsel. Das Fachwerk Erlebnishaus im thüringischen Schmalkalden klärt den Laien akribisch über die Konstruktion eines Fachwerkhauses auf. Besonderes Augenmerk gilt dessen „Innereien.“ Ein Lehm-Strohgemisch, zumeist auf Holzgeflecht, dämmt die Gebäude wesentlich effizienter als die leicht entflammbaren Materialien unserer Tage. Stolze 1140 Jahre zählt dieses fränkisch geprägte Freilichtmuseum, dessen reich mit prächtigem Fachwerk bebaute Altstadt 2009 zu Recht mit dem Nationalen Preis für Baukunst ausgezeichnet wurde. Ihren einstigen Wohlstand verdankte die Stadt ab dem 14. Jahrhundert großen Eisenerzvorkommen vor ihren Toren. „So friedlich wie heute ging es hier nicht immer zu“, sagt Norbert Hospes, Gästeführer und Chronist Schmalkaldens. „1530 schlossen sich die protestantischen Stände im Schmalkaldischen Bund gegen Kaiser Karl V. zusammen.“ Da gab es reichlich Zoff zwischen Lutheranern und Katholiken. Im Mittelpunkt des Interesses steht das „Lutherhaus“, in welchem der von Nierensteinen geplagte Reformator 1537 während der wichtigsten Tagung des Schmalkaldischen Bundes residierte und seine berühmten „Schmalkaldischen Artikel“ präsentierte.


Eines von vielen entlang der Fachwerkstraße: Gebäudeensemble in Dillenburg Bild: Buhr

Nächste Station ist Mühlhausen, die ehemalige, zum Teil noch von einer trutzigen mittelalterlichen Stadtmauer umschlossene einstige Reichsstadt. Auch hier wieder eine Fülle einzigartiger Fachwerkhäuser, sakraler und profaner Bauten. Das Schmuckstück schlechthin ist das auf eleganten Rundbögen ruhende Poppenhäuser Brunnenhaus. In der spätgotischen Marienkirche predigte weiland Thomas Müntzer, der Anführer der aufmüpfigen Bauern, die 1525 gegen die Obrigkeit rebellierten. Zur Erinnerung an diesen Aufstand findet im „Museum Deutscher Bauernkrieg“ bis zum 31. Oktober 2017 die Ausstellung „Luthers ungeliebte Brüder“ statt. Übrigens: Martin Luther, zu Anfang ein Befürworter des Aufstandes, distanzierte sich später von der Revolte und rief gar dazu auf, die Bauern wie Hunde zu erschlagen. Angenehmer sind die Spuren Johann Sebastian Bachs. Von 1707 bis 1708 wirkte er als Organist an der im gotischen Stil erbauten Hauptkirche der Unterstadt. Heiß begehrt sind die Konzerte auf der von Bach selbst konzipierten Orgel.

Heute heißt es auf in das von den bewaldeten Hügeln des Westerwaldes umschlossene Fachwerkstädtchen Dillenburg, auch Stadt der Oranier genannt. Schon aus der Ferne grüßt der Wilhelmsturm, der über dem Schlossberg zu schweben scheint. Er wurde zu Ehren Wilhelms I., des Gründers der Niederlande, erbaut. Dieser erblickte im Jahre 1533 hier das Licht der Welt. Wer unter Klaustrophobie leidet, sollte den Gang durch die Kasematten meiden. Alle anderen werden den Ausflug in die „Unterwelt“ mit ihrem 62 Meter tiefen Brunnen in der „Löwengrube“ gewiss mit wohligem Schauer genießen.

Der besondere Reiz Dillenburgs liegt sowohl in der Altstadt, wo sich ein anmutiges Haus an das nächste schmiegt, als auch in seiner Nähe zu Wanderwegen, die das Herz eines jeden Naturliebhabers höher schlagen lassen. Rothaarsteig, Westerwaldpfad sowie Lahn-Dill-Berglandpfad laden zu ausgedehnten Exkursionen ein. Ein Kontrastprogramm zu Fachwerk und Wandern ist das Hessische Landgestüt im Weichbild der Altstadt. Hinter dem frisch sanierten eleganten Prinzenhaus öffnet sich ein Barockgarten. Nebenan vernimmt der Besucher das Schnauben von edlem Vollblut. Mehr geht nicht.

Uta Buhr

Zivilisationsbruch

Ian Kershaw über die Zeit con 1914 bis 1949

Den Deutschen Historikertag 1980 in Hamburg hatte der damalige Bundeskanzler Helmut Schmidt eröffnet. Mit dem ihm eigenen Temperament mahnte er seine Zuhörer, sich nicht nur in immer spezielleren Themen zu verlieren; es sei eine „Bringschuld“ der Historiker, auch populärwissenschaftliche Bücher für ein größeres Publikum zu schreiben. Beispielhaft zeige das der englischsprachige Raum: „Ich denke an George Kennan und Henry Kissinger.“

Der britische Historiker Ian Kershaw (geboren 1943) ist mit bedeutenden Arbeiten über Hitler und das NS-Regime bekannt geworden. Sein jüngstes Buch über die Geschichte Europas zwischen 1914 und 1949 wird der Schmidtschen Forderung in fast idealer Weise gerecht: „Höllensturz“ beschreibt Europas Weg von der „Urkatastrophe“ des Ersten Weltkriegs bis zum wahrhaftigen Absturz in die Hölle von Völkermord, Tod und Vernichtung. Schaudernd, sagt er, haben die Völker nach 1945 in den Abgrund geblickt, der sie fast verschlungen hätte; dieser Schock habe Versöhnung und Zusammenarbeit bewirkt und so den Weg zum Besseren geebnet.

Kershaw sieht die Zeit zwischen den Kriegen als Dauerkonflikt zwischen Demokratie und Diktatur. Der aus übersteigertem Nationalismus entfachte Erste Weltkrieg habe Europa keinen Frieden gebracht, sondern im Gegenteil mehr Konflikte als zuvor: labile Nationalstaaten mit umstrittenen Grenzen, Frustration, verletzter Stolz und vor allem Rachegefühle im zutiefst gedemütigten Deutschland. Nach den kurzen und vergleichsweise friedlichen 20er Jahren prägten, so Kershaw, die viel dynamischeren Diktaturen die europäische Politik und zwangen sie in einen erneuten Krieg.

Mehr Konflikte als vor dem Krieg

Dieser Krieg war, so Kershaw dezidiert, das Werk Hitlers: „Wenn es jemals einen gerechten Krieg gab, dann diesen. Hitler musste besiegt werden, wenn Europa Frieden haben wollte.“ Mit der erklärten Absicht des Völkermords zumindest in Osteuropa und an den Juden sei mit diesem Krieg ein beispielloser Zivilisationsbruch eingetreten, was Europa erst spät erkannt habe, um dann aber zumindest in Westeuropa konsequente Schlüsse für eine bessere Zukunft zu ziehen.

Kershaw erzählt das politische Geschehen traditionell chronologisch und behandelt dabei an wichtigen Zeitpunkten – Kriegsende 1918, Weltwirtschaftskrise ab 1929, Beginn des NS-Regimes 1933, Anfang und Ende des Zweiten Weltkrieges – alle europäischen Länder jeweils einzeln. Darüber wölbt er gleichsam die großen Ereignisse, die alle europäischen Staaten mehr oder weniger berührten: Nationalitäten- und Grenzkonflikte, Klassengegensätze, Erstarken autoritärer Regime und geschwächte Demokratien. Es ist eine eindrucksvolle Erzählweise, die dem Autor auch Emotionen erlaubt und demonstriert, wie sehr fast alle europäischen Länder aufeinander bezogen und von den großen Entwicklungen beeinflusst waren. Ein Drittel des Buches behandelt Deutschland, was zeigt, wie sehr dessen Politik auf Europa ausstrahlte. Vollends ab 1933 geriet Europa in den Bann von Hitlers Politik, auf die es lange nur reagierte anstatt zu agieren. Erst 1939 rafften sich die Westmächte zur Gegenwehr auf.

Etwas für sich stehen die Kapitel zur Geistes- und Kulturgeschichte. Das hätte man sich anders vorstellen können, denn die vielen politisch wirksamen -ismen, -Nationalismus, Faschismus, Rassismus, Kommunismus, Militarismus, auch Kapitalismus – haben ja ihren Ursprung in der europäischen Geistesgeschichte, wurden aber bald schon zum virulenten Politikum. Aber das sei allenfalls eine Anmerkung zu diesem so überaus lesenswerten und informativen Buch. Kershaw hat bewusst auf Anmerkungen verzichtet, gibt aber in einer Bibiliografie von über 30 Seiten viele Hinweise auf Literatur zu allen hier angesprochenen Themen. Wer an der Geschichte Europas im 20. Jahrhundert interessiert ist, hat hier einen denkbar guten Wegweiser an der Hand. *D. Klose*

***Ian Kershaw: „Höllensturz. Europa 1914 bis 1949“**, Deutsche Verlags-Anstalt, München 2016, gebunden, 768 Seiten, 34,99 Euro*

Falsch verstanden

Orwell aus heutiger Sicht

Heinz-Joachim Müllenbrock, geboren 1938, ist wohl ein guter Anglist, aber Orwells Jahrhundertbuch „1984“ überfordert ihn. Diese Darstellung eines totalitären Überwachungsstaats wurde zweimal verfilmt und zweimal ins Deutsche übersetzt. Jetzt vermarktet Müllenbrock einen kurzen Vortrag von 2013 als Broschüre, in der er den Inhalt von „1984“ unter inflationärer Verwendung von Orwell-Englisch referiert. Wer braucht so etwas? Zumal der Verdacht aufkommt, dass Müllenbrock nicht viel von Orwell weiß.

Orwell fußt nicht auf Huxleys Softporno „Schöne neue Welt“ von 1932, sondern auf dem Roman „Wir“, den der Russe Jewgenij Samjatin 1920 schrieb. Direkt an Orwell lehnte sich 1969 der Russe Andrej Amalrik mit seinem Manifest „Kann die Sowjetunion das Jahr 1984 erleben?“ Er verneinte seine Titelfrage und hat sich mit der Todesanzeige für die neostalinistische UdSSR um elf Jahre geirrt.

Stalin und sein Regime sind in Orwells Roman allgegenwärtig, was Müllenbrock übersah. Dabei ist bereits der Titel ein versteckter Hinweis auf Hungersnot, Kalten Krieg und Politterror, die 1948 Stalins Reich durchlitt. Orwells „großer Bruder“ mit „wuchtig schwarzem Schnurrbart“ ist unverkennbar Stalin, sein Todfeind Goldstein ist Trotzki. Orwells „Engsoz“ ist Stalins „Sozialismus in einem Land“, die kleinen Denunzianten in „1984“ sind Brüder von Pawlik Morosow, der 1932 seinen Vater an Stalins „Tscheka“ auslieferte. Stalins Manipulationen an Fotos und Dokumenten, längst allbekannt, finden sich in Orwells „Wahrheitsministerium“ wieder, wie auch „Produktionsschlacht“, „Säuberung“, „Dreijahresplan“ und so weiter. Selbst der „Neusprech“ als Sprachkonvention ist die Vorwegnahme von Vaclav Havels „Ptydepe“ aus seinem Stück „Verständigung“ von 1965.

Dass Müllenbrock davon nichts weiß, ist sein Problem. Dass er TV-Sendungen wie „Big Brother“, den medialen Umgang mit Thilo Sarrazin, die „Brüsseler Mammutbürokratie“ und ähnliches als Zeugnisse für „die unermüdliche Aktivität der deutschen Gedankenpolizei“ wertet, weswegen Orwell heute „aktueller denn je“ sei, ist eine Unterstellung. *Wolf Oschlies*

***Heinz-Joachim Müllenbrock: „George Orwell – aktueller denn je“**, 6. Auflage, Blaues Schloss, Marburg 2016, broschiert, 44 Seiten, 7,95 Euro*

Späte Ratschläge

Bekanntes von Bosbach

Wolfgang Bosbach, der zu den bekanntesten CDU-Politikern und schärfsten Kritikern der Kanzlerin in der Euro- und Asylfrage zählt, zieht sich nun bald aus gesundheitlichen Gründen ins Privatleben zurück. Insofern ist es verständlich, dass der scheidende „Quälgeist“ noch einmal mit der Merkelschen Politik abrechnen will. Allerdings tut er dies in dem Interviewband „Endspurt“ doch auf sehr zahme Weise, woran die überaus biederen Fragen seines Gesprächspartners Hugo Müller-Vogg erheblichen Anteil haben. Darüber hinaus war Bosbach in der Vergangenheit extrem oft in den Medien präsent und konnte somit bereits zu restlos jedem Thema des Buches ausführliche Erklärungen abgegeben, weswegen das Werk leider überhaupt keine inhaltlichen Überraschungen bietet. Außerdem stellt sich natürlich die Frage nach der Relevanz des Ganzen: Bosbach gibt zwar wie immer den „konservativen Rebellen“ – allerdings hat er es nie gewagt, ernsthaft gegen Merkel vorzugehen. Wozu dann also jetzt noch all die Ratschläge, wie man bessere Politik machen könne? *Wolfgang Kaufmann*

Der CDU-Rebell gibt sich zahm

***Wolfgang Bosbach: „Endspurt. Wie Politik tatsächlich ist – und wie sie sein sollte. Begegnungen, Erlebnisse, Erfahrungen“**, Quadriga Verlag, Köln 2016, 272 Seiten, gebunden, 24 Euro*

Tapfer und unverzagt

Aufzeichnungen deutscher Frauen aus dem Ersten Weltkrieg



Als hätte man es auf dem Dachboden nach langem Stöbern entdeckt: So ergeht es einem mit dem Buch „Die Stunde der Frauen“ von Antonia Meiners. Auf dem Titelbild schaut eine Dame mit langem Rock, selbstbewusst neben dem Fahrrad stehend mit hoch erhobenem Kopf, den Betrachter an.

Beim Blättern in dem Taschenbuch findet man sich in einem alten Album wieder. Fotos, Briefe, mit kritzliger Schrift beschriebene Postkarten „fallen“ einem entgegen. Tagebuchaufzeichnungen, mühselig getippte Streitschriften auf schon vergilbtem Papier. Kaum ein Leser, der hier widerstehen kann, in den intimen Notizen zu kramen.

Ganz beiläufig nähert man sich durch Lebensbeschreibungen bekannter und unbekannter Frauen, durch viele private Dokumente einer Zeit, die lange vergangen ist. Älteren Lesern werden noch die Erzählungen der eigenen Großeltern in den Ohren klingen bei der intensiven Beschäftigung mit der Zeit rund um den Ersten Weltkrieg. Als die Frauen, so die These der Autorin, ihre Chance nutzten, diese Zeit des Umbruchs für einen neuen Platz in der Gesellschaft zu suchen. Es war ein hartes Leben, das da für jeden vorgesehen war. Egal, ob Mann oder Frau. Die ersteren im Krieg, die Frauen beim Kampf ums Überleben in der Heimat. Gerade anhand der Alltagsbeschreibungen in diesen schweren Jahren wird deutlich, welches Leid, welchen Kummer, Hunger und Elend unsere nahen Verwandten durchleben mussten.

Das Buch umfasst die Zeitspanne von 1913 bis 1919. Anfangs noch die Kaiserreiche in Europa, Frauen in beengter Kleidung, sittsam im Haus und ohne Bildungsmöglichkeiten. Dies änderte sich beinahe schlagartig mit Ausbruch des Krieges. Frauen mussten „ihren Mann stehen“. In Fabriken und Lazaretten, im Verkehr, in Betrieben und auf den Feldern. Auf dem „Felde der Ehre“ fielen unterdessen ihre Männer und Söhne. Herzergreifend so mancher Brief, wie der einer französischen Lazarettschwester, die an die Mutter eines verwundeten deutschen Soldaten schreibt: „Als Feinde müssen wir uns hassen, Madame, aber als Mütter drücken wir uns die Hand, wenn Sie es wollen, denn wir weinen beide.“

Als der Krieg 1918 zu Ende war, zerbrachen die deutschen Monarchien. Die Frauen errangen langsam aber stetig eine andere Position in der Männerwelt. Erstmals durften Frauen im Deutschen Reich und in Österreich wählen.

Bereits 2013 veröffentlichte der Elisabeth-Sandmann-Verlag die Originalausgabe von Antonia Meiners Buch „Die Stunde der Frauen“. Einige der in diesem Verlag publizierten Bücher erscheinen später auch als Taschenbuch im Insel Verlag. In dem Fall von Antonia Meiners' Werk wurde die Originalausgabe von 2013 für die Taschenbuchausgabe um einige Porträts gekürzt, der restliche Text ist identisch. Ein absolut lohnenswerter, lebendiger Geschichtsunterricht. *Silvia Friedrich*

***Antonia Meiners: „Die Stunde der Frauen. Zwischen Monarchie, Weltkrieg und Wahlrecht 1913–1919“**, insel taschenbuch 4485, broschiert, 143 Seiten, 12,95 Euro*

Wissenschaft unter Politischer Korrektheit

Falsche Erklärungen machen »Die Menschheit schafft sich ab« zum Ärgernis



Der Journalist, so Karl Kraus, sei immer einer, der nachher alles vorher gewusst hat. Heute wimmele es in der Wissenschaft von Experten, die Apokalypsen beschrieben, die es nicht geben kann. Wer sein Buch in Anlehnung an Thilo Sarrazin betitelt „Die Menschheit schafft sich ab“, will Sensation und Umsatz. Bereits das Vorwort, das eine Rückschau auf das „Anthropozän“ sein soll, entwertet Lesch, der im ZDF die Sendung „Leschs Kosmos“ moderiert, selbst. Das Buch beginnt mit „Die Welt ist schon da.“ Darin findet sich das Motto „Ich gestalte die Welt nach meiner Vorstellung!“ Und das tut Lesch ganz ungeniert. Seine Überzeugung: „Wenn eine Hypothese Prognosepotenzial besitzt, sie etwas vorhersagen kann, dann hat sie ihre Prüfung bestanden – sie ist gut.“ Einen „Weltuntergang“, die „Vorhersage der Weltmitteltemperatur für 2100“ lassen sich nicht überprüfen. Man kann Ängste, Emotionen, Gefühle wecken, aber alles bleibt spekulativ und hat mit Wissenschaft nichts zu tun.

Im Kapitel „Der Beginn allen Seins“ vor 13,82 Milliarden Jahren bekennt Lesch: „Wir wissen, wie es geht, wir wissen, wie es ist. Wir wissen sogar, wie es dazu kommen konnte. Aber das ist nicht weiter verwunderlich, schließlich sind wir Physiker.“ Er nennt diese Äußerung „Überheblichkeit, basierend auf einer chronischen Einbildung“, aber legt diese Untugend an keiner Stelle des Buches ab.

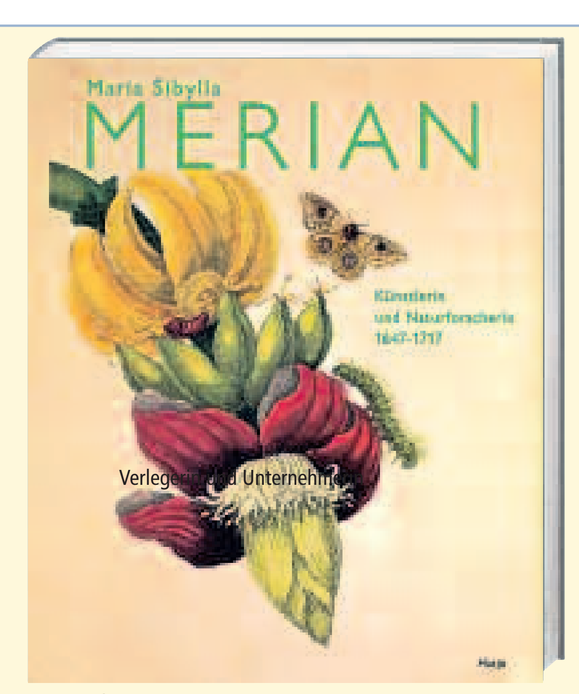
Im Kapitel „Erstes Leben“ lobt Lesch den Kohlenstoff als „wunderbares Element“, als idealen „Verbindungsfachmann“. Er beschreibt sehr schön die Fotosynthese und wie das „Leben an Land kommt“. Zwischendurch brennt mit ihm die ideologische Fantasie durch, wie bei „Spiegeleffekt“: „Die Strahlung wärmt die Erde auf – die Erde wärmt die Strahlung auf. Und so schaukelt sich das hoch.“ Nichts schaukelt sich hoch und schon gar nicht kann die Erde die von der Sonne kommende Strahlung aufwärmen. Ohne die kurzwellige sichtbare Sonnenstrahlung gibt es keine Fotosynthese und damit keine grünen Pflanzen, die Nahrung und Sauerstoff für Tier und Mensch bereitstellen. Es sind diese bewussten Falschheiten, die das stellenweise sehr informative Buch zum Ärgernis machen.

Was und wem nutzt wissenschaftliche Gelehrsamkeit, wenn sie politischer Hörigkeit untergeordnet ist, wenn Lesch sagt: „Ich muss Ihnen jetzt leider mitteilen, dass wir uns gerade mitten in einem Zeitalter des Massensterbens befinden. Wir Menschen prägen ein ganzes Zeitalter, das deswegen auch nach uns benannt ist: das Anthropozän.“ Ab Kapitel 30 bietet Lesch Gesinnungsgenossen auf. So interviewt er Mojib Lativ. Der sagt, „das Klima ist das über 30 Jahre gemittelte Wetter“, fragt „was wandelt sich denn da an dem gemittelten Wetter?“, gibt aber keine Antwort.

Das Schlusskapitel „Die Unbelehrbarkeit des Menschen“ schreibt Ernst-Peter Fischer von der Universität in Heidelberg. Er befasst sich mit der Natur, der Unbestimmtheit, der Unentscheidbarkeit, der Ungenauigkeit, der Unvorhersagbarkeit und besonders mit der Unbelehrbarkeit des Menschen. Er zitiert einen dänischen Minister, der bei der Klimakonferenz in Kopenhagen 2009 forderte, „eine Erwärmung unseres Planeten von maximal zwei Grad Celsius als Ziel“ zu beschließen, mit der Forderung: „Überlegen Sie einmal, wie viel Unsinn in diesem Satz steckt.“ Doch dann macht er eine Kehrtwende und moniert, dass wir immer noch „unter dem Bann der antiken Idee, dass das Rationale das Gute ist“ stehen und greift die Rationalität an. Unsere Instinkte, unsere Emotionalität seien unterentwickelt. Er fordert: „Wir müssen insgesamt in der Lage sein, den Politikern, die wirklich nachhaltig denken und vorgehen wollen, zu glauben.“ Da lachen sich die Politiker ins Fäustchen, das ist an Naivität nicht zu überbieten. Das bestätigt sein Schlusssatz: „Ich denke, dass wir letzten Endes fühlende Menschen sind, die mit dem Herzen besser verstehen und dann aus dem Bauch heraus die Entscheidungen treffen können. So ließe sich die Unbelehrbarkeit überwinden.“

Das wäre die Stunde der politischen Demagogen aller Couleurs, denn vom Gefühl her sind wir alle Klimaschützer. So würde sich die Menschheit zwar nicht abschaffen, aber in einem tyrannischen System enden, wo uns das Lachen vergeht und „Freiheit“ ein Fremdwort wird. *Wolfgang Thüne*

***Harald Lesch/Klaus Kamphausen: „Die Menschheit schafft sich ab. Die Erde im Griff des Anthropozän“**, Komplett-Media, München 2016, gebunden, 520 Seiten, 29,95 Euro*





Kurt Wettengl
Maria Sibylla Merian – Künstlerin und Naturforscherin 1647–1717
Schon im Alter von dreizehn Jahren betrieb Maria Sibylla Merian erste systematische Insektenstudien am Beispiel des Seidenspinners. Waren die Insekten zunächst nur Beiwerk ihrer Blumenbilder, so rückte der „Raupen wunderbare Verwandlung" zunehmend in den Mittelpunkt ihrer Untersuchungen, die sie mit eigenen Kupferstichen in einem mehrbändigen Werk veröffentlichte und selbst verlegte. Ihr bedeutendstes Buch, das großformatige Kupferstichwerk über die surinamischen Schmetterlinge, war das Ergebnis einer zweijährigen gefahrvollen Forschungsreise in die Tropen und machte sie über ihren Tod hinaus berühmt. Nach den grundlegenden Arbeiten von Elisabeth Rücker ist diese Publikation, die nun als Sonderausgabe erhältlich ist, die erste zusammenfassende Monografie zum Ouvre Maria Sibylla Merians. Beschrieben wird das Leben und Werk der außergewöhnlichen Künstlerin, Naturforscherin, Verlegerin und Unternehmerin. Großformat. 196 Seiten
Nr. P A1151 Gebunden 24,80 €



Cynthia Paterson (Autor)/
Brian Paterson (Illustrator)
Geschichten aus dem Fuchswald
Im Großformat
84 Seiten/Gebunden.
Nr. P A1068 5,00 €

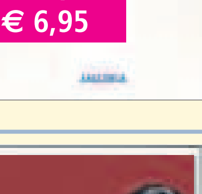
Irgendwo, tief im Herzen des Landes, liegt ein altes Dörfchen am Rande des Fuchswaldes – ein ganz besonderer Ort, wo es Spass macht, Abenteuer zu erleben, und wo Anstrengungen belohnt werden. Wenn man jemals dorthin kommt, sollte man Augen und Ohren offen halten. Vielleicht begegnet man Mäxchen Maus, Ricky Kaninchen, Willy Igel oder einem der vielen anderen Dorfbewohner. Sicher laden Sie dazu ein, mit ihnen an einem gemütlichen Kamin zu sitzen und den aufregenden Geschichten aus dem Fuchswald zu lauschen.



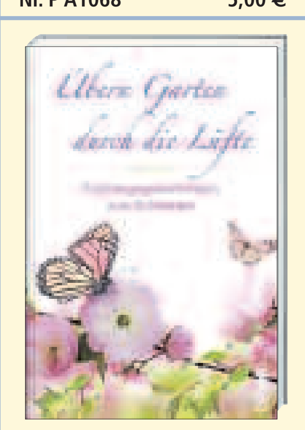
Wilma Deißner
Paul Gerhardt
Miniaturausgabe
(Format 6,2 cm x 9,5 cm)
128 Seiten/Gebunden
Nr. P A1049 5,00 €

Der in Gräfenhainichen geborene evangelisch-lutherische Theologe Paul Gerhardt (1607–1676) ist einer der bedeutendsten deutschsprachigen Kirchenlieddichter. Obwohl seine Werke vierhundert Jahre alt sind, sind sie lebendig wie nie: Seine Gedichte wurden nicht nur von Johann Sebastian Bach vertont, sondern sind auch zu Liedern geworden, die bis heute fester Bestandteil vieler katholischer und reformierter Gesangbücher sowie in viele Sprachen übersetzt worden sind. So hat seine Lyrik nicht nur alle Zeiten überdauert, sondern auch konfessionelle und sprachliche Schranken überwunden. Die schönsten Lieder und Gedichte Gerhardts sind in diesem kleinen Bändchen vereint mit einem einfühlsamen Porträt des berühmten Kirchenlieddichters.



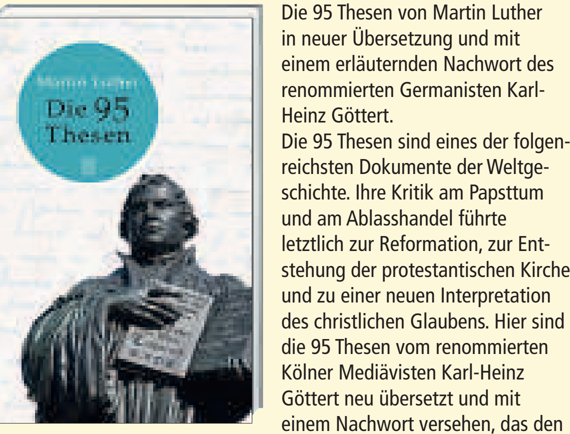


Immanuel Kant (Autor)
Kant – Aussprüche und Aphorismen
Kant für Leser, denen Kant lesen eigentlich zu schwer und mühsam ist: Das ist das Ziel dieser klugen Auswahl, die das Werk des großen Philosophen für Einsteiger zugänglich macht. Immanuel Kants Geist weht auch durch den pointierten Satz. Ein Beispiel? Phantasie ist düster oder frei und unser guter Genius oder Dämon. Dieses Buch versammelt kantische Gedanken über das Wesen der Erkenntnis und den Sinn der Geschichte, über Religion und Erziehung, Kunst und Genie und die allgemeine Menschen- und Lebenskunde.
288 Seiten/Gebunden
Nr. P A1059 6,95 €



Joseph von Eichendorff
Wem Gott will rechte Gunst erweisen
Ein Jahreslesebuch
128 Seiten/Gebunden.
Nr. P A1005 6,95 €

Wenn es zwischen Oder, Weichsel und dem Riesengebirge grünt und blüht, zeigt sich Schlesien von seiner schönsten Seite.
Die farbenfrohen Naturfotografien in dem Buch „Übern Garten durch die Lüfte" sind der beste Beweis dafür. Bekannte schlesische Autoren vermitteln in Geschichten und Gedichten die besondere Stimmung ihrer Heimat zur Frühlingszeit. Darunter sind bekannte Dichter wie Angelus Silesius, Joseph von Eichendorff, Gustav Freytag oder Jochen Klepper. Der Band hat ein Fromat 10,5 x 15,5 cm ist durchgehend farbig gestaltet und enthält zahlreiche Fotos.



Karl-Heinz Göttert (Hrsg.)
Martin Luther – Die 95 Thesen
Hardcover. 512 Seiten
Nr. P A1043 10,00 €

Die 95 Thesen von Martin Luther in neuer Übersetzung und mit einem erläuternden Nachwort des renommierten Germanisten Karl-Heinz Göttert.
Die 95 Thesen sind eines der folgenreichsten Dokumente der Weltgeschichte. Ihre Kritik am Papsttum und am Ablasshandel führte letztlich zur Reformation, zur Entstehung der protestantischen Kirche und zu einer neuen Interpretation des christlichen Glaubens. Hier sind die 95 Thesen vom renommierten Kölner Mediävisten Karl-Heinz Göttert neu übersetzt und mit einem Nachwort versehen, das den theologischen und geschichtlichen Kontext erläutert.
Das entscheidende Buch zum 500. Geburtstag der Reformation.

Agnes Miegel
geboren am 09.03.1879

Agnes Miegel
Alt-Königsberger Geschichten
Zwischen Altstadt, Kneiphof und Löbenicht
240 Seiten/Gebunden
Nr. P 533169 12,95 €

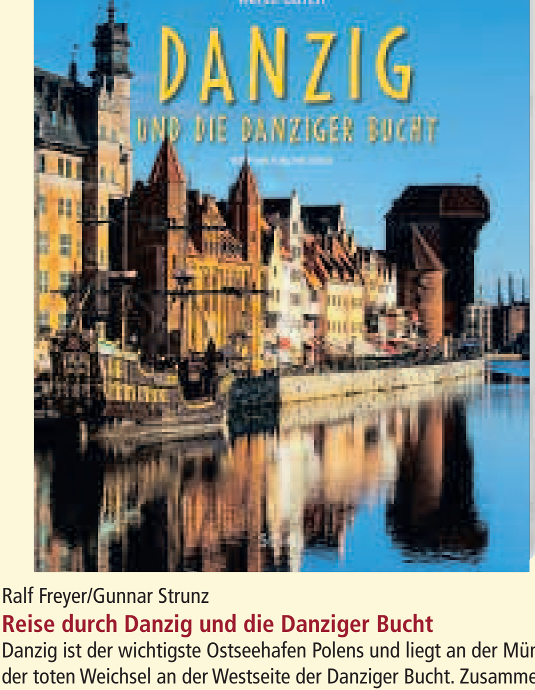
Agnes Miegel nimmt uns mit zu den geliebten Stätten ihrer Kindheit. In dreiundzwanzig meisterhaft geschriebenen Geschichten und drei Gedichten lässt sie die versunkene Welt ihrer Heimat in leuchtenden Farben kaleidoskopartig auferstehen. Sie nimmt uns mit auf eine Wanderung zu Häusern und Orten, die wir durch ihre lebendige Beschreibung wie durch die Augen eines neugierigen liebenden Kindes betrachten können. Sie erinnert sich an glückliche Kindertage, in denen sie sich bei liebevollen Eltern und Verwandten geborgen wusste, an Ausflüge mit der Familie, die in ihr eine große Liebe zur Natur weckten und an fröhliche Familienfeiern, die sie so lebendig beschreibt, dass man meint, sie selbst mitzuerleben.

Agnes Miegel
geboren am 09.03.1879

Agnes Miegel
Wie Bernstein leuchtend auf der Lebenswaage
Gesammelte Balladen
Die Erneuerung der Ballade war das Werk einer Zwanzigjährigen. Mit Ihren Imaginationen und Geschichten, ihren Balladen und Liedern wurde Agnes Miegel die Dichterin der Bernsteinküste und eine der angesehensten Dichterinnen Königsbergs und Ostpreußens. 264 Seiten/Gebunden
Nr. P 1798 12,95 €



C. Hinkelmann / H.M.F. Syskowski (Hrsg.)
Von Rossitten bis Rominten
Ostpreußische Landschaften im Spiegel historischer Farbfotografien von Dr. Otto Steinfatt, Dr. Ernst Schütz, Walter von Sanden und Friedrich Bülowius
Ein ansprechender Bildband mit vielen frühen Farbfotografien und ansprechenden Texten. 144 Seiten
Nr. P A0238 Gebunden 19,95 €

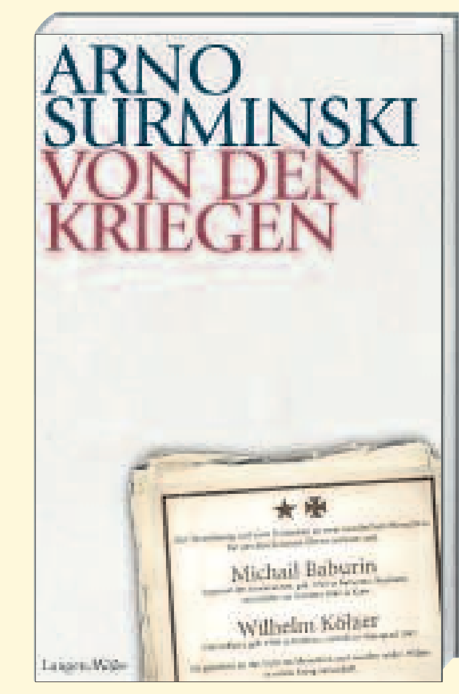


Ralf Freyer/Gunnar Strunz
Reise durch Danzig und die Danziger Bucht
Danzig ist der wichtigste Ostseehafen Polens und liegt an der Mündung der toten Weichsel an der Westseite der Danziger Bucht. Zusammen mit Zoppot und Gdingen bildet es die sogenannte Dreistadt. Die historische Innenstadt von Danzig lockt nicht nur mit ihren reichen historischen Baudenkmälern wie zum Beispiel der Marienkirche, einem der größten gotischen Gotteshäuser Europas, sondern auch mit einem regen kulturellen Leben in zahlreichen Museen und Theatern. Entlang des sogenannten Königsweges vom repräsentativen Hohen Tor über die Langgasse und den Langen Markt bis zum Grünen Tor entdeckt man nur einen Bruchteil der sehenswerten Straßen und Gassen in der Rechtstadt. Genauso interessant ist die Altstadt, die Alte Vorstadt, die Speicherinsel, Westernplatte und Oliva. Die Hafenstadt lässt sich besonders gut vom Wasser aus kennenlernen. Rund 170 Bilder zeigen alle Facetten dieser faszinierenden Metropole, vier Sonderkapitel berichten unter anderem über berühmte Danziger und die reiche Museumslandschaft.
Nr. P 534262 Gebunden 19,95 €

Bernstein-Engel (ca. 2,5 cm groß)
Nr. P A0341 Bernstein-Engel mit Lederband 18,00 €
Nr. P A0392 Bernstein-Engel mit Silberkette 38,00 €

Agnes Miegel
geboren am 09.03.1879

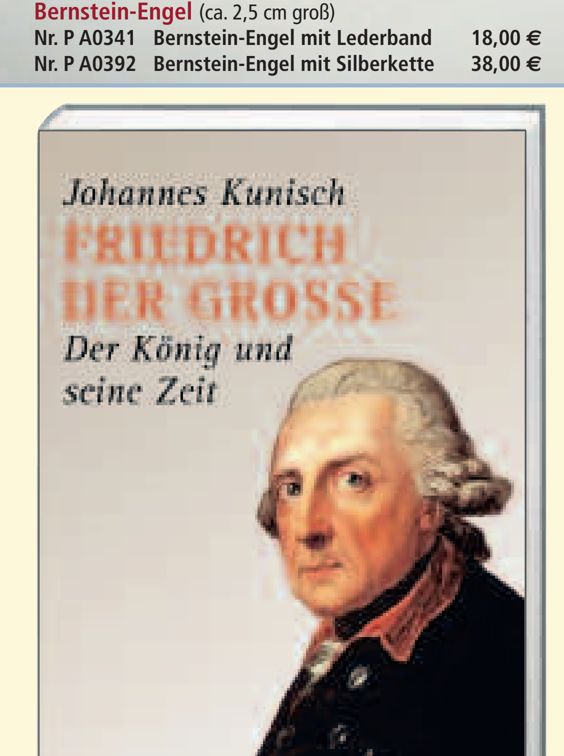
Agnes Miegel
Es war ein Land Ostpreußen
Gedichte und Geschichten
Ostpreußens Landschaften und Städte, seine Geschichte und das Lebensgefühl seiner Menschen werden in diesem Band ausführlich und liebevoll porträtiert. Der Jahreskreis der Feste, der Lauf der Jahreszeiten mit ihren Stimmungen und Besonderheiten werden aus der Erinnerung wieder Gegenwart. In zauberhaften Miniaturen, in bildstarker Sprache lässt die große Dichterin ihre Heimat wiedererstehen.
210 Seiten/Gebunden mit farbigem Schutzumschlag
Nr. P 1799 12,95 €



Arno Surminski
Von den Kriegen
Im Sommer 2015 katalogisiert der Student Gero Warnecke einen großen Stapel Gedenkanzeigen, die ein anonymer Sammler an die Universität geschickt hat. Fast alle sind mit dem Eisernen Kreuz versehen – Gedenksteine aus Zeitungen. Wer gibt so lange nach den beiden Weltkriegen solche Anzeigen auf? Gero wird hineingezogen in eine Welt sinnloser Grausamkeit und verliert zunehmend die wissenschaftliche Distanz zu seiner Arbeit. Die Namen der Toten und ihre Grabsteine rufen ihm die dringende Mahnung zu: Nie wieder Krieg! Arno Surminski, 1934 in Jaglack/Ostpreußen geboren, wuchs als Flüchtlingskind im schleswig-holsteinischen Trittau auf. Bekannt wurde Surminski mit vielen Erzählungen und Romanen, die sich meist mit dem Schicksal der Vertriebenen aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten und ihren Bemühungen, im Nachkriegsdeutschland Fuß zu fassen, auseinandersetzen. Der vielfach ausgezeichnete Schriftsteller lebt und arbeitet in Hamburg. 160 Seiten
Nr. P A1048 Gebunden mit Schutzumschlag 18,00 €



Kette mit kleinen bunten Bernsteinbohnen
Die Bernsteinkette hat eine Länge von ca. 43 cm und besteht aus verschiedenfarbigen ovalen Bernsteinbohnen.
Nr. P A0864 29,95 €



Johannes Kunisch
Friedrich der Große
Der König und seine Zeit
Keine andere Gestalt der preußischen Geschichte hat mehr Widerspruch und Faszination hervorgerufen als Friedrich der Große. Er ist unbestreitbar das Genie unter Preußens Herrschern und zugleich die Inkarnation all dessen, was an Preußen fragwürdig, unheilvoll und geradezu dämonisch erscheint. Hans-Ulrich Wehler schreibt in der Zeit: „Die erste große Friedrich-Biografie seit langem: glänzend informiert, behutsam im Urteil, doch ganz frei von blinder Verehrung." 624 Seiten mit 29 Abbildungen und 16 Karten.
Nr. P A1097 Gebunden 9,95 €

Ephraim Kishon
Der Beste Vater von Allen
Ausgewählte und kommentierte Geschichten von Rafi, Amir und Renana Kishon
Sie waren die bekanntesten Kinder einer ganzen Generation – die drei Sprösslinge des Satirikers Ephraim Kishon, die zum Amüsement der Leser in zahlreichen Geschichten auftauchten. Sei es Rafi, der im Supermarkt auf dem Kassenband landete, die wilde Renana, die, sobald sie sprechen konnte, ihrem Vater grundsätzlich widersprach, oder Klein-Amir, der zu seinem Glück unbedingt einen quergestreiften Kaugummi brauchte ... Zehn Jahre nach dem Tod ihres Vaters haben sie ihre ganz persönliche Auswahl getroffen und erzählen mit einem Augenzwinkern, was sie mit diesen Geschichten verbindet. 256 Seiten
Nr. P A1076 Gebunden mit Schutzumschlag 20,00 €



Stefan Lukschy
Der Glückliche schlägt keine Hunde
Ein Loriot Porträt
345 Seiten/Taschenbuch
Nr. P A0888 9,99 €

Vicco ante Portas! Ihr Hund kann überhaupt nicht sprechen? Macht nichts, dafür können Sie das Porträt eines der beliebtesten Humoristen Deutschlands lesen. Stefan Lukschy, langjähriger Weggefährte und enger Vertrauter Loriots, erzählt voller Respekt, Witz und Liebe von dem Mann, der die Deutschen das Lachen gelehrt hat. Loriots Sketche sind Teil des kollektiven Gedächtnisses geworden – wer kann sich heute noch eine Liebeserklärung ohne Nudel vorstellen? Stefan Lukschy lernte Vicco von Bülow 1975 kennen, als er dessen Regieassistent wurde. Aus dieser Zusammenarbeit entwickelte sich eine langjährige Freundschaft – bis zu Loriots Tod im Jahr 2011. Er schildert den für seinen Perfektionismus berüchtigten Künstler ebenso wie den Privatmann Loriot, der seinen Freunden ein inniger und loyaler Vertrauter war.

RAUTENBERG
BUCHHANDLUNG

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

RAUTENBERG Buchhandlung
in der Verlagshaus Würzburg
GmbH & Co. KG
Beethovenstraße 5 B
97080 Würzburg
Telefon 09 31/ 46 58 89-12
Telefax 09 31/ 46 58 89-29
Email info@rautenberg-buch.de
Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,00*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname .... Name ....
Straße/Nr. .... Telefon ....
PLZ/Ort ....
Datum .... Unterschrift ....

BÜCHER • KARTEN • KALENDER • FAHNEN/PINS • DVD/CD • SPIRITUOSEN • MARZIPAN • BERNSTEIN
Telefon 09 31/46 58 89 12 • Telefax 09 31/46 58 89 29 • www.rautenberg-buch.de
Telefonische Erreichbarkeit: Montags bis Freitags von 9.00 Uhr – 12.00 Uhr und 13.00 – 17.00 Uhr

MELDUNGEN

EuGH gegen Generalanwalt

Luxemburg – EU-Staaten sind nicht verpflichtet, Asylsuchern schon im Ausland ein „humanitäres Visum“ auszustellen, damit diese in das EU-Land reisen und vor Ort einen Asylantrag stellen können. Dies beschloss der Europäische Gerichtshof (EuGH) in Luxemburg. Der EU-Generalanwalt hatte ein solches Visum empfohlen (*PAZ* berichtete). Kritiker hatten eine große Welle neuer Asylsucher befürchtet, falls das EuGH dem gefolgt wäre. *H.H.*

Asylsucher senken Niveau

Köln/Berlin – Laut dem Institut der deutschen Wirtschaft in Köln wird der Anteil Niedrigqualifizierter an der Bevölkerung durch die Asylsucher deutlich zunehmen. Die Berufsbildung der Zuwanderer liege unter dem deutschen Schnitt, mehr als ein Viertel der Afghanen etwa sei nie auf einer Schule gewesen. Der Philologenverband rechnet zudem mit „starken Integrationsproblemen“ in den deutschen Schulen. *H.H.*

ZUR PERSON

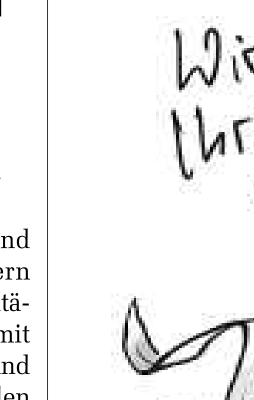
Italiens neuer Revolutionär

Wir haben einen Feind – die Rechte und ihre populistischen Ableger, und wir können ihn nur besiegen, indem wir die Linke wieder aufbauen“, sagte **Enrico Rossi**, Präsident der Region Toskana und eine der Führungspersonen der Linkspartei DP (Bewegung der Demokraten und Progressisten), die sich von der regierenden sozialdemokratischen Partei PD abgespalten hat. Als Sprachrohr der neuen Gruppierung sieht Rossi die Schuld für die Spaltung der Linken bei seinem ehemaligen Parteikollegen Matteo Renzi (siehe Seite 6).

Wie es sich für eine linke Partei geziemt, gibt es ein Manifest, in dem von einer „sozialistischen Revolution“ und dem „Aufbau einer gerechten Gesellschaft“ die Rede ist. Seiner Ideologie folgend, hat Rossi in seiner Heimatregion schon sozialistische Programme auf den Weg gebracht. 2011 setzte er für 400 Millionen Euro das Bildungsprogramm „Giovanisi“ um, mit dem junge Menschen Stipendien und Bildungskredite erhielten. Das Projekt „Toskana Solidarität“, bei dem Familien Direktzahlungen, Darlehen und Unterstützung beim Hauskauf erhalten, dient der Armutsbekämpfung von Familien und Arbeitnehmern in Schwierigkeiten.



Der 1958 als Sohn eines Lkw-Fahrers geborene Rossi hat an der Universität Pisa Philosophie studiert und arbeitete als Journalist in der Redaktion des Lokalblatts „Il Tirreno“, bevor er 1990 in die Politik wechselte. Als Regionalminister für Gesundheit führte er ein Bewertungssystem für medizinische Dienstleistungen ein, das landesweit übernommen wurde. 2010 wurde Rossi mit Unterstützung der PD Präsident der Region Toskana. Er verpasste der Verwaltung einen Sparkurs: Er reduzierte die Zahl der Ratsmitglieder, sich selbst gewährt er das niedrigste Gehalt der italienischen Regionalpräsidenten. *MRK*





Politisch korrekte Antwort

Alles nur Show

Was Merkel wirklich zum Offenhalten der Grenzen bewog, wie jemand unsere Träume zerstört, und worauf wir gefasst sein müssen / Der Wochenrückblick mit Hans Heckel

Schon weil die Welt bekanntlich schlecht ist, hängen wir umso verzweifelter an den wenigen Momenten, in denen wahre menschliche Größe den muffigen Dunst zerreißt und dem Licht eine Schneise öffnet. So ein strahlender Augenblick schien für Millionen von Deutschen in jenem September 2015 gekommen zu sein, als Kanzlerin Merkel die Grenzen für Scharen von Elenden und Beladenen öffnete.

Ausgerechnet die! Wir Bundesbürger trauten unseren Augen nicht. Schon vorher war sie ja beliebt, die CDU-Chefin. Doch galt sie auch als etwas kühl, berechnend, als jemand, der alles rational durchdenkt und sich nie von Gefühlswallungen treiben lässt – „Physikerin der Macht“ eben.

Nun aber zeigte sie ein ganz anderes, ein, wie sie selber später sagte, „freundliches“ Gesicht. Deutschland war entzückt, den Asylsuchern flogen Plüschtiere und Gummibärchen entgegen, die Kanzlerin selbst ließ Fotos von sich und den Neuankömmlingen machen, die legendären „Selfies“.

Als Kritik aufkam, hielt Merkel wacker stand, erklärte, dass Deutschland „nicht mein Land“ sei, wenn es seine Grenzen wieder kontrollieren wolle, was laut der Kanzlerin ohnehin nicht funktionieren würde.

So entpuppte sich unsere Regierungschefin nicht bloß als großherzig, sondern auch noch als überaus tapfer allen Wettern trotzend, selbst wenn es ihr Ärger einbringt. Kinder, war das ein tolles Gefühl! Selbst die ärgsten Kritiker der Grenzöffnung wagten es nicht (von sehr wenigen wie der *PAZ* mal abgesehen), die guten Absichten in Zweifel zu ziehen, die hinter der Entscheidung gestanden hätten.

Und nun kommt Robin Alexander und macht alles kaputt. Der Journalist hat in der „Welt am Sonntag“ sein neues Buch vorgestellt, in dem er die Motive der Kanzlerin in einem ganz neuen Licht erscheinen lässt – derart gleißend, dass wir uns in den muffigen Dunst der Unübersichtlichkeit zurückwünschen.

In „Die Getriebenen. Merkel und die Flüchtlingspolitik: Report aus dem Innern der Macht“ zeichnet Alexander im Detail nach, wie es zu der Offenhaltung der Grenzen gekommen ist. Schon wenige Tage nach der Öffnung am 4. September 2015 sei allen Verantwortlichen klar geworden, dass das reine Chaos und unkalkulierbare Langzeitprobleme drohen, wenn der Ansturm nicht gestoppt wird. Daher sei auf einer Telefonkonferenz am Nachmittag des 12. September beschlossen worden, dass die Grenzkontrollen am Folgetag wieder aufgenommen werden sollten. Beteiligt waren Angela Merkel, Peter Altmaier, Thomas de Maizière, Horst Seehofer, Frank-Walter Steinmeier und Sigmar Gabriel.

Die technischen Voraussetzungen hätten da schon bereitgestanden, die Bundespolizei hatte laut Alexander alles soweit vorbereitet. Laut dem einhelligen Beschluss sollten alle Ankommenden „auch im Falle eines Asylgesuchs“ zurückgewiesen werden.

> Erst schlug sich die Kanzlerin in die Büsche, dann ihr Minister – bloß keine Verantwortung

Bei einer anschließenden Beratung im Innenministerium aber seien ein paar Beamten, die für Einwanderung zuständig waren, rechtliche Bedenken gekommen. Darauf gingen Telefongespräche zwischen Merkel, Innenminister de Maizière, Gabriel und Steinmeier hin und her.

Schließlich habe Merkel vom Innenminister verlangt, dass die Zurückweisungen rechtlich auf jeden Fall bestand haben müssten und, jetzt kommt's, dass es „keine öffentlich schwer vermittelbaren Bilder“, etwa vom Einsatz der Bundespolizei gegen Flüchtlinge, geben werde.

Die Kanzlerin wusste natürlich genau, dass de Maizière zumindest die Sache mit den Bildern gar nicht garantieren konnte. Er besaß schließlich keinen Zauberstab, mit dem er die Asylsucher zum friedlichen Zurückweichen ohne Aufhebens zwingen konnte. Außerdem hätten „Flüchtlingshelfer“ im Pakt mit den Staats- und Konzernmedien schon für skandalisierbare Aufnahmen gesorgt. Die Medien hatten uns schließlich wochenlang in entwaffnende Kinderaugen blicken lassen, obwohl sich 80 oder mehr Prozent der Asylsucher aus jungen starken Männern rekrutierten. Heißt: Um der „guten Sache“ willen waren sie für jede erdenkliche Manipulation der Wahrheit zu haben.

De Maizière begriff schnell: Merkel hatte sich vom Acker gemacht und alle Verantwortung bei ihm abgeladen. Die SPD-Führung blickte pfeifend zur Seite. Da auch dem Innenminister die Hosen zu schlottern begannen, drehte er die Sache komplett um: Zwar solle wieder kontrolliert werden, so sein Befehl, aber jeder, der „Asyl“ sagt, wird hereingelassen, auch ohne Papiere – eine Kontrolle ohne irgendwelche Folgen.

Robin Alexander folgert, dass die Grenzen also nur deshalb offen blieben, weil sich „in der entscheidenden Stunde schlicht niemand“ gefunden habe, der „die Verantwortung für die Schließung“ habe übernehmen wollen. Im Volksmund nennt man das Feigheit.

Stellen wir uns kurz vor, was uns geblüht hätte, wenn Angela Merkel schon im Terror-Herbst 1977 Kanzlerin gewesen wäre. Damals hatten linke Terroristen von der RAF nach einer Reihe von Morden Arbeitgeberpräsident Hanns Martin Schleyer entführt (und später ermordet), um Komplizen aus dem Gefängnis freizupressen. Um der Forderung Nachdruck zu verleihen, kidnappten palästinensische Terroristen schließlich eine Lufthansa-Maschine mit 82 Passagieren und fünf Besatzungsmitgliedern.

Nach einer Odyssee war die Maschine im somalischen Mogadischu gelandet. Dort stürmte die GSG 9 das Flugzeug, alle Entführten konnten gerettet werden bis auf den Kapitän, den die Terroristen schon zuvor erschossen hatten. Kanzler Helmut Schmidt, der den Sturm anordnete, hatte sein Rücktrittsgesuch schon fertiggeschrieben, weil er unschuldige Opfer für nahezu unvermeidlich hielt.

Wie wäre Merkel an Schmidts Stelle vorgegangen? Nach dem Muster von 2015 hätte sie von ihrem Innenminister das Versprechen verlangt, dass es keine Opfer geben würde, was dieser natürlich auf keinen Fall versichern könnte. Also wäre die Befreiung unterblieben. Oder Merkel hätte die inhaftierten Terroristen, darunter die Bandenchefs Andreas Baader und Gudrun Ensslin, freigelassen – es wäre ein Sieg der Terrorismus über die Republik geworden, mit weiteren Blutbädern als Folge.

Was uns wohl bevorsteht, wenn Deutschland erneut in eine ähnlich dramatische Lage gerät wie 1977, und unser Schicksal dann in den Händen einer Führung liegt aus dem Holz von Merkel und de Maizière, von Gabriel, Steinmeier oder Altmaier? Das dürfte spannend werden.

2015 jedenfalls hat sich diese Riege zu allererst um sich selbst gesorgt und in die Büsche geschlagen. Deutschlands Schicksal war ihr ebenso wurst wie das der Asylsucher: Um keinen Preis rechtliche Scherereien riskieren oder gar Bilder, für die man in linken Medien verprügelt und von Wählern verschmäht werden könnte. Nur darum ging es.

Eine Krise wie 1977 dürfte also nach dem Muster ablaufen, das wir bei der Havarie jenes italienischen Kreuzfahrtdampfers vor ein paar Jahren beobachten konnten. Sie erinnern sich: Der Kapitän hatte sein Schiff durch ein waghalsiges Manöver auf die Klippen gesetzt und war danach als einer der ersten ins Rettungsboot gehüpft, als sein Kahn noch prall voll war von Passagieren. Hauptsache, mir selber passiert nichts, war seine Devise.

Jetzt holen wir uns noch einmal die hochtönenden Moralbelehrungen aus dem Archiv, mit welchen Merkel und ihre Getreuen alle Kritiker ihrer offenen Grenzen in die Hölle der Verderbten stießen. Ja, das war – wie Robin Alexander aufdeckt – tatsächlich alles bloß Show um davon abzulenken, dass man aus purer Feigheit (nicht) gehandelt hat. Merke: Je verwegener eine Lüge, desto lauter, öfter und anmaßender muss sie vorgetragen werden. Am Ende glauben die Leute alles, zumindest so lange, bis ein petzender Journalist den Schwindel platzen lässt.

MEINUNGEN

Der Präsident der Bundesarbeitsgemeinschaft der Immigrantenverbände in Deutschland, ***Ali Ertan Toprak****, und der Jurist* ***Matthias Buth*** *zeigen sich im „Cicero“ (2. März) entrüstet über den* ***Volksbegriff*** *(„Jeder, der hier lebt“) von* ***Angela Merkel****:*

„Die Definition der Bundeskanzlerin ist nicht nur verfassungsrechtlich abwegig, sie macht auch ein Denken deutlich, das von den Grundsätzen der freiheitlich-demokratischen Rechtsordnung wegführt ... Aber es ist wohl leider keine Panne eines ungenauen Redenschreibers, sondern Ausdruck eines Staatsverständnisses, das einen schütteln lässt. Von Deutschland redet die Bundeskanzlerin auch nur hin und wieder, ‚Vaterland‘ ist ihr aber ein Fremdwort, als wäre dies ein Begriff aus ferner Zeit.“

Neil McGregor*, seit Mai 2015 Intendant des* ***Humboldtforums*** *im wiedererstehenden Berliner Schloss, umreißt im „Focus“ (4. März) die von der Bundesregierung erwünschte* ***ideologische Zielsetzung seines Hauses****:*

„Das Humboldtforum wird ein Haus gegen Nationalismus sein und sich gegen Fremdenfeindlichkeit positionieren. Die deutschen Politiker sprechen – für mich überzeigend – von Weltbürgern.“

Weil in den ***Niederlanden*** *vieles vorweggenommen werde, was in anderen Ländern wie Deutschland später nachvollzogen werde, hält der Kommentator der „Welt“ (6. März),* ***Rainer Haubrich****, die* ***Holland-Wahl*** *am 15. März für* ***richtungweisend****:*

„Was die Niederländer umtreibt, sind Fragen, wie sie sich auch die Franzosen, die Skandinavier, die Schweizer, Österreicher und Deutschen stellen: Sie kreisen um die Bewältigung der Flüchtlingsströme, um innere Sicherheit, politische Selbstbestimmung und kulturelle Identität. Es lohnt sich, zu verfolgen, wie unser Nachbarland auf diese Herausforderungen antwortet – nicht unwahrscheinlich, dass es auch unsere Antworten sein werden.“

Ali Ertan Toprak*, Vorsitzender der* ***Kurdischen Gemeinde*** *in Deutschland, fordert in der „Huffington Post“ (6. März) eine weitaus* ***härtere Gangart*** *gegenüber der* ***türkischen Führung****:*

„Die Bundesregierung versteckt sich weiterhin hinter Sicherheitsbedenken wie Brandschutzregelungen der Kommunen, anstatt ganz klar zu sagen, ‚Das ist nicht politisch erwünscht!‘ ... Die Deutschen sind nicht mehr gewillt, sich von einem Möchtegern-Sultan noch länger auf der Nase herumtanzen zu lassen.“

Der US-Autor ***Steven Kuhn*** *liefert auf „freiewelt.net“ (7. März) eine Erklärung dafür, dass Medien so verbissen versuchen, US-Präsident* ***Trump irgendein Fehlverhalten*** *nachzuweisen:*

„Der emotionale Hass, den die Presse und das Establishment gegen Trump pflegen, hat sie auf einen Pfad geführt, wo sie nun eine Bestätigung brauchen, dass all die Anschuldigungen wahr sind. Ansonsten riskieren sie noch größeren Schaden hinsichtlich ihrer Glaubwürdigkeit, denn je mehr sie ihn weiterhin angreifen, ohne dass etwas dabei herauskommt, desto mehr gleichen sie zahnlosen Tigern.“